

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet
1808



Aus dem Inhalt

**Johannes Varwick/
Benjamin Schreer,
Deutschland:**
60 Jahre NATO -
Ein Bündnis im Wandel

Johann Hornung:
Die strategischen
Beziehungen zwischen
der Türkei und Israel

**Stephan Maninger,
Deutschland:**
Operative Hemmnisse für
westliche Sicherheitskräfte im
Zeitalter multipler Bedrohungs-
szenarien

**Eberhard Birk,
Deutschland:**
Die oranische Heeresreform
als archimedischer Punkt für
die neuzeitliche Kriegskunst

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

In dieser Onlineausgabe

Johannes Varwick/Benjamin Schreer

60 Jahre NATO - Ein Bündnis im Wandel

Johann Hornung

Die strategischen Beziehungen zwischen der Türkei und Israel
Partnerschaft oder Zweckgemeinschaft?

Stephan Maninger

**Operative Hemmnisse für westliche Sicherheitskräfte im Zeitalter multipler
Bedrohungsszenarien**
Ein Plädoyer für die wehrhafte Demokratie

Eberhard Birk

**Die oranische Heeresreform als archimedischer Punkt
für die neuzeitliche Kriegskunst**

Zusätzlich in der Printausgabe

Die strategische Bedeutung der Dialektik bei Charles Darwin

Andreas W. Stupka

Pakistan: mehr als nur atomarer Sprengstoff

Heino Matzken

Kriegseinsatz von Streitkräften aus dem Staate New York

Raymond E. Bell

„Eines werde von allen verlangt: guter Willen und Gehorsam“

Österreich-Ungarns Militärverwaltungen im Ersten Weltkrieg

Tamara Scheer

Feldzeugmeister Anton Galgótzky (1837-1929) zum 80. Todestag

Wolf Rauch/ Christoph Tepperberg/ Hans Wallner

sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik

60 Jahre NATO - Ein Bündnis im Wandel

Johannes Varwick/Benjamin Schreer

Im April 2009 hat die NATO ihren 60. Gründungstag gefeiert. Dieses Jubiläum ist ohne Zweifel ein Grund zum Feiern, denn die Allianz ist in der Geschichte militärischer Bündnissysteme ein beispielloser Erfolg. Seit über einem halben Jahrhundert ist sie wichtigstes transatlantisches Bindeglied sowie Garant für Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum. In der Politik zählen allerdings Erfolge der Vergangenheit weniger als die Renditeerwartungen der Zukunft. Es gilt also, nach vorne zu schauen. Die heutige NATO hat nicht mehr allzu viel mit der NATO gemein, die in der Zeit des Ost-West-Konflikts als reines Verteidigungsbündnis den politischen Status quo in Europa sichern sollte. Obgleich bereits der NATO-Vertrag von 1949 einen breiteren Zuständigkeitsbereich umfasst, war die Allianz jahrzehntelang ein klassisches, eindimensionales Verteidigungsbündnis. Der Sicherheitsbegriff war eng, umfasste vorwiegend militärische Aspekte, und die Aufgabe der Allianz war demnach klar und einfach definiert: Sicherheit für die Bündnispartner und Verteidigung der Außengrenzen des NATO-Gebietes. Infolgedessen richtete sich die Streitkräfteplanung der Mitgliedstaaten an diesen Aufgaben aus.

Sechs Jahrzehnte nach ihrer Gründung haben sich Konzeption und Aufgaben der Allianz grundlegend verändert.¹⁾ Sie hat zahlreiche ehemalige Gegner als Mitglieder aufgenommen und agiert heute mit Militäreinsätzen in einem breiten Spektrum, ohne territoriale Beschränkung, weit außerhalb ihres ursprünglichen Bündnisgebiets. Auch die Geschwindigkeit und Ernsthaftigkeit, mit der die Europäer seit dem Ende des Kosovo-Krieges 1999 versuchen, eine eigenständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufzubauen - und damit das transatlantische Machtgleichgewicht unter Inkaufnahme von erheblichen Spannungen neu auszutarieren - wären noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen.

Für die Nordatlantische Allianz ergeben sich aus ihrer neuen Rolle daher mehrere militärische und politische Funktionen, die weit über das hinausgehen, was sie in der Zeit des Ost-West-Konflikts an Aufgaben zu erfüllen hatte. Doch trotz der neuen Aufgaben und der ungebrochenen Attraktivität für alte wie neue Mitglieder befindet sich die NATO in einem vielschichtigen Dilemma: Die neuen militärischen Aufgaben im Bereich der Friedenssicherung könnten schnell zu einer Überforderung führen, die neuen politischen Aufgaben werden die innere Kohärenz nicht in dem Maße gewährleisten, wie es die gemeinsame Bedrohungswahrnehmung während des Ost-West-Konflikts getan hat. Stattdessen könnten Ad-hoc-Koalitionen (*coalitions of the willing*) an Attraktivität gewinnen und den Zusammenhalt im Bündnis untergraben. Zudem wird die Erweiterung die innere Struktur der NATO verändern und den Entscheidungsprozess erschweren. Und auch die Konkretisierung der Europäischen Sicherheits- und

Verteidigungspolitik (ESVP) stellt die Frage nach Bedarf, Funktion und Rolle der NATO neu.

Folglich haben sich in jüngster Vergangenheit Risse im Fundament der NATO gezeigt. Bei einer Reihe strategischer Zukunftsfragen ist die Allianz gegenwärtig nicht oder kaum in der Lage, einen Konsens herzustellen. Dies betrifft u.a. ihre generelle Rolle in der internationalen Sicherheitsarchitektur, die Grenzen der Erweiterung, das Engagement in Afghanistan und die mögliche Entwicklung einer strategischen Raketenabwehr für das gesamte Bündnisgebiet. Diese Uneinigkeit hat die NATO teilweise bis an die Grenze ihrer Strategiefähigkeit geführt.²⁾ Wie kann das Bündnis auch weiterhin seine zentrale ordnungspolitische Funktion in der transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erfüllen? Eine Antwort auf die Frage erfordert zunächst einen Blick auf die Geschichte der Allianz, ohne die eine Verortung der gegenwärtigen Lage der NATO nur schwer möglich ist.

Die Geschichte der NATO

Seit dem Inkrafttreten des Nordatlantikvertrags am 24. August 1949 ist die bisherige Geschichte der NATO durch häufige Krisen gekennzeichnet, die das Bündnis in seinem Bestand mehrfach gefährdeten beziehungsweise seine Relevanz beeinträchtigten. Exemplarisch für derartige Krisen während des Ost-West-Konflikts waren die Debatte um die Anpassung der US-amerikanischen Nukleardoktrin Anfang der 1960er-Jahre, der Austritt Frankreichs aus der integrierten militärischen Struktur 1966 und die Kontroversen um den NATO-Doppelbeschluss 1979. Die Geschichte der Allianz war und ist folglich eine Geschichte von internen Auseinandersetzungen, von Alleingängen wichtiger Mitgliedstaaten, aber auch von Gemeinsamkeiten.

Insofern hat es selbst zu Zeiten des Ost-West-Konflikts das oftmals konstatierte „goldene Zeitalter der transatlantischen Beziehungen“³⁾ nie gegeben. Dennoch ist es dem Bündnis immer wieder gelungen, seine inneren Krisen erfolgreich zu überwinden, nicht zuletzt dadurch, dass es seine Fähigkeit zur Anpassung an die veränderten Strukturen des internationalen Systems beibehielt. In äußeren Krisen musste es seine Funktions- und Leistungsfähigkeit mehr als vier Jahrzehnte nicht konkret unter Beweis stellen; der erste Kampfeinsatz der NATO erfolgte im August 1995 außerhalb des Bündnisgebiets in Bosnien-Herzegowina, als im Zuge der bereits im April 1993 begonnenen Operation *Deny Flight* in rund 500 Einsätzen serbische Stellungen bombardiert wurden.

Insgesamt hat die NATO eine erstaunliche Wandlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Sie hat sich in den vergangenen zehn Jahren von einem Bündnis der Verteidigung gegen einen klar definierbaren Gegner zu einer multifunktionalen Sicherheitsagentur entwickelt und sich im Vergleich zur ursprünglichen

Funktion erheblich verändert. In ihrer Geschichte hat die Allianz mithin mehrfach ihren Charakter verändert, ohne allerdings ihre zentrale Bestimmung der gemeinsamen Verteidigung seiner Mitglieder gegen eine externe Bedrohung aufzugeben.⁴⁾

Neben der eigentlichen Gründungsphase lassen sich drei große Phasen der NATO-Geschichte ausmachen, die im Längsschnittprofil Orientierung bieten können. Während die „NATO I“ (1949-1989) als Verteidigungsbündnis gegen äußere Feinde konzipiert war, sah sich die „NATO II“ (1990-1999) mit dem Zerfall des Warschauer Pakts mit einer vollkommen neuen internationalen Konstellation konfrontiert. Der tief greifende Wandel in Mittel- und Osteuropa und der Zusammenbruch der Sowjetunion, die bedeutsamen Fortschritte bei den Verhandlungen über die konventionelle Rüstungskontrolle, die fortschreitende Demokratisierung in Mitteleuropa sowie die deutsche Wiedervereinigung mit der daraus folgenden Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO veränderten Anfang der 1990er-Jahre die sicherheitspolitischen Rahmendaten vollkommen. Die NATO war nun gefordert, eine neue Rolle in der europäischen und internationalen Sicherheitspolitik einzunehmen. Abermals zeigte sich ihre Anpassungsfähigkeit. Nicht nur stellte sie mit der Verabschiedung eines neuen strategischen Konzepts (1991) die konzeptionellen Weichen für ein verändertes Aufgabenspektrum. Durch den Aufbau von Partnerschaftsprogrammen sowie die Erweiterung um Polen, Ungarn und die Tschechische Republik (1999) wurde das Bündnis zu einem unverzichtbaren Stabilitätsexporteur nach Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Nicht zuletzt konnte gerade das wiedervereinigte Deutschland im Rahmen der NATO seine volle Souveränität entfalten, ohne bei den europäischen Nachbarn Sorgen vor einer Renationalisierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zu wecken.

„NATO III“: Das Bündnis am Scheideweg?

Gegenwärtig befindet sich die NATO in ihrer Phase III. Diese Periode ist erneut von einem enormen Anpassungsdruck auf das Bündnis gekennzeichnet. Die „NATO III“ - beginnend mit dem Militäreinsatz *Allied Force* im Frühjahr 1999 im Kosovo - dient heute den inzwischen 28 Mitgliedern nicht mehr nur als Verteidigungsbündnis, sondern will aktiv umfassende Sicherheit gewährleisten. Dazu zählt neben der Verteidigung des Bündnisgebiets und der Stabilitätsprojektion insbesondere das militärische Krisenmanagement außerhalb des Bündnisgebiets. In der Prager Gipfelerklärung der NATO vom November 2002 heißt es dazu u.a.: „Um das volle Spektrum ihrer Aufgaben zu erfüllen, muss die NATO in der Lage sein, Streitkräfte einzusetzen, die schnell dorthin verlegt werden können, wo sie nach Entscheidung durch den Nordatlantikrat benötigt werden und die Fähigkeit besitzen, Operationen über Zeit und Raum zu führen - auch in einem potenziellen nuklearen, biologischen und chemischen Bedrohungsumfeld - und ihre Ziele zu erreichen.“⁵⁾

Gestellt ist damit jedoch die Frage nach der Reichweite der Allianz. Ist sie zum „Weltpolizisten“ geworden? Hatte der Ost-West-Konflikt verhindert, dass für die NATO in den ersten vier Jahrzehnten ihres Bestehens seit 1949 das Thema eines Einsatzes außerhalb ihres Bündnisgebiets (*out of area*) je relevant werden sollte und hatte die NATO sich selbst als ein passives, auf die Wahrung des politisch-militärischen Status quo ausgerichtetes Militärbündnis verstanden, so kann seit 1990 eine verstärkte

Forderung nach Einsätzen außerhalb des Bündnisgebiets festgestellt werden. Ein wichtiges Kennzeichen der Veränderung der Allianz ist dabei die rapide Zunahme der operativen Aufgaben. Der republikanische US-Senator Richard Lugar machte dies 1993 mit dem bekannten Ausspruch, wenn die NATO nicht außerhalb des Bündnisgebietes tätig werde, gerate sie aus dem Geschäft, überaus deutlich.⁶⁾

Die Phase der „NATO III“ ist insbesondere durch zwei Ereignisse geprägt. Sie steht erstens im Zeichen der Rollenfindung nach dem Kriegseinsatz 1999 im Kosovo, als mehr als 800 Kampfflugzeuge aus 13 NATO-Staaten an den 38.000 Einsätzen beteiligt waren, die sowohl Ziele im Kosovo als auch in der gesamten Republik Jugoslawien angriffen. Die ursprüngliche Begründung für die Luftangriffe, die Erzwingung der Unterschrift unter einen Friedensvertrag, weitete sich im Laufe des Einsatzes zu dem Argument aus, man wolle im Kosovo eine „humanitäre Katastrophe“ verhindern und den jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic von weiteren Angriffen im Kosovo abhalten sowie das jugoslawische Militärpotenzial nachhaltig beschädigen. In der Geschichte der NATO war dies der erste - heftig umstrittene - militärische Einsatz gegen einen souveränen Staat ohne klare völkerrechtliche Grundlage.

Das Handeln der NATO wurde zweitens durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 verändert, die verdeutlicht haben, dass „die größten Bedrohungen transatlantischer Sicherheit nicht mehr - wie im Kalten Krieg und seiner unmittelbaren Folgezeit - aus Europa kommen würden, sondern jenseits des Kontinents liegen. Das traditionelle Selbstverständnis der NATO als eines rein eurozentrischen Bündnisses war damit obsolet.“⁷⁾ Der scheidende NATO-Generalsekretär, Jaap de Hoop Scheffer, fasste die veränderte Situation wie folgt zusammen: „Die Projektion von Stabilität ist inzwischen zur Grundvoraussetzung transatlantischer Sicherheit geworden. Natürlich bleibt die kollektive Verteidigung unseres Bündnisterritoriums eine Kernaufgabe der NATO. Aber wir können unsere Sicherheit heutzutage nicht mehr gewährleisten, wenn wir uns nicht den Risiken und Bedrohungen widmen, die sich fern unserer Heimatländer abzeichnen.“⁸⁾ Gleichwohl hat diese Feststellung den Richtungsstreit über den konkreten Aktionsradius des Bündnisses nicht verhindert.

Richtungsdebatten

Der Weg zu einer operativ tätigen NATO war steinig und vollzog sich unter heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedstaaten über die Richtigkeit dieses Kurses. Der zentrale Einwand gegen mögliche *out of area*-Einsätze zu Zeiten der „NATO I“ bestand darin, dass jede solche Aktion fast zwangsläufig eine unkalkulierbare Eskalation des Ost-West-Konflikts hätte bedeuten müssen. So wurde in der Öffentlichkeit wie auch in Expertenkreisen jahrzehntelang davon ausgegangen, dass die Beschränkung der Aufgaben der Allianz auf die Verteidigung des im NATO-Vertrag definierten Bündnisgebietes nahezu verfassungsrechtlich verbindlich geworden sei. Die Kriege am Golf 1990/1991, auf dem Balkan seit 1991 sowie die Auflösung des ehemaligen kommunistischen Imperiums in Osteuropa und Asien sowie die damit einhergehende Veränderung des Sicherheitsbegriffs führten aber dazu, dass die Problematik eines Tätigwerdens außerhalb des Bündnisgebietes auf die NATO-Agenda drängte. Die politische Führung der Bündnisstaaten wurde sich erst in einem längeren Lernprozess zwischen 1990 und 2001 weitgehend einig, dass die starren Einsatzbeschrän-

kungen, wie sie durch den Ost-West-Konflikt vier Jahrzehnte verlaufen waren, nicht mehr vorhanden seien.

Gleichwohl bleibt politisch und rechtlich umstritten, ob militärische Einsätze, die nicht unmittelbar Verteidigungszwecken dienen, von den weiteren Sicherheitsfunktionen des Bündnisses gedeckt sein sollen. Kritiker führen an, dass der NATO-Vertrag keinen rechtlich unbegrenzten Handlungsrahmen für beliebige politische und militärische Zwecke liefere und die Parlamente der NATO-Staaten die Organisation bei Ratifizierung des Vertrages ausdrücklich - und ausschließlich - zur kollektiven Selbstverteidigung ermächtigt hätten. Zudem sei für friedensschaffende Einsätze eine ausdrückliche und vertragliche Kompetenzzuweisung erforderlich. Politikpraktisch hingegen hat sich die Interpretation durchgesetzt, dass der NATO-Vertrag durchaus eine hinreichende Flexibilität hinsichtlich der Legitimierung der neuen Aufgaben enthält. Diese Debatte findet sich im Übrigen bereits im so genannten Harmel-Bericht aus dem Dezember 1967, der später für die Formel „Sicherheit gleich Verteidigung und Entspannung“ bekannt wurde. Dort heißt es: „Das Gebiet des Nordatlantikvertrags kann nicht getrennt von der übrigen Welt behandelt werden. Krisen und Konflikte, die außerhalb des Vertragsgebiets entstehen, können seine Sicherheit entweder unmittelbar oder durch Änderung des globalen Kräftegleichgewichts beeinträchtigen.“⁹⁾

Gerade für den deutschen Bündnispartner war diese erweiterte Rolle der Allianz mit besonderen Hürden verbunden. Eine rechtliche Klärung der Umwandlung der NATO von einem Defensivbündnis zu einer Interventionsallianz mit globaler Reichweite hinsichtlich der Zulässigkeit des deutschen Mitwirkens an diesem Prozess nahm das deutsche Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen vor. Zunächst hatte die PDS-Bundestagsfraktion im Jahr 2000 gegen die deutsche Zustimmung zur neuen NATO-Strategie geklagt, in der die Ausweitung der Aufgaben festgeschrieben wird. Dies käme, so ihre Argumentation, einer Vertragsänderung gleich, die nach Artikel 59 Absatz 2 des Grundgesetzes die Zustimmung des Deutschen Bundestages erfordere. Das Bundesverfassungsgericht lehnte die Klage im November 2001 als unbegründet ab. Wenn sich das Erscheinungsbild möglicher Friedensbedrohungen ändere, lasse der NATO-Vertrag Spielraum für anpassende Entwicklungen auch in Bezug auf den konkreten Einsatzbereich und Einsatzzweck. Eine Zustimmung des Bundestages zu dem strategischen Konzept sei daher nicht erforderlich.¹⁰⁾

In der Kontinuität dieser Entscheidung steht auch das Bundesverfassungsgerichtsurteil bezüglich der Entsendung deutscher *Tornados* im Rahmen der ISAF-Operation in Afghanistan im Juli 2007, gegen die ebenfalls die Bundestagsfraktion PDS/Die Linke geklagt hatte. Der NATO-geführte ISAF-Einsatz diene der Sicherheit des euro-atlantischen Raums und bewege sich damit innerhalb des Integrationsprogramms des NATO-Vertrags, wie es der Deutsche Bundestag im Wege des Zustimmungsgesetzes zum NATO-Vertrag mitverantwortet habe. Nach Auffassung des deutschen Bundesverfassungsgerichts bedeutet der regionale Bezug als Kernelement des NATO-Vertrags von Beginn an nicht, dass militärische Einsätze der NATO auf das Gebiet der Vertragsstaaten beschränkt sein müssten. „Mit dem Zweck der NATO als System mehrerer Staaten zur gemeinsamen Abwehr militärischer Angriffe von außen waren abwehrende militärische Einsätze außerhalb des Bündnisgebiets, nämlich auch auf dem Territorium eines angreifenden Staates, von vornherein impli-

ziert. Insofern entspricht neben der militärischen Verteidigung gegen einen Angriff auch ein damit sachlich und zeitlich in Verbindung stehender komplementärer Krisenreaktionseinsatz auf dem Gebiet des angreifenden Staates noch der regionalen Begrenzung des NATO-Vertrags.“¹¹⁾ Eine Lösung der NATO von ihrem regionalen Bezugsrahmen könne in dem ISAF-Einsatz in Afghanistan mithin nicht gesehen werden.

Diese Entscheidung hat zwar rechtliche Klarheit gebracht, die politische Debatte ist damit aber nicht beendet. So wird die Argumentation des Gerichts kritisiert, nach der die NATO stets nach eigener Definition behaupten könne, eine Aktion sei friedenssichernd und damit vom NATO-Vertrag gedeckt.¹²⁾ Dies eröffne eine Rolle, nach der die NATO nach eigenem Gutdünken als „Weltpolizist“ agieren könne. In dieser Sichtweise liefert der NATO-Vertrag für einen Einsatz außerhalb des territorial festgelegten Einsatzgebiets keine hinreichende Grundlage, sodass sich die Frage stellt, ob sich die NATO in einer bedenklichen Entwicklung von *out of area* zu *out of treaty* - also der nicht vertragskonformen Umdefinition des Washingtoner Vertrages befinde. Eine formalrechtliche Klärung, das heißt eine formelle Ausweitung des Aufgabenspektrums sowie eine Ausdehnung des Bündnisgebiets und damit eine Änderung des NATO-Vertrags, wäre sicherlich eine politisch korrekte Lösung gewesen, dürfte aber auch weiterhin am Widerstand der Mehrheit der Bündnisstaaten scheitern. Sie ist auch deshalb kaum durchsetzbar, da jede Veränderung der Einstimmigkeit bedürfte und darüber hinaus von den Parlamenten aller Mitgliedstaaten ratifiziert werden müsste. Es ist daher eher von einer Dehnung bzw. rechtlichen Neudefinition des Washingtoner Vertrags auszugehen („informeller Vertragswandel“), indem unter Bezugnahme auf Artikel 4 des Vertrags die Rolle der NATO als Konsultativorgan stärker betont wird.

Operationen der NATO: „missions redefined“

Das Spektrum der NATO-Operationen reicht heute von robusten Friedenssicherungsoperationen über maritime Anti-Terroroperationen, Ausbildungsmissionen, humanitäre Hilfseinsätze, Unterstützungsmissionen anderer Organisationen bis hin zu bisher einer Operation nach Artikel 5 als einem Beitrag zur Terrorbekämpfung. Hinzu kommt, dass neben ihrer schieren Zahl auch die Komplexität der Einsätze beständig ansteigt. So werden seit einigen Jahren Einsätze im Bereich des *post-conflict peacebuilding*, also bei der Friedenskonsolidierung nach meist innerstaatlichen Gewaltkonflikten, immer häufiger. Zu den primären Aufgaben dieser Missionen gehören neben der Schaffung eines sicheren Umfeldes durch Umsetzung eines robusten militärischen Mandats und der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Kombattanten auch der Wiederaufbau von Institutionen in Verwaltung, Rechtspflege, Schulen und Medien sowie die Schaffung tragfähiger politischer, gesellschaftlicher und nicht zuletzt ökonomischer sowie infrastruktureller Bedingungen, kurz die (Wieder-) Errichtung eines funktionierenden Gemeinwesens zugunsten eines dauerhaften Friedens.¹³⁾

In den vergangenen 15 Jahren wurde die Debatte um die Aufgaben der NATO und die adäquaten strategischen Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben durch zahlreiche Ereignisse immer wieder neu angestoßen. Zu diesen zählten neben dem Ende des Ost-West-Konflikts die Konflikte und Kriege auf dem Balkan, die terroristischen Anschläge auf die USA am 11. September 2001 und die anschließende militärische Intervention

der USA in Afghanistan und im Irak, aber auch der Krieg im Kaukasus vom Sommer 2008. Das Kernstück der Allianz, der Artikel 5, ist bisher einmal in Anspruch genommen worden. Nach den terroristischen Anschlägen des 11. Septembers 2001 auf Washington und New York kam bereits am nächsten Tag der Nordatlantikrat zusammen und beschloss die Ausrufung des Bündnisfalles. Trotz erstmaliger Inanspruchnahme des Kernstücks des NATO-Vertrags griffen die USA in den nachfolgenden militärischen Operationen (u.a. Afghanistan) zunächst nicht auf die konsensualen Strukturen der NATO zurück. Sie wandten sich in der Allianz gegen den Terror vielmehr bilateral an eine Vielzahl von Staaten, mit denen sie auf Basis der UNO-Sicherheitsratsbeschlüsse oder Absichtserklärungen im Rahmen der NATO mehr oder weniger intensiv zusammenarbeiten. Zudem hatten nicht die USA, sondern der NATO-Generalsekretär George Robertson die Initiative zur Ausrufung des Bündnisfalles unternommen, der sich davon versprach, die Allianz nicht ins Abseits geraten zu lassen.¹⁴⁾

Zu den NATO-Operationen von Kosovo bis Afghanistan tragen heute auch über 20 Nicht-NATO-Mitglieder mit Truppen und Unterstützungsleistungen bei, und andere Länder haben Interesse bekundet, enger mit der NATO zusammenzuarbeiten. Befürworter dieses Konzeptes argumentieren, die NATO müsse eine Plattform für Staaten schaffen, denen ein alternatives Forum für das sicherheitspolitische Handeln fehle und die dennoch an den NATO-Operationen teilnehmen wollen. In diesem Zusammenhang hat die NATO jeweils im Frühjahr 2005 mit Australien und im Frühjahr 2006 mit Neuseeland Abkommen über engere Kooperation und die Zusammenarbeit im Konfliktmanagement unterzeichnet. Bereits seit 1991 gibt es einen institutionalisierten Dialog der NATO mit Japan, seit Januar 2005 auch mit Indien. Als weitere Bausteine in diesem Konzept werden Brasilien, Südkorea und Südafrika genannt.

Insbesondere in der amerikanischen Debatte wurde in diesem Zusammenhang das längerfristige strategische Ziel formuliert, die NATO damit zu einem globalen Bündnis der Demokratien (*Alliance of Democracies*) auszubauen. Dass die Allianz damit in Konkurrenz zur UNO treten würde, wird bewusst in Kauf genommen und sogar als Vorteil gesehen. Denn anders als bei Entscheidungen des UNO-Sicherheitsrates würde man sich bzw. sein Handeln nicht von der Zustimmung von Nicht-Demokratien abhängig machen.¹⁵⁾ Dieses US-Konzept ist aber in der NATO in keiner Weise mehrheitsfähig, und so betonte der NATO-Generalsekretär - der sich um die Formulierung von konsensfähigen Positionen bemühen muss -, dass die NATO zwar engere Beziehungen mit *like-minded nations beyond Europe* benötige, sie aber damit nicht zum „Weltpolizisten“ werden wolle. „*Wir sind es nicht, und die NATO sollte auch nicht den Ehrgeiz entwickeln, es zu werden*“, so de Hoop Scheffer.¹⁶⁾ In der Zwischenzeit wurde in der Allianz der Sprachgebrauch eingeführt, nach dem die NATO eine enge Kooperation mit „partners across the globe“¹⁷⁾ anstrebt - eine Formulierung, die auch engere Beziehungen mit nicht-demokratischen Staaten wie der Volksrepublik China prinzipiell ermöglicht.

Ungelöste Streitfragen

Auch der Gipfel zum 60. Jahrestag im April 2009 konnte die bestehenden strittigen Kernfragen hinsichtlich der künftigen Ausrichtung der Allianz nicht wirklich angehen. Der Afghanistaneinsatz, die Suche nach einem neuen Generalsekretär sowie

das Bestreben, mit der neuen US-Regierung von Präsident Barack Obama einen solidarischen transatlantischen Schulterschluss herzustellen, standen im Vordergrund. Zwar wurde eine Erklärung verabschiedet, die die Richtung vorgeben soll.¹⁸⁾ Die eigentliche Hausaufgabe muss aber erst noch gemacht werden. Diese besteht in der systematischen Aufarbeitung der ungelösten Streitfragen. Dies soll, auch das ein Ergebnis des jüngsten NATO-Gipfels, im Rahmen eines neuen strategischen Konzepts geschehen, das bis zum nächsten Treffen 2010 vorliegen soll.¹⁹⁾ Welche Punkte sind am vordringlichsten? Wie hoch sind die Chancen, dass es zu einer Einigung kommt?²⁰⁾

Strategisches Rational der Allianz

Die Kardinalfrage betrifft das künftige strategische Rational der Allianz. Ist die NATO ein global agierender Sicherheitsakteur zur Wahrung und Durchsetzung westlicher, liberaler Ordnungsvorstellungen? Oder ist der Aktionsradius der Allianz trotz des Engagements in Afghanistan oder in Afrika weiterhin auf den euro-atlantischen Raum fokussiert, mit der kollektiven Verteidigung als Hauptaufgabe? Inwieweit die unterschiedlichen Ansichten über die Reichweite und die Aufgaben der NATO in einen neuen Konsens überführt werden können, hängt maßgeblich davon ab, ob sich die Mitglieder in ihrer Bedrohungswahrnehmung und der Einschätzung sicherheitspolitischer Probleme einander annähern. Welche Rolle spielt die Allianz im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, soll sie stärker mit Fragen der Energiesicherheit befasst sein? Welche Auswirkungen haben sich verschiebende regionale Machtverhältnisse im Mittleren und Nahen Osten, in Zentral- und Ostasien für die transatlantische Sicherheit? Ist das iranische Atomprogramm ein Thema für die NATO? Und welche Lehren zieht das Bündnis aus dem Afghanistaneinsatz für den künftigen Aktionsradius? Die Debatte wird sich folglich in einem Spannungsverhältnis unterschiedlicher Wahrnehmungen zwischen der NATO als globalem Sicherheitsdienstleister und Garant kollektiver Verteidigungsfähigkeit bewegen.

Lehren aus dem Afghanistaneinsatz

Neben der Grundsatzfrage nach der Rolle des Bündnisses in einer sich verändernden sicherheitspolitischen Ordnung hat gerade der laufende Afghanistaneinsatz eine ganze Reihe weiterer Kernfragen für die Verbündeten aufgeworfen. Zerfasert die Allianz angesichts ihres ersten längerfristigen Kampfeinsatzes, in dem sich einige Verbündete ausschließlich auf zivil-militärische Stabilisierungsoperationen konzentrieren wollen? Oder ist eine Arbeitsteilung denkbar, in der einige Verbündete für Kampfoperationen gegen Aufständische, andere für den zivilen Wiederaufbau zuständig sind? In diesem Zusammenhang wird auch das Konzept der „vernetzten Sicherheit“ zu diskutieren sein, das eine stärkere Verzahnung von militärischen und zivilen Mitteln vorsieht. Gerade die deutsche Bundesregierung hebt den Ansatz des *comprehensive approach* (CA) als essenziellen Bestandteil des neuen strategischen Konzepts der NATO hervor.²¹⁾ Doch auf die konkrete Ausgestaltung gilt es Antworten zu finden. Muss die Allianz dazu neue Strukturen im Bereich *Stability and Reconstruction* (S&R) entwickeln, um fehlende Fähigkeiten im zivil-militärischen Bereich auszugleichen? Oder genügt eine stärkere Kooperation mit anderen Organisationen, die aber gerade in Afghanistan bisher weit unter ihren Möglichkeiten geblieben ist? Insbesondere die Beziehungen zur UNO und die Form der Zusammenarbeit mit anderen Regionalorganisationen wie der

Afrikanischen Union (AU) oder dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) bedürfen der Klärung und der operativen Unterfütterung.²²⁾ Generell wird der Einsatz in Afghanistan Auswirkungen auf das Bündnis haben, hat er doch die NATO bis an die Grenze ihrer Strategiefähigkeit geführt.

Erweiterung und Partnerschaften

Ein weiterer ungelöster Themenkomplex ist der Bereich der Erweiterung und die Beziehungen zu alten und neuen Partnern. Wie weit reicht der Mitgliedschaftsradius der Allianz und wann ist die inneratlantische Kohäsions- und die russische Toleranzgrenze erreicht? Wie kann Russland in eine neue internationale Sicherheitsarchitektur eingebunden werden und welche Rolle sollte das Bündnis dabei spielen? Zudem ist offensichtlich, dass sich die unterschiedlichen Partnerschaftsformate der

NATO wie der Euroatlantische Partnerschaftsrat (EAPC), der Mittelmeerdialog, die Istanbuler Kooperationsinitiative (ICI) oder der Golf-Kooperationsrat (GCC) in einer Krise befinden.²³⁾ Darüber hinaus stellt sich die Herausforderung, verstärkt einen Dialog mit aufstrebenden Regionalmächten wie China, Indien oder Indonesien zu suchen und Beziehungen mit so genannten *partners across the globe* wie Australien, Japan oder Südkorea auf eine eindeutigere konzeptionelle Grundlage zu stellen. Kurz: Welche Bedeutung haben Partnerschaften mit anderen internationalen Organisationen wie der UNO und EU sowie weiteren strategischen Schlüsselakteuren?

Europa in der Allianz

Darüber hinaus muss die Rolle der europäischen Mitgliedstaaten und der EU in der Allianz diskutiert werden. Dies schon

Übersicht über die NATO-Operationen 1993-2007			
ZEITRAUM	BEZEICHNUNG	LAND/REGION	ZWECK
01/1991-03/1991	Operation Southern Guard	Türkei/Mittelmeerraum	Schutz der Türkei vor einem möglichen Angriff des Iraks
06/1992-03/1993	Operation Maritime Monitor/ Maritime Guard/Sky Monitor	Balkan/Adria	Überwachung des Waffenembargos gegen Jugoslawien
04/1993-12/1995	Operation Deny Flight	Balkan	Durchsetzung der Flugsverbotszone und Schutz der UNO-Friedenstruppen
06/1995-06/1996	Operation Shape Guard	Adria	Überwachung Handels-/Waffenembargo
12/1995-12/1996	Implementation Force (IFOR)	Kroatien/Italien	Unterstützung IFOR, Überwachung Seetransporte in der Adria
12/1996-12/2004	Stabilisation Force (SFOR)	Bosnien-Herzegowina	Friedenssicherung, Überwachung Rüstungskontrolle, Unterstützung ziviler Implementierung
12/1998-03/1999	NATO Kosovo Air Verification Mission	Mazedonien	Überwachung von Vereinbarungen mit der Bundesrepublik Jugoslawien
12/1998-06/1999	Extraction Force	Mazedonien	Notfalltruppe zum Schutz und zur Herauslösung der OSZE-Beobachter im Kosovo
03/1999-06/1999	Allied Force	BR Jugoslawien	Abwehr humanitärer Katastrophe im Kosovo
04/1999-08/1999	NATO Forces in Albania (AFOR)	Albanien	Humanitäre Hilfeleistungen im Zusammenhang mit dem Kosovokonflikt
06/1999-heute	Kosovo Force (KFOR)	Kosovo/Mazedonien	Umsetzung eines Friedensabkommens für Kosovo
08/2001-11/2001	Operation Essential Harvest	Mazedonien	Entwaffnung der albanischen Truppen
09/2001-12/2001	Operation Amber Fox	Mazedonien	Unterstützung der internationalen Beobachter, Stabilisierung in Mazedonien
10/2001-05/2002	Operation Eagle Assist	Nordamerika	Lutraumüberwachung
10/2000-heute	Operation Enduring Freedom (OEF)	Horn von Afrika	Beitrag zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus
10/2001-heute	Operation Active Endeavour	Mittelmeer	Beitrag zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus auf der Basis von Artikel 5 NATO-Vertrag
12/2002-03/2003	Operation Allied Harmony	Mazedonien	Stabilisierung in Mazedonien
02/2003-04/2003	Operation Display Deterrence	Türkei	Bereitstellung von Luftunterstützung und Raketenabwehrsystemen auf Ersuchen der türkischen Regierung auf der Basis von Artikel 4 NATO-Vertrag
08/2003-heute	International Security Assistance Force (ISAF)	Afghanistan	Unterstützung der afghanischen Regierung bei der Herstellung der Wahrung der Sicherheit
06/2004-09/2004	Operation Distinguished Games	Griechenland	Sicherung der olympischen Sommerspiele auf Ersuchen der griechischen Regierung
07/2004-heute	NATO's Assistance to Iraq	Irak	Unterstützung bei der Ausbildung der irakischen Sicherheitskräfte auf Ersuchen der irakischen Regierung
07/2005- heute	NATO's Assistance to the African Union for Darfur	Sudan	Unterstützung beim Aufbau einer Friedenstruppe und Bereitstellung von Lufttransport auf Ersuchen der Afrikanischen Union
10/2005-02/2006	Pakistan Earthquake Relief Operation	Pakistan	Lufttransportunterstützung auf Ersuchen der pakistanischen Regierung in Folge des Erdbebens

Quelle: Quelle: Johannes Varwick: Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei?, München 2008, S. 149f

deshalb, da die USA durch vielfältiges militärisches Engagement und das Aufkommen neuer regionaler Mächte voraussichtlich einen relativen Einflussverlust hinnehmen müssen - und folglich von den Europäern einen größeren militärpolitischen Eigenbeitrag fordern werden. Im besten Fall gelingt es, dass sich eine Zwei-Pfeiler-Allianz entwickelt. Sind die Europäer dazu bereit und in der Lage, und wie kann dies gegebenenfalls in einem neuen strategischen Konzept zur Geltung kommen? Und wie können die militärischen Beiträge der europäischen NATO-Staaten mit den parallelen Entwicklungen im Bereich der ESVP gekoppelt werden? Wenn beispielsweise im Rahmen der ESVP ein eigenes militärisches Hauptquartier nach Vorbild der NATO aufgebaut würde, wie könnte dieses mit den Strukturen der Allianz verbunden werden?

In jedem Fall muss das Bündnis die EU als sicherheitspolitischen Akteur stärker als bisher in die Überlegungen mit einbeziehen und dabei auch die Konsequenzen der Rückkehr Frankreichs in die militärische Integration der Allianz ausbuchstabieren. Denn der Grad der europäischen Eigenständigkeit in der NATO bzw. der Europäer insgesamt gehört zu den schwierigsten strukturellen sicherheits- und bündnispolitischen Fragen. Dabei geht es im Wesentlichen darum, inwieweit die EU Aufgaben, die bisher die NATO wahrgenommen hatte, übernehmen kann und will. Mit der Konkretisierung der ESVP stellt sich die Frage nach ihrem Verhältnis zur NATO neu. Die zentrale Frage ist, ob die EU eine Art „Zweigstelle“ der Allianz für besondere Aufgaben wird oder ob ein großer Teil dessen, was an sicherheitspolitischen Aufgaben auf eine um die ESVP bereicherte EU zukommt, nicht doch besser, schneller und effizienter von der NATO geleistet werden kann. Diese Frage kann nach heutigem Stand noch nicht endgültig beantwortet werden, denn es ist einerseits zumindest offen, ob es die EU schafft, sich zu einem einheitlichen politischen Akteur zu entwickeln. Auch ist noch nicht ausgemacht, ob die USA eine „europäische Macht“ bleiben wollen und an formalen Allianzen mit ihren europäischen Partnern interessiert sind. Die Beziehungen zwischen NATO und EU dürften also auch in Zukunft nicht einfach und auch nicht konfliktfrei sein. Allerdings wäre es angesichts der weitgehenden Mitgliederkongruenz beider Organisationen, der Tatsache des *single set of forces* wie auch der anspruchsvollen internationalen sicherheitspolitischen Problemagenda völlig unangemessen, wenn sich beide in einer Art Schönheitswettbewerb in Selbstbeschäftigung üben, anstatt wirksame Impulse zur Stabilisierung des internationalen Systems wie auch effektive Beiträge zur Lösung sicherheitspolitischer Probleme zu leisten.

Zukunft der Abschreckung

Auch die Wechselbeziehungen von nuklearer Abrüstung, Abschreckung und defensiven Verteidigungssystemen wird die NATO der Zukunft beschäftigen müssen - und dabei für Zündstoff sorgen. Die jüngst wiederbelebte Debatte um vollständige nukleare Abrüstung („Global Zero“) wird nicht nur Auswirkungen auf die strategischen Arsenale der USA und Russlands haben, sondern auch die Frage nach der Zukunft der nuklearen Abschreckung als Bestandteil der NATO-Strategie aufwerfen. Sind Kernwaffen gerade als Mittel der US-amerikanischen erweiterten Abschreckung eines Angriffs auf Europa noch sinnvoll? Was ist von der nuklearen Teilhabe europäischer Staaten, darunter auch Deutschlands, zu halten? Wie soll die NATO auf das Aufkommen neuer Nuklearmächte reagieren?²⁴⁾

Nukleare Abrüstung und Abschreckung sind dabei unmittelbar mit strategischer Raketenabwehr verknüpft. Denn sollte die Bedeutung nuklearer Abschreckung in der NATO-Strategie abnehmen, gewinnt Raketenabwehr als Komponente einer neuen Abschreckungstriade aus Kernwaffen, konventionellen Offensivwaffen und defensiven Verteidigungssystemen an Relevanz. Doch teilen die Mitglieder diese strategische Betrachtungsweise der nuklearen Dimension der NATO-Strategie? Zudem sind neue Ansätze der NATO im Bereich konventioneller Rüstungskontrolle gefordert, die wiederum entscheidend von der Ausgestaltung der Beziehungen zu Russland abhängen.

Entscheidungsfindung und Finanzierung

Schließlich muss sich die Allianz mit dem künftigen Entscheidungsfindungsprozess sowie der Finanzierung von Einsätzen befassen. In einer Allianz mit 28 Mitgliedern, die sich durch eine Vielfalt teils divergierender Interessen auszeichnet, ist ein auf dem Konsensprinzip beruhender Entscheidungsmechanismus gerade bei einsatzspezifischen Fragen zunehmend problematisch. Nachgedacht wurde daher in der Vergangenheit über die Einführung eines *opting out*, das es einzelnen Mitgliedstaaten erlaubt, an bestimmten Einsätzen nicht teilzunehmen. Doch für welche Entscheidungsarten soll diese Option gelten? Leistet dies nicht der Aufsplitterung der Allianz in unterschiedliche Koalitionen der Willigen Vorschub? Oder ist es gerade ein Instrument, um dieser Tendenz entgegenzuwirken? Damit verbunden ist zudem die Finanzierung der Einsätze. Der bisherige Mechanismus, nach der die truppenstellenden Nationen auch die Kosten zu tragen haben (*costs lie where they fall*), ist gerade angesichts der Erfahrungen in Afghanistan und der schnellen Krisenreaktionskräfte (*NATO Response Force*; NRF) nicht mehr zeitgemäß. Eine „Finanzierungslotterie“ ist kontraproduktiv für die Handlungsfähigkeit des Bündnisses. Doch welche neuen Finanzierungsmethoden können im neuen strategischen Konzept verankert werden? Sinnvoll wäre möglicherweise ein gemeinsames NATO-Budget für Operationen, das aber bisher nicht mehrheitsfähig ist.

Die Zukunft der NATO

Die NATO hat also eine volle Agenda und befindet sich gleichzeitig in einer Art Zwitterstellung, die ihr eine Lösung der strittigen Fragen nicht gerade erleichtert. Sie ist noch immer Verteidigungsbündnis, sie ist aber zunehmend auch zum Instrument internationaler Krisenbeherrschung geworden. Den politischen Strukturveränderungen wurde einerseits mit der Schaffung neuartiger Mechanismen begegnet, wie etwa dem EAPC oder auch der Europäisierung. Der Fortbestand als bedeutsame internationale Organisation im gewandelten internationalen Umfeld wurde andererseits durch eine geradezu als radikal zu bezeichnende innere Reform gesichert, bei der der Funktionswandel vom Verteidigungsbündnis zum System kollektiver Sicherheit im Vordergrund stand. Das Ziel war nun nicht mehr, die NATO zu haben, um sie nicht einsetzen zu müssen, sondern vielmehr, die NATO zu verändern, um sie wirksam einsetzen zu können.

Divergierende Interessen der Mitgliedstaaten

Doch gerade der Wandel zu einem Bündnis im Dauereinsatz gegen nicht als existenzielle Bedrohungen wahrgenommene Risiken hat das Bündnis zu einem Spielball zunehmend divergierender Interessen der Mitgliedstaaten werden lassen. Das

Bündnis zerfasert zusehends in Fraktionen mit teils sehr unterschiedlichen Vorstellungen über die Rolle und Aufgaben der Organisation. Identifiziert werden kann dabei ein Lager, das die NATO grundlegend in Richtung eines global agierenden Ordnungsfaktors reformieren will. Diese „Reformer“ werden von den USA angeführt. Dagegen steht eine Gruppe von Staaten, die Status-quo-orientiert ist und große Veränderungen ablehnt. Dazu können Deutschland und Frankreich gezählt werden. Die osteuropäischen Staaten schließlich wünschen sich gerade nach dem russisch-georgischen Konflikt im Spätsommer 2008 eine Rückbesinnung der Allianz auf die klassische Territorialverteidigung nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags.²⁵⁾

Dieser Prozess einer partiellen Desintegration hat Auswirkungen auf die Erfolgsaussichten der NATO, die angeführten strategischen Kernfragen anzugehen. Mit anderen Worten: Inwieweit kann ein neues strategisches Konzept Auswege aus den konzeptionellen Engpässen der Allianz bieten? Zumal in dieses neue Konzept viele Hoffnungen projiziert werden. Das strategische Konzept beschreibt die Ziele, Aufgaben und Instrumente der Allianz. Es bildet die Basis für die Entwicklung der Verteidigungspolitik, des operativen Konzepts sowie der Streitkräftestruktur und -planung. Aus dem strategischen Konzept ist folglich die politische und militärische Grundrichtung der NATO abzulesen. Das aktuelle Strategiedokument stammt aus dem Jahr 1999, und obwohl seine Grundannahmen in Teilen weiterhin gültig sind, haben sich die strategischen Rahmenbedingungen für die NATO gleichzeitig erheblich verändert. Die Bedrohung durch internationalen Terrorismus und fragile Staatlichkeit, weltweite Einsätze wie in Afghanistan und am Horn von Afrika, die Verschiebung von Mächtegleichgewichten, Energiesicherheit und das Risiko von Cyberangriffen stellen die Allianz vor die Notwendigkeit der Strategieanpassung.

Strategieanpassungen

Bereits im November 2006 hatte die NATO auf ihrem Gipfelreffen in Riga ein Schlüsseldokument beschlossen, das als politische Richtungsvorgabe für die Transformation der NATO in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren konzipiert wurde. Die so genannte „umfassende politische Leitlinie“ (*Comprehensive Political Guidance*; CPG) gibt insbesondere die Prioritäten für alle fähigkeitsbezogenen Fragen, Planungsdisziplinen und das Nachrichtenwesen des Bündnisses vor.²⁶⁾ Mit diesem Papier sind wichtige Leitplanken für die Transformation der NATO vorgeben. Diese beziehen sich aber - was bei einem Bündnis auch nicht überraschen sollte - vorwiegend auf die Frage der militärischen Fähigkeiten. Ein strategisches Konzept muss jedoch mehr leisten. Es gilt eine neue Vision für die Zukunft der Allianz zu entwerfen.

Das neue strategische Konzept steht folglich vor einer Herkulesaufgabe. Es muss eine ganze Reihe von Schlüsselfragen neu beantworten, die an den Kern der Allianz rühren. Dabei sind diese Fragen beileibe nicht neu. Vielmehr haben sie die Debatte um die NATO schon seit geraumer Zeit bestimmt. Die Weisung, ein neues strategisches Konzept zu erarbeiten, böte nun die Möglichkeit, diese strukturiert anzugehen und institutionelle Lösungsansätze zu entwickeln. Damit entsteht jedoch auch ein hoher Erwartungsdruck an das Dokument. Dies beginnt schon beim *level of ambition*. Bei einflussreichen US-Strategen herrscht die Vorstellung, das neue strategische Konzept sei nur ein Baustein eines neuen „Atlantic Compact“, der die NATO

wiederbeleben müsse.²⁷⁾ Dagegen haben die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy ihr Interesse an einer eher vorsichtigen Anpassung des Konzepts bekundet.²⁸⁾

Diese unterschiedlichen Herangehensweisen geben bereits einen Vorgeschmack auf die bevorstehende Notwendigkeit des Papiers, Kompromisse zwischen unterschiedlichen Positionen der einzelnen Mitgliedstaaten zu finden. Es ist dabei eine offene Frage, ob sich die Allianz eher dazu entschließt, Konflikte durch unverbindliche und blumige Kompromissformeln zu überdecken, oder aber in der Sache entscheidet. Auch diese Wahl zwischen „Überdecken“ und Entscheidung ist nicht neu. Denn traditionell finden sich in allen NATO-Strategiedokumenten Kompromissformulierungen, die Raum für Interpretationen bieten. Die inhaltliche Füllung dieser Kompromissformeln wird im Einzelfall immer wieder zu Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten führen. Allerdings wird der skizzierte Prozess der partiellen Desintegration innerhalb der Allianz die Suche nach Kompromissen im neuen strategischen Konzept noch verkomplizieren. Das neue strategische Konzept wird die Entwicklung multipler Interessenspole in der NATO reflektieren und Instrumente zum Management dieses Prozesses entwickeln müssen. Damit sind einer radikalen Neufassung des Papiers vermutlich enge Grenzen gesetzt.

Die hohen Erwartungen an das neue strategische Konzept werden sich daher kaum erfüllen lassen; dieses wird keine eindeutigen Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen bieten. Dies wird die Tatsache reflektieren, dass die „NATO III“ von einer hohen Komplexität als multipler Sicherheitsanbieter geprägt ist, die eine eindeutige Festlegung der strategischen Reichweite wie zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes unmöglich macht. Dies macht die Allianz in gewisser Weise noch stärker zur Projektionsfläche unterschiedlicher Erwartungen und Interessen seitens ihrer Mitglieder. Zugleich bedeutet es auch, dass die NATO künftig noch in viel stärkerem Maße von ihrem tatsächlichen Handeln (oder Nicht-Handeln) geprägt sein wird als von festgelegten, strategischen Leitlinien. Mit anderen Worten: Das Ergebnis des Afghanistan-Einsatzes wird weitaus prägender sein für die Zukunft des Bündnisses als das neue strategische Konzept.

Die genannten Probleme und Meinungsverschiedenheiten sind enorm, und der festgestellte Befund mag aus dem Blickwinkel der strategischen Debatte um die NATO unbefriedigend sein. Doch wird die mit einer strategischen Kursbestimmung verbundene ständige Suche nach dem Konsens aller Wahrscheinlichkeit nach auch weiterhin den Fortbestand des Bündnisses sichern. Die Analyse der unterschiedlichen Entwicklungsetappen der NATO hat gezeigt, dass die Allianz eine erhebliche Wandlungsfähigkeit unter Beweis gestellt hat. Sie ist nicht nur die einzige verbindliche vertragliche Grundlage zwischen den Partnern auf den verschiedenen Seiten des Atlantiks, sondern sie bildet trotz aller Unterschiede der Mitgliedstaaten auch eine Wertegemeinschaft. Sie ist zudem einer der wenigen handlungsfähigen sicherheitspolitischen Akteure, die zu komplexen militärischen Operationen im gesamten Aufgabenspektrum in der Lage sind. Durch die Absicherung der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und Transparenz nach innen, die durch den militärischen Planungsprozess und die integrierte Militärstruktur sichergestellt werden, kann die NATO zudem einer Renationalisierung der Sicherheits- und

Verteidigungspolitik entgegenwirken.

Bilanz: Wandlungsfähigkeit sichern

Die künftige Strategiefähigkeit der Allianz hängt in erster Linie davon ab, inwieweit es gelingt, einen Konsens über die künftige Rolle der NATO in einer sich wandelnden internationalen Sicherheitsarchitektur herzustellen. Wichtig für die Relevanz der NATO wird künftig zudem in noch stärkerem Maße sein, dass ein realistischer Abgleich zwischen den sicherheitspolitischen Ambitionen in konkreten Einsätzen mit dem politischen (Durchhalte-)Willen zum Erfolg und den von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Fähigkeiten stattfindet.²⁹⁾ Denn trotz der wichtigen klassischen und der nicht weniger wichtigen neuen Aufgaben befindet sich die NATO in einem vielschichtigen Dilemma. Der Außendruck, der vier Jahrzehnte wichtiges Bindeglied zwischen den Mitgliedstaaten war, ist weggefallen, und die Ausweitung des Aktionsradius des Bündnisses - die die Allianz noch nicht zum Weltpolizisten, sehr wohl aber zu einem globalen Ordnungsfaktor macht - stellt bei jedem einzelnen Einsatz eine enorme Herausforderung für die strategische Konsensbildung dar. Diese Ausweitung fällt zusammen mit einem Sicherheitsumfeld, das die Mitgliedstaaten leicht spalten kann, weil die Bedrohungen unterschiedlich wahrgenommen werden und wirken. Diese Entwicklung könnte dazu führen, dass die Nutzung der Allianz als wichtigster sicherheits- und verteidigungspolitischer Bezugspunkt oder gar die Mitgliedschaft in der NATO von den Mitgliedstaaten nicht länger als sinnvoll bzw. erforderlich angesehen werden.

Der Rollenfindungsprozess der NATO in dem neuen sicherheitspolitischen Umfeld ist zwar weit vorangeschritten, aber alles andere als abgeschlossen. Die weitere Entwicklung der NATO hängt dabei neben der Entwicklung des Sicherheitsumfeldes wesentlich von der Ausbildung der Interessenlage ihrer Mitglieder ab, insbesondere von Schlüsselstaaten wie den USA, Deutschland und Frankreich. Vermutlich werden sich in verschiedenen Krisen - die sicher kommen werden - verschiedene Koalitionen bilden und sich die Rolle und Bedeutung der NATO nach deren Brauchbarkeit bei der Koalitionsbildung wie auch der Verfügbarkeit ihrer Ressourcen bemessen. Die Allianz wird somit einen Standort im vierfachen Spannungsfeld zwischen

- einem kollektiven Verteidigungsbündnis,
- einem *Clearing House* für globale Interventionseinsätze,
- einem Werkzeugkasten für amerikanische Ad-hoc-Koalitionen sowie
- einem System umfassender Sicherheit finden müssen.

Neben der Fähigkeit, das Bündnisgebiet und die Interessen der Mitgliedstaaten kollektiv zu verteidigen, sollte sie das erste Forum für transatlantische Konsultationen in Krisen jeder Art sein.

Auch wenn die Konturen der künftigen NATO heute allenfalls in Umrissen erkennbar sind: Die Erfahrungen aus sechs Jahrzehnten nordatlantischer Vertragsorganisation sprechen trotz aller Probleme dafür, dass die Allianz eine realistische Chance hat, auch in den kommenden Jahrzehnten relevant zu bleiben, und ihr das Schicksal einer Reihe von Bündnissen und politischen Organisationen erspart bleibt: der Abstieg in die Bedeutungslosigkeit. In jedem Fall ist eine breitere öffentliche Debatte über die Zukunft des Bündnisses dringend erforderlich. Sie würde im besten Fall dazu beitragen, die Anpassungsfähigkeit der NATO auch künftig zu sichern. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Siehe zu den Veränderungsprozessen in der Allianz grundlegend Johannes Varwick: Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei?, München 2008.
- 2) Vgl. Timo Noetzel und Benjamin Schreer: Does a multi-tier NATO matter? The Atlantic Alliance and the process of strategic change. In: International Affairs 2/2009, S.211-226.
- 3) Jennifer Medcalf: NATO. A Beginner's Guide, Oxford 2005, S.180.
- 4) Vgl. Henning Riecke: Transformation ohne Konsens? In: Henning Riecke (Hrsg.): Die Transformation der NATO, Baden-Baden 2007, S.9-18.
- 5) Erklärung der Staats- und Regierungschefs des NATO-Gipfels in Prag vom 21./22. November 2002.
- 6) „If NATO does not go out of area, it will go out of business“, Richard Lugar: Ausführungen bei dem „Open Forum des U.S. State Departments“ am 2.8.1993, Washington.
- 7) Michael Rühle: Entwicklungslinien des transatlantischen Bündnisses. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 43/2006, S.3-8, hier S.4.
- 8) Jaap De Hoop Scheffer: Der NATO-Gipfel von Istanbul. In: Internationale Politik, 6/2004, S.13-17, hier S.13.
- 9) Bericht über die künftigen Aufgaben der Allianz („Harmel-Bericht“) vom 14. Dezember 1967. In: NATO Informationsabteilung (Hrsg.): NATO. Tatsachen und Dokumente, Brüssel 1967, S.375-379.
- 10) Bundesverfassungsgericht, Urteil des Zweiten Senats vom 22.11.2001, 2 BvE 6/1999.
- 11) Bundesverfassungsgericht, Urteil des Zweiten Senats vom 3.7.2007, 2 BvE 2/2007.
- 12) Siehe als Beispiel für eine deutsche Fundamentalkritik an der NATO, Uli Cremer: Die neue NATO: die ersten Kriege. Vom Militär zum Kriegspakt, Hamburg 2009.
- 13) Ein wichtiger Einzelaspekt dabei ist die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wie den Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Siehe dazu Janka Oertel/Johannes Varwick: NATO und Vereinte Nationen. Eine ambivalente Beziehung mit Entwicklungspotenzial. In: Vereinte Nationen, 4/2008, S.160-167 und Johannes Varwick/Joachim Koops: The European Union and NATO: „Shrewd Interorganizationalism“ in the Making? In: Knud Erik Jørgensen (ed.): The European Union and International Organizations, London 2009, S.101-130.
- 14) Vgl. Johannes Varwick: Die Nordatlantikorganisation und der „War on Terrorism“. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 5/2003, S.617-621.
- 15) Siehe etwa: Ivo Daalder/James Goldgeier: Global NATO. In: Foreign Affairs, 5/2006, S.105-113.
- 16) Jaap De Hoop Scheffer, Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 3.2.2006, S.4.
- 17) NATO, Bucharest Summit Declaration, 3 April 2008.
- 18) North Atlantic Treaty Organization: Declaration on Alliance Security, Issued by the Heads of State and Government in Straßbourg/Kehl on 4 April 2009.
- 19) North Atlantic Treaty Organization: Straßbourg/Kehl Summit Declaration, Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Straßbourg/Kehl on 4 April 2009.
- 20) Siehe dazu auch Benjamin Schreer und Johannes Varwick: Kernfragen zur Strategie der NATO. In: Neue Zürcher Zeitung, 4. April 2009.
- 21) Vgl. etwa Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2009, <http://www.securityconference.de>.
- 22) Siehe dazu Michael F. Harsch/Johannes Varwick: NATO and the UN, Survival, 2/2009, S. 5-12.
- 23) Vgl. Ron Asmus: Rethinking NATO Partnerships for the 21st Century, NATO Review, März 2008.
- 24) Siehe dazu auch Michael Rühle: NATO and Extended Deterrence in a Multinuclear World, Comparative Strategy, 1/2009, S.10-16.
- 25) Vgl. Timo Noetzel und Benjamin Schreer: Does a multi-tier NATO matter? The Atlantic alliance and the process of strategic change. In: International Affairs, 2/2009.
- 26) Comprehensive Political Guidance, Endorsed by NATO Heads of State and Governments, 29.11.2006. In: www.nato.int/docu/basicctxt/b061129e.htm.
- 27) Vgl. Daniel Hamilton u.a.: Alliance Reborn: An Atlantic Compact for the 21st Century, The Washington NATO Project, Washington, DC, Januar 2009.
- 28) Angela Merkel/Nicolas Sarkozy: Wir Europäer müssen mit einer Stimme sprechen. In: Süddeutsche Zeitung vom 3.2.2009.
- 29) So auch Mats Berdal/David Ucko: NATO at 60. In: Survival 2/2009, S.55-76.



Prof. Dr. Johannes Varwick

Geb. 1968; seit Oktober 2003 Professor für Politikwissenschaft am Institut für Sozialwissenschaften, Universität Kiel und Politikberater in Berlin; zuvor u.a. tätig am Institut für internationale Politik, Universität der Bundeswehr, Hamburg und am Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin; zahlreiche Veröffentlichungen im Bereich der internationalen Sicherheitspolitik, darunter „Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei?“ (2008) und „Die Vereinten Nationen. Aufgaben, Instrumente und Reformen“ (2006).



Dr. Benjamin Schreer

Geb. 1973; seit März 2009 stellvertretender Direktor des Aspen Institute Germany in Berlin; zuvor Co-Leiter einer wissenschaftlichen Nachwuchsgruppe an der Universität Konstanz und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin; zahlreiche Veröffentlichungen im Bereich der internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die strategischen Beziehungen zwischen der Türkei und Israel

Partnerschaft oder Zweckgemeinschaft?

Johann Hornung

Das Ende des Kalten Krieges führte zu grundlegenden Veränderungen der türkischen Nahost-Politik, die traditionell von Nichteinmischung bestimmt war. Aufgrund des vielfältigeren Konfliktpotenzials und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen rückte das Sicherheitsbedürfnis auf den ersten Platz in der Prioritätenskala der türkischen Außenpolitik. In diesem Kontext schien es Ankara wichtig, Israel als Partner zu gewinnen, teilte doch Jerusalem viele Besorgnisse über die Sicherheit in der Region.

Rahmenbedingungen für die türkisch-israelischen Beziehungen

Neben den gegenseitigen Sicherheitsinteressen spielen auch die USA bei der Entfaltung der türkisch-israelischen Beziehungen eine entscheidende Rolle. Viele US-Strategen hielten die Türkei als Bollwerk gegen den Kommunismus und als strategischen Partner Israels für wichtig, daher war die Achse Ankara-Jerusalem bis zur ihrer Neubelebung nach dem Kalten Krieg nie ganz unterbrochen. Am Beginn der bilateralen Beziehungen war für Jerusalem besonders bedeutend, dass die Türkei Mitglied der CENTO (*Central Treaty Organisation*) war - ein Verteidigungsbündnis zwischen der Türkei, Iran, Pakistan und Großbritannien - das von 1955-1979 Bestand hatte.

Die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zwischen Ankara und Jerusalem sind daher ein Ergebnis 60-jähriger gegenseitiger Annäherungsversuche. Auf der Suche nach einem Partner in der Region hat Israel bewusst die Türkei gewählt und es nicht mit Jordanien oder Ägypten versucht, obwohl mit beiden Staaten ein Friedensvertrag geschlossen wurde. Die Position der Türkei als Flankenstaat der NATO und Beitrittskandidat in die EU ermöglicht Verbindungen nach Europa und in den Westen.

Eine klare Linie in den bilateralen Beziehungen ist aber trotzdem nicht zu erkennen. Zum Teil liegt das an den sehr unterschiedlichen Ansichten zu Themen wie Irakkrieg, Kurdenproblematik und Palästinenserfrage. Die Folge sind unmittelbare Auswirkungen und Konsequenzen auf die Beziehungen und die laufenden Prozesse im Nahen Osten.

Beide Länder haben viele Gemeinsamkeiten, die eine Annäherung begünstigen. Sie sind die einzigen stabilen Demokratien in der Region und haben gemeinsame Feinde. Gleichzeitig sind beide Staaten auf der internationalen Bühne wegen ihrer Politik in der Kurden- bzw. Palästinenserfrage isoliert und werden von den westlichen Staaten unter Druck gesetzt, diese Probleme mit politischen Mitteln zu lösen.¹⁾ Beide Staaten fühlen sich

von islamistischen Tendenzen bedroht und versuchen diese mit allen Mitteln zurückzudrängen und abzuschrecken. In beiden Ländern spielt das Militär eine große Rolle, während Strategien der Versöhnung und Kooperation mit den Minderheiten in ihren Staatsgebieten weitgehend vernachlässigt oder sogar aktiv bekämpft werden.²⁾ Was weitgehend als Motiv der Annäherung verstanden wird, führt aber gleichzeitig zur Frage: Kann die Türkei mit Israel überhaupt eine wirkliche Partnerschaft eingehen oder handelt es sich nur um eine Zweckgemeinschaft?

Als Partnerschaft versteht man das Prinzip des vertrauensvollen Zusammenwirkens zwischen Personen, Organisationen oder auch Staaten, die ihre Ziele gemeinsam, unter gegenseitiger Kompromissbereitschaft, aber auch unter Einsatz entsprechender institutionalisierter Konflikt- und Kompromissregelungen erreichen wollen. Dagegen stammt die Zweckgemeinschaft aus dem Alten Rom, wo Heiraten eine wichtige wirtschaftliche Angelegenheit war und strengen Regeln folgte. Heute wählt man immer öfter die Zweckgemeinschaft, die ihren Weg bereits in viele Ebenen (Verbände, Vereine, Organisationen) und auch Staaten gefunden hat, die den jederzeitigen Austritt ermöglicht, ohne dabei Regeln zu brechen.

Jerusalem und Ankara haben nie „geheiratet“, ihre Beziehungen sind abgeklärt und vertraglich festgelegt. Es geht um den gegenseitigen Nutzen auf sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Ebene, der sich aus dem Zusammenwirken ergibt. Eine etwaige emotionale Bindung spielt dabei keine Rolle.

Hintergrund und Faktoren

Allgemeines

Mit dem Beitritt zur NATO 1952 übernahm die Türkei die Rolle des westlichen Bollwerks gegenüber der Sowjetunion an der Südostflanke des Bündnisses und bekam dadurch eine bedeutende geostrategische Rolle. Die wichtige Lage hat Ankara auch nach dem Zusammenbruch der UdSSR beibehalten, nun als Bollwerk gegen den islamischen Fundamentalismus sowie als US-Militärstützpunkt gegenüber dem Irak, Afghanistan, Iran und Pakistan. Die Türkei wurde auch als das Tor zu den neuen unabhängigen Staaten im Kaukasus mit angesehen. V.a. bei der Erschließung der Ölvorkommen in Aserbaidschan wurde der Türkei eine wichtige Rolle beigemessen, die sie jedoch nie im ganzen Umfang ausfüllen konnte. Die Versuche der Türkei, in den Turk-Republiken als Führungsmacht aufzutreten, sind aufgrund des Kapitalmangels und unrealistischer außenpolitischer Zielsetzungen ebenfalls fehlgeschlagen. Nachdem Ankara bei der ersten Erweiterungsrunde in die EU 1997 die

Vollmitgliedschaft verweigert wurde, verschlechterten sich die Beziehungen zunehmend, und die Türkei wandte sich enttäuscht von Brüssel ab. Als Konsequenz festigte sie ihre Beziehungen durch bevorzugte Vergabe von militärischen Aufträgen an die USA und Israel und versuchte in der Folge ihre Rolle im Nahen und Mittleren Osten zu stärken.

Die Entwicklung der türkisch-israelischen Beziehungen

Die Türkei erkannte am 28. März 1949 als erstes islamisches Land Israel völkerrechtlich an und wurde drei Jahre später mit dem Beitritt zur NATO dafür belohnt.³⁾ In dieser Zeit waren die Beziehungen mit Israel noch nicht substanziell geworden. Um sich die Unterstützung der arabisch-islamischen Welt in der Zypernfrage weiterhin zu sichern, übte die Türkei, besonders nach 1964, eine gewisse Distanz gegenüber Israel aus. Sie unterhielt zeitweilig sogar keinen Botschafter in Israel.⁴⁾ Wegen ihrer passiven Nahostpolitik wurde die Türkei während des Kalten Krieges sowohl von Israel als auch von den arabischen Staaten ständig kritisiert. Zum ersten Mal unterzeichneten die Türkei und Israel einen strategischen militärischen Vertrag im Jahre 1958, der als „Peripheriepakt“ bekannt wurde. Damit wollte Israel Kontakte zu den nichtarabischen bzw. peripheren Staaten der Region knüpfen, um seine Sicherheit zu gewährleisten und der regionalen Isolation zu entkommen. Diese Strategie geht auf David Ben Gurion, den ersten israelischen Ministerpräsidenten (1949-54), zurück. In seiner zweiten Amtszeit (1955-63) schloss er den Peripheriepakt, dem neben der Türkei, Iran und Äthiopien auch Marokko und Oman angehörten. Gurion hatte besondere „Gefühle“ für die Türkei. Im Ersten Weltkrieg trat er für die Aufstellung eines jüdischen Bataillons in der türkischen Armee und für die Annahme der osmanischen Staatsbürgerschaft durch die jüdischen Siedler in Palästina ein, weil er einen Sieg der Türken erwartete und sich von dieser Haltung Vorteile für die Realisierung einer jüdischen Autonomie in der Zeit nach dem Krieg erhoffte. Wegen seiner politischen Tätigkeiten wurde er 1915 dennoch von den Osmanen ausgewiesen und ging in die USA. Er kam erst 1918 wieder nach Palästina.

Während des Sechstagekrieges im Jahre 1967 solidarisierte sich die Türkei mit den Arabern und verweigerte den USA die Nutzung von Militärbasen zur Unterstützung Israels. Die Türkei setzte ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel im Dezember 1980 auf ein symbolisches Niveau herab. Grund war die Annexion Ost-Jerusalems durch Israel. 1982 kritisierte die Türkei die israelische Invasion im Libanon, gestattete den USA dennoch, das türkische Territorium zur Unterstützung für Israel zu nutzen. Ab 1983 leistete dann Ministerpräsident Turgut Özal einen wichtigen Beitrag zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit Israel im wirtschaftlichen und touristischen Bereich, womit allerdings Präsident Kenan Evren nicht einverstanden war, denn dieser bevorzugte eine Nahostpolitik, die auf die Intensivierung der türkisch-arabischen Beziehungen abzielte. Trotz dieses Widerstandes normalisierte sich das Verhältnis der Türkei zu Israel in der Ära Özals. Der Ausbruch der palästinensischen *Intifada* im Dezember 1987 verzögerte weitere Annäherungsversuche, weil Ankara sich mit den Palästinensern solidarisch erklärte. Erst nach dem eingeleiteten Friedensprozess zwischen Israel und der PLO besuchte, erstmals nach 27 Jahren, im Juni 1992 ein türkischer Minister (Tourismusminister Abdülkadir Atesh) Israel. Ab 1992 intensivierten sich die diplomatischen Beziehungen, die sich in gegenseitigen hochrangigen Staatsbesuchen widerspiegeln.

Außenminister Hikmet Çetin unterzeichnete im November 1993 in Israel einen Grundlagenvertrag, in dem ein weitreichendes Einvernehmen in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Sicherheit und Rüstungstechnologie festgelegt wurde. Im Jänner 1994 kam Ezer Weizman als erster israelischer Präsident zu Besuch in die Türkei. Im November 1994 besuchte die türkische Premierministerin Tansu Çiller Israel. Bei diesem Besuch bekannte sich die politische Führung der Türkei deutlicher als jemals zuvor zur Freundschaft mit Israel. Während seines Besuchs im September 1998 in Ankara verwendete Ministerpräsident Benjamin Netanjahu zum ersten Mal den Begriff „strategische Militärallianz“, um den Stand der bilateralen Beziehungen zu bezeichnen. Er sah die „strategische Partnerschaft“ mit der Türkei als Ersatz für den damals vorläufig beendeten Friedensprozess mit Syrien und den Palästinensern an. Im Gegensatz zu ihm kehrte sein Nachfolger Ehud Barak zur Kompromissstrategie der Ära Yitzhak Rabin zurück, womit auch Ankara zufrieden war.

Präsident Süleyman Demirel besuchte 1999 Israel, wo er mit Ehud Barak die Möglichkeiten und Dimensionen eines israelischen Wasserimports aus der Türkei erörterte. Mit dem Wechsel von Barak zu Ariel Scharon stand die Partnerschaft allerdings mehr als jemals zuvor im Schatten der Palästinenserfrage. Beim Besuch Scharons im August 2001 in Ankara traten die Differenzen in vollem Umfang zutage. Scharon suchte die Unterstützung für seine Anti-Terror-Politik gegen militante Palästinenser, die Regierung Bülent Ecevit reagierte überwiegend ablehnend. Seit Regierungsübernahme durch die AKP im Jahre 2002 ist eine deutliche Abkühlung der bilateralen Beziehungen zu beobachten. Nach dem Sturz Saddam Husseins wurden sich die beiden darüber einig, ihre Beziehungen trotz der Gegensätze während des Irakkrieges wieder weiterzuentwickeln. Präsident Mosche Katzav kam im Juli 2003 nach Ankara, und Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan besuchte Israel am 1. Mai 2005, um die Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder zu beleben. Im gleichen Jahr unterzeichnen die beiden Länder ein Abkommen über die technologische Zusammenarbeit in Luft- und Raumfahrt, Aerodynamik und erneuerbaren Energien.

Die wichtigsten Vorteile der Türkei aus dieser Kooperation mit Israel sind der Waffenhandel als Kompensation zu Waffenkäufen in den USA. Außerdem ein substanzieller Technologietransfer, die Sicherstellung der Unterstützung der jüdischen Lobby in den USA und die Bekämpfung der PKK und des kurdischen Nationalismus.

Israel betrachtet die Stärkung der nationalen Sicherheit, die Legitimierung des jüdischen Staates, die Intensivierung der diplomatischen Kontakte zu den zentralasiatischen Staaten mithilfe der Türkei und die Zusammenarbeit bei den wasserbezogenen Projekten als wichtigste Eckpfeiler seiner Zusammenarbeit mit Ankara.

Die Beziehungen wurden im Mai 2006 erneut belastet. Zwei Vertreter der *Hamas* besuchten das Außenministerium in Ankara, worauf die israelische Regierung und die US-Regierung mit scharfer Kritik reagierten. In der Folge kühlten die türkisch-amerikanischen Beziehungen empfindlich ab. Ankara wollte Washington sogar die Nutzung der Luftwaffenbasis Incirlik im Südosten der Türkei, eine der wichtigsten Nachschubbasen der USA in den Irak, untersagen. Erst nach dem Besuch von Ministerpräsident Erdoğan bei Präsident George W. Bush (5. November 2007) normalisierte sich das Verhältnis wieder.

Die USA sagten der Türkei aktive Hilfe beim Kampf gegen die PKK zu. Die Folge waren gezielte türkische Luftangriffe im Nordirak im Dezember 2007 und eine Bodenoffensive im Februar 2008, die ohne geöffneten irakischen Luftraum für türkische Kampfflugzeuge und ohne Echtzeit-Informationen aus den USA niemals möglich gewesen wären.

Die AKP-Regierung steckte in der Folge in einem Dilemma. Sie will eigentlich die Vermittlerrolle zwischen Israel und der islamischen Welt übernehmen, was Jerusalem jedoch zurückweist, und gleichzeitig Solidarität mit den Palästinensern demonstrieren. Im Juni 2006 reiste Präsident Ahmet Necdet Sezer deswegen zu seinem Amtskollegen Mosche Katzav. Diese Bemühungen waren möglicherweise vergebliche Annäherungsversuche, die an die Blütezeit der bilateralen Verhältnisse zwischen 1992 und 2002 anschließen hätten sollen. Die israelische Härte gegenüber militanten Palästinensern, v.a. die Angriffe auf den Gazastreifen im Dezember 2008, führten erneut zu diplomatischen Verstimmungen. Ministerpräsident Erdoğan sprach Anfang 2009 von „*Mord an Frauen und Kindern*“ und verurteilte das seiner Meinung nach unproportionale Vorgehen der israelischen Armee.

Jerusalem und Ankara befinden sich beide in einer Art Doppelbindung. Das betrifft sowohl den Bereich der Innen-, v.a. aber die türkische Außenpolitik. Wenn Ankara sich missverstanden fühlt und damit nicht die erwartete Unterstützung erhält, hat das meistens diplomatisches Säbelrasseln und Drohungen zur Folge. Davon waren die USA, im Zusammenhang mit dem Irakkrieg, und Brüssel, im Rahmen der bisherigen EU-Beitrittsgespräche, bereits mehrmals betroffen. Dieses Verhalten hat naturgemäß auch Auswirkungen auf die israelisch-türkischen militärpolitischen Beziehungen, die am Ende des Beitrages, mit Bezug auf die türkischen Streitkräfte (TSK) und die AKP-Regierung, nochmals erwähnt werden.

Die Abkommen über Ausbildung, Kooperation und Rüstung

Am 24. Februar 1996 unterzeichnen die Türkei und Israel ein militärisches Ausbildungs- und Kooperationsabkommen, das den Kampfflugzeugen der türkischen und israelischen Luftstreitkräfte die Benutzung des Luftraumes des jeweiligen Landes gestattet. Dem war das Memorandum über die Ausbildung von Militärpiloten vom 18. September 1995 vorausgegangen, in dem vereinbart wurde, dass die beiden Partner offenen Zugang zu den Militäreinrichtungen des Verbündeten erhalten. Israel kann damit die sehr vorteilhaften militärischen Anlagen der Türkei benutzen. Darüber hinaus übt die israelische U-Boot-Flotte in den türkischen Tauchanlagen für einen niedrigeren Preis im Vergleich zu solchen Anlagen in Europa oder in den USA. Während die türkischen Piloten die elektronische Kriegskunst in Israel lernen, praktizieren ihre israelischen Kollegen die langen Streckenflüge über der bergigen Landschaft von Anatolien. Seit Unterzeichnung dieses Abkommens finden in halbjährlichem Rhythmus Konsultationen der Generalstabchefs statt. Die gemeinsamen Übungen der Luftwaffen beider Länder werden jährlich achtmal, jeweils eine Woche lang, durchgeführt. Der Militärvertrag von 1996 ermöglicht es israelischen Piloten, in der Türkei auf NATO-Übungsgelände Trainingsflüge durchzuführen. Israelische Aufklärungsflugzeuge können von der in der Region Konya gelegenen NATO-Basis aus bis zur Grenze fliegen und den iranischen Luftraum beobachten.

Außerdem wurde ein Sicherheitsforum für den strategischen Dialog zwischen Ankara und Jerusalem installiert, das als signifikantester Aspekt dieses Verhältnisses betrachtet werden kann. Dieses Forum bringt ein Netzwerk von Institutionen und Personen zwischen der militärischen und zivilen Elite der beiden Länder zusammen.

Am 28. August 1996 wurde ein Kooperationsabkommen im Rüstungsbereich abgeschlossen. Die israelische Flugzeugindustrie verpflichtete sich, 54 Flugzeuge vom Typ *Phantom F-4E* und 48 *F 5* der türkischen Luftwaffe für 450 Mio. EUR bis zum Jahr 2008 zu modernisieren. Israel gewährleistet Ankara diese Summe als Kredit mit Hilfe einiger Privatbanken, der fast die Gesamtkosten der Modernisierung decken konnte. Die Türkei beabsichtigt damit, ihre Waffentechnologie durch die Anschaffung des entsprechenden Know-how aus Israel zu erneuern. Das Abkommen beinhaltet auch die Herstellung der Boden-Luft-Raketen *Popeye II* und *Python-4*, die Lieferung von vier Frühwarnflugzeugen *Falcon* und die Herstellung von Sturmgewehren *Galil* in der Türkei. Außerdem wird die Türkei in den Herstellungsprozess der Raketenabwehrrakete *Arrow* einbezogen, und der israelische Anti-Radar-Marschflugkörper *Dalila* wird gemeinsam produziert. Auch die Modernisierung von türkischen *M-60*-Kampfpanzern, bestückt mit Nachtsichtausrüstung und einer *120mm-Merkava*-Kanone, mit einem Auftragswert von 500 Mio. EUR ist Teil der Kooperation. Seit 1996 beschaffte die Türkei Waffen aus Israel im Wert von 2 Mrd. EUR. Die Türkei kaufte bis 2002 in Israel insgesamt 54 UCAVs (*Unmanned Combat Aerial Vehicles*). Dabei handelt es sich um einen Auftrag im Wert von 50 Mio. EUR. Die israelische Firma „Elbit“ hat die Ausschreibung für die Modernisierung der türkischen Hubschrauber *S-70* gewonnen. Die Türkei plant in den nächsten 25 Jahren 100 Mrd. EUR in ihre Aufrüstung zu investieren - nahezu ein Drittel des türkischen Militärhaushaltes ist damit für die Modernisierung von Waffen vorgesehen. Vor diesem Hintergrund ist die große Bedeutung des türkischen Marktes für die israelische Rüstungsindustrie mehr als deutlich ersichtlich.

Bei diesen attraktiven Großaufträgen kommt es aber auch immer wieder zu Rückschlägen. Den Auftrag zur Modernisierung von mehr als 1.000 *M-60*-Panzern vergab die Regierung Ecevit im Frühjahr 2002 an das israelische Rüstungsunternehmen IMI. Dagegen protestierten die damalige Oppositionsführerin Tansu Çiller und der heutige Präsident Abdullah Gül, als er 2006 noch Außenminister war. Beide sagten, die Vergabe könnte als Zustimmung für die israelischen Angriffe gegen die Palästinenser gewertet werden. Im Jahr 2000 protestierte Ankara gegen das Vorgehen gegenüber den Palästinensern und vergab einen Großauftrag über 1 Mrd. EUR für moderne Kampfjets, den Israel bereits sicher wählte, an andere Länder.

Die strategische Militärallianz

Der Frieden im Nahen Osten steht auf schwachen Füßen. Die Konfliktpotenziale sind vielfältig: Militäreinsätze gegen die PKK (Türkei), nicht eingelöste Vereinbarungen (Israel, Palästina), besetzte Gebiete (Golan), Gebietsansprüche (Zypern) und die Dauerthemen Irak und Iran.

Zusätzlich beobachten die arabischen Staaten die wachsende militärische Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Israel sehr kritisch. Die damit verbundene Geheimhaltungspolitik in Verbindung mit populären Verschwörungstheorien schürt Ängste und wirft Fragen auf:

- Wurde der Zweite Golfkrieg (1991) geführt, um Kuwait vor den irakischen Truppen zu retten und seine staatliche Selbstständigkeit zu erhalten oder ging es vorwiegend um Ölinteressen der USA? Die Meinungen über die Ziele dieses Krieges gehen auch heute noch immer weit auseinander. Ein Ergebnis lässt sich jedoch konstruieren: Der Versuch, eine von den USA unabhängige arabisch-islamische Regionalmacht zu etablieren, wurde rigoros abgeblockt. Ägypten hatte bereits 1967 im Sechstagekrieg einen solchen Versuch mit einer katastrophalen militärischen Niederlage bezahlen müssen.

Im Ersten Golfkrieg (1980-1988) gegen Teheran ging es Bagdad offiziell um Gebietsansprüche gegenüber dem Nachbarn. Im Hintergrund stand jedoch immer das Ziel, zur regionalen und arabischen Führungsmacht aufzusteigen. Schon früh hatte sich der Irak, mit Unterstützung Frankreichs, um den Aufbau der Grundlagen für eigene nukleare Waffen bemüht. Israel, die inoffizielle Atomwaffenmacht, hat völkerrechtswidrig und ohne Kriegserklärung 1981 den im Bau befindlichen Atomreaktor Osirak durch Luftangriffe zerstört und damit klar gemacht, dass es keine arabische Atommacht duldet.

Das wiederum erlaubt die Frage nach einer arabischen Regionalmacht, die bisher immer verhindert wurde.

1. Welche Rolle spielen die „anderen“ arabischen Staaten? Bisher wurden Regionalmachtansprüche arabischer Führer immer mit Feindseligkeit, Eifersucht und Ausgrenzung seitens ihrer (arabischen) Konkurrenten quittiert. Ein Schicksal, das vor Saddam Hussein auch schon Hafis al-Assad und Gamal Abdel Nasser teilten.

2. Darüber hinaus gibt es arabische Regionalmächte bereits: Ägypten und Saudi-Arabien. Diese gründen ihre Macht nicht zuletzt auf das Bündnis mit den USA.

Zusammengefasst geht es daher weniger um die Frage, ob eine arabische Regionalmacht zugelassen wird, sondern eher um die Frage, ob so eine Macht Bestandteil der „Pax Americana“ sein kann - ein Problem, mit dem auch der Iran seit 1979 kämpft.

Die Interessen der USA im Nahen Osten haben sich seit dem Ende des Kalten Krieges erheblich erweitert. Galt bis dahin die Türkei als strategischer Eckpfeiler gegen die Sowjetunion, so verlor sie diese Funktion mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums. Nun wurden Ankara aber neue Funktionen zugeschrieben:

- als Militärstützpunkt gegenüber dem Irak,
- als Bollwerk gegen den islamischen Fundamentalismus,
- als Brücke zu den Turk-Völkern in Asien,
- als Durchgangsland zur Ausbeutung der Öl-, Gas- und Bodenschätze rund um das Kaspische Meer und schließlich auch
- als partielle, berechenbare Regionalmacht im Nahen Osten.

Es bedarf keiner weiteren Begründung, warum Israel diese Funktionen nicht wahrnehmen kann, und es ist eher die klassische Ansicht, dass Israel für die USA die regionale Ordnungsmacht darstellt. Im Grunde hat die Türkei diese Rolle schon übernommen. Die Tatsache, dass Ankara kurzfristig grünes Licht aus Washington für Luft- und Bodenangriffe im Nordirak erhalten hat, spricht für sich.

Treten hingegen Israel und die Türkei gemeinsam auf, so gewinnen sie eine große Überlegenheit gegenüber allen anderen Staaten der Region. Der ehemalige Verteidigungsminister Jitzhak Mordechai brachte es mit den

Worten „*Wenn unsere beiden Länder sich die Hand reichen, wird daraus eine starke Faust*“, auf den Punkt. Die beiden Staaten haben sich längst die Hände gereicht. Am 23. Februar 1996 schlossen sie ein Militärabkommen. Sein Inhalt ist bis heute nicht genau bekannt, dürfte aber eine weit größere Bedeutung haben, als die offiziellen Aussagen glauben machen wollen. Dr. Gülistan Gürbey⁵⁾ beschreibt den Inhalt folgendermaßen: „*Es sieht den Austausch von Informationen und gemeinsame Militärmanöver vor; erlaubt den Luftwaffen Israels und der Türkei, Übungsflüge über den Territorien des jeweils anderen Landes durchzuführen und damit eine intensive sicherheitspolitische Zusammenarbeit, insbesondere bei der Bekämpfung des Terrorismus.*“

Das Abkommen zielt eindeutig auf die Errichtung einer strategischen Allianz. Zusätzlich kann die türkische Seite hoffen, laufend von den hoch entwickelten israelischen Technologien in der elektronischen Kriegführung Nutzen zu ziehen. Ex-Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sprach von einer „zentralen Achse“, die das „Fundament der Sicherheitsstrukturen in dieser Region“ bilden werde, und die israelische Presse bezeichnete die Militärkooperation als einen der wichtigsten Erfolge der eigenen Außenpolitik. Es ist daher leicht vorstellbar, dass die arabischen Staaten gerade dies fürchten. Sie protestieren seit Jahrzehnten immer wieder gegen die Bildung dieser militärischen Faust.

Die türkisch-israelischen Wirtschaftsbeziehungen

Nach Ende des Kalten Krieges wurde Israel ein wichtiger Handelspartner für die Türkei. Das bilaterale Handelsvolumen stieg von 36 Mio. EUR im Jahr 1987 auf 66 Mio. EUR 1991 an. Im Jahr 2004 war es bereits auf 1,5 Mrd. EUR geklettert, wobei die Umsätze im Waffenhandel nicht berücksichtigt sind. Nach der Ratifizierung eines Freihandelsabkommens im Jahre 1997 wuchsen die türkischen Exporte nach Israel um 54%. Das Handelsvolumen erhöhte sich 1998 auf nahezu 500 Mio. EUR. Bis zum Jahr 1993 überstieg die israelische Ausfuhr in die Türkei die türkische Ausfuhr nach Israel. Ab 1994 verzeichnete Ankara allerdings einen jährlichen Überfluss in Höhe von 33 Mio. EUR. Dafür sorgt der ständig steigende israelische Touristenstrom. 1997 kamen 400.000 Israelis an die Südküste der Türkei und gaben dort 1,5 Mrd. EUR aus. In den Jahren 2006 und 2007 kamen jährlich 500.000 Israelis und sorgen für einen Umsatz von 1,8 Mrd. EUR pro Jahr. Damit kippte die bilaterale Handelsbilanz zugunsten der Türkei.

Das Wasserabkommen zwischen Israel und der Türkei wurde von Ariel Scharon und Energieminister Zeki Cakan im März 2004 unterzeichnet. Im Vertrag wurde vereinbart, dass in den kommenden 20 Jahren die Türkei jährlich 50 Mio. Kubikmeter Frischwasser aus dem anatolischen Fluss Manavgat an Israel liefert. Die Menge soll mit zwei gigantischen Tankschiffen transportiert werden. Für einen Kubikmeter Wasser wird dabei etwa ein USD berechnet. Das ambitionierte Projekt blieb vorerst in der Schublade. Die „Wasser-Gegen-Waffen-Vereinbarung“ festigte zusätzlich die Beziehungen, das wahre Interesse Israels liegt aber am Südost-Anatolien-Projekt (*Güneydogu Anadolu Projesi*, GAP). Dort will die Türkei mit 22 Staudämmen trockenes Land zum Blühen bringen. Eine Reihe israelischer Unternehmen liefert bereits moderne Bewässerungstechnologien. Diese Kooperation stößt bei den Nachbarstaaten Irak, Syrien und Iran auf Unmut und Unverständnis, weil in der arabischen Welt Wasser aus traditionellen Gründen nicht bezahlt, sondern geteilt wird.

Die geheimdienstlichen Beziehungen und die Kurden

Allgemein

Trotz gegenseitiger Interessen erweisen sich politische Bewegungen, die sich auf den Islam berufen (wäre ein Endlosthema, die Grundfrage ist aber: Gibt es einen unpolitischen Islam?), die palästinensische und kurdische Problematik, die Fragen des ungeklärten armenischen Genozides und die unterschiedliche Interessenlage im Hinblick auf den Nordirak als „Sollbruchstellen“ in den türkisch-israelischen Beziehungen. V.a. die Kurdenproblematik birgt viele Gefahren für die Zukunft der bilateralen Beziehungen in sich. Israel unterstützte die irakischen Kurden in den 1960er- und 1970er-Jahren gegen die Zentralmacht in Bagdad. Mustafa Barzani hat 1970 israelische Hilfe erhalten, weil er die Ausreise tausender irakischer Juden erleichterte und sie so vor der Verfolgung des irakischen Regimes schützte. Seit dieser Zeit leben ca. 160.000 kurdische Juden in Israel. Obwohl Israel seit 1997 der Türkei Beistand im Kampf gegen die PKK leistet, haben die beiden Länder unterschiedliche Standpunkte über die Zukunft des Nordiraks. Während sich Ankara Sorgen über die Entstehung eines unabhängigen „Kurdistan“ macht, scheint diese Möglichkeit für Israel, hinsichtlich der eigenen Sicherheitserwägungen, wünschenswert zu sein.

Um das verstehen zu können, muss man die Situation der beiden Länder und ihre politischen Ziele betrachten. Die Türkei ringt mit Arabern und Iranern um die regionale Vorherrschaft und hat bei diesem Bestreben in Israel einen idealen Verbündeten. Eines der herausragenden Ziele der Türkei ist dabei die militärische Lösung der Kurdenfrage, wobei sie von den Erfahrungen Israels und der israelischen Militärtechnologie zu profitieren hofft und die Zusammenarbeit der jeweiligen Geheimdienste konsolidieren will. Die strategischen Ziele Israels sind hingegen komplexer. Seit der Staatsgründung kämpft man um seine Existenz, was auch erklärt, warum das Militär eine sehr bedeutende Rolle spielt. So klein Israel auch sein mag, es wurde zu einer Technologie-, Geheimdienst- und Militärmacht, wenngleich es wegen der Konflikte und Kriege mit seinen Nachbarn sein wirtschaftliches und technologisches Potenzial noch nie voll nutzen konnte.

MIT und Mossad

Bis in die 90er-Jahre versuchte die Türkei ihre Beziehungen mit Israel nicht allzu sehr zur Schau zu stellen. Man beschränkte sich weitgehend auf die Kooperation zwischen dem türkischen Geheimdienst MIT (*Milli İstihbarat Teskilati*) und dem israelischen Mossad. Sowohl MIT als auch Mossad haben schon immer sehr eng mit der amerikanischen CIA zusammengearbeitet. Dies bestätigt nicht nur der ehemalige CIA-Agent Phillip Agee in seiner berühmten Abrechnung „*Inside the Company*“, sondern auch der - als Doppelagent verdächtige und deswegen festgenommene - MIT-Offizier Sabahattin Savasman. Dieser schrieb in seinen Memoiren:⁶⁾ „*Es gab regelmäßige Kontakte (des MIT) mit dem Savak (iranischer Geheimdienst unter dem Schah) und dem Mossad. Bei Zusammenkünften ... war der Mossad mit seiner überlegenen Technologie der führende Partner und hatte in unserem Land einen sehr großen Aktionsradius.*“ Ebenfalls aus seinen Memoiren stammt die Behauptung, dass Hiram Abas, MIT-Agent mit engen Verbindungen zum Mossad (er wurde 1990 in Istanbul ermordet), an einer Operation in Beirut teilnahm, die sich gegen eine linke Gruppe in einem Palästi-

nenserlager richtete. Für den erfolgreichen Verlauf der Operation wurde er vom türkischen Geheimdienst ausgezeichnet.

Die Zusammenarbeit türkischer und israelischer Geheimdienste begann bereits in den 1950er-Jahren, als der MIT Kontakte zum israelischen Militärgeschwader *Aman* unterhielt. Nachdem 1957 der damalige Leiter der Nahostabteilung des Mossad, Eliahu Sasson, zum israelischen Botschafter in Ankara berufen worden war, wurde zwei Jahre später (1959) damit begonnen, Agenten des MIT und der *Savak* beim Mossad auszubilden. Diese Zusammenarbeit ist auch von israelischer Seite niemals gelehnt worden. Einem Bericht der israelischen Tageszeitung „*Ma'ariv*“ zufolge kooperiert der MIT seit langem schon nicht nur mit dem Mossad, sondern auch mit dem israelischen Inlandsgeheimdienst *Schin Bet*.⁷⁾ Die Ziele sind eindeutig: Während der MIT Informationen über Palästinenser und andere Araber liefert, unterstützte der Mossad den MIT beispielsweise bei der Besetzung Nordzyperns sowie bei Operationen gegen türkische Linke. Die Zusammenarbeit funktioniert aber nicht immer lückenlos. Der Mossad hat den MIT zweimal vor Anschlägen auf die Synagoge Neve Shalom in Istanbul gewarnt. Die erste Warnung kam am 18. April, die zweite am 5. September 2003. Beim letzten Mal nannte der Mossad ausdrücklich *Al Qaida* als möglichen Urheber eines Anschlages. Die türkische Polizei verschärfte umgehend die Sicherheitsmaßnahmen, konnte aber die zeitgleichen Anschläge auf die zwei Istanbuler Synagogen am 15. November 2003 nicht verhindern. Die Anschläge waren keine Überraschung, sie waren auch nicht das Werk eines Zufalls, denn die Adressaten des Terrors waren zwei Staaten, die eng zusammenarbeiten.

Zusammenarbeit gegen die Kurden

Zwar verweisen israelische Stellen immer wieder darauf, dass das kurdische und das jüdische Volk in der Vergangenheit ähnliches Leid erfahren haben, zuweilen aber vergisst Israel diese historischen Parallelen und verfolgt eine gegen die Kurden gerichtete Politik. So bewertete der ehemalige israelische Ministerpräsident Netanjahu in seinem 1995 erschienenen Buch „*Kampf gegen den Terrorismus*“ den Nordirak als einen Brennpunkt des Terrorismus. Israels Politik folgt allein dem Opportunitätsprinzip und hegt weniger Sympathie für die Kurden, als allgemein dargestellt wird. Israel unterstützte den Widerstand des irakischen Kurdenführers Mustafa Barzani in den 1960er-Jahren nur deswegen, weil er gegen einen arabischen Staat kämpfte und weil die USA den seinerzeit mit der Sowjetunion verbündeten Irak schwächen wollten. Nachdem der kurdische Widerstand in der Türkei an Bedeutung gewonnen hatte, arbeiteten MIT und Mossad auch eng bei der Bekämpfung der PKK zusammen. Bei der israelischen Invasion des Libanon im Jahre 1982 wurden beispielsweise elf PKK-Kämpfer gefangen genommen. Zwar wurden sie nicht von türkischen Agenten verhört, doch ist es wahrscheinlich, dass Dokumente und anderes bei ihnen gefundenes Material an die Türkei weitergegeben wurde. Die Kontakte zwischen Militärs, Geheimdienstlern, Diplomaten und Politikern beider Länder wurden schon immer intensiviert. Anlässlich eines Israelbesuchs im November 1993 betonte der damalige türkische Außenminister Hikmet Çetin, dass es Ziel seiner Reise sei, die Unterstützung Israels im Kampf gegen die PKK zu gewinnen,⁸⁾ und das mit Erfolg. Präsident Ezer Weizman erklärte zwei Monate später bei seinem Gegenbesuch, dass Israel Ankara bei der Terrorismusbekämpfung durch Ausbildung von Terrorexperten,

Informationsaustausch und Zusammenarbeit der Geheimdienste unterstützen werde. Im November 1994 reiste Agenturberichten⁹⁾ zufolge eine 50-köpfige Delegation von israelischen Militärexperten in die Türkei, um die türkische Armee im Kampf gegen die kurdische Guerilla zu beraten. 1994 lieferte die israelische Firma „Tamam Precision Instruments“ Nachtsichtgeräte¹⁰⁾ für *Cobra*-Helikopter im Wert von 7,8 Mio. EUR, die bei Angriffen auf Dörfer in der Region Dersim eingesetzt wurden.

Am 26. November 1996 brachte der Autounfall von Sursuluk, bei dem ein hoher Polizeioffizier und der international gesuchte rechtsradikale Killer Abdullah Çatli ums Leben kamen und der DYP-Abgeordnete Sedat Edip Bucak schwer verletzt wurde, die Verbindungen zwischen türkischen Sicherheitskräften, Rechtsradikalen, hohen Politikern und der Mafia ans Tageslicht. Im so genannten Susurluk-Bericht, der im Jänner 1998 vorgelegt wurde, findet auch die *Israel-Connection* Erwähnung.¹¹⁾ Dem Bericht zufolge haben türkische Agenten in Großbritannien die Firma „Hospro“ gegründet, die allein 1994 in Israel Waffen für mehr als 1,5 Mio. EUR einkaufte. Diese Waffen wurden von paramilitärischen Einheiten für Morde an kurdischen Zivilisten benutzt, so auch bei einem versuchten Mordanschlag auf den PKK-Führer Abdullah Öcalan 1995 in Beirut. Über die Frage, ob der *Mossad* bei der Entführung Öcalans aus Nairobi beteiligt war, ist viel spekuliert worden.¹²⁾ Das Flugzeug, das Öcalan in die Türkei brachte, musste zwischenlanden. Geschah dies in Israel? Der damalige Chef des *Mossad* hat jedenfalls eine Beteiligung seiner Organisation an der Entführung Öcalans dementiert: Dies war das erste Dementi in der Geschichte des *Mossad* überhaupt! Seitdem haben sich die Wege von MIT, *Mossad* und CIA noch mehrmals gekreuzt, das letzte Mal im Rahmen der gezielten Luftschläge gegen die PKK im Dezember 2007 und der anschließenden Bodenoffensive im Februar 2008 im Nordirak. Dabei kam es zum Austausch von Geheimdienstinformationen, wie der türkische Generalstabschef, Yaşar Büyükanıt, immer wieder lobend erwähnt hat.

Die unterschiedlichen Beziehungen zu arabischen Staaten

Details

Wegen ihrer guten Beziehungen zu Israel wurde die Türkei bis zum Beginn des arabisch-israelischen Friedensprozesses 1991 von den arabischen Staaten immer wieder kritisiert. Es wurde behauptet, die Beziehungen zu Israel beeinträchtigten das türkische Verhältnis zur islamischen Welt. Wie stichhaltig sind diese Behauptungen, oder nimmt die Türkei mit ihrer Israel-Politik in der islamischen Welt tatsächlich eine Sonderrolle ein?

Der Nahostkonflikt hat eine mindestens ebenso bedeutende national-arabische wie islamische Komponente. Um zu verstehen, ob die türkisch-israelischen Beziehungen die arabisch-israelischen Beziehungen beeinflussen und Ankara mit seiner Israel-Politik eine Ausnahmestellung in der islamischen Welt einnimmt, muss man zunächst das Verhältnis anderer nicht-arabischer islamischer Staaten zu Israel betrachten. So ist größtenteils nicht bekannt, dass die schwarzafrikanischen islamischen Staaten (mit Ausnahme von Guinea, das seine Beziehungen 1971 abbrach) bis 1973 Beziehungen zu Israel unterhielten. Die meisten von ihnen erneuerten diese nach dem israelisch-palästinensischen Grundsatzabkommen von 1993. Weil sie selber den Kontakt mit Israel suchten, war von ihnen

nicht zu erwarten, dass sie die Türkei wegen ihrer Beziehungen zu Israel kritisierten. Auch für Indonesien und Pakistan stellten die türkisch-israelischen Beziehungen kein Hindernis für freundschaftliche Beziehungen zur Türkei dar. So war zum Beispiel Pakistan von 1958-1979 als Mitglied der CENTO (ein von 1958-1979 bestehendes Militärbündnis zwischen der Türkei, Iran, Pakistan und Großbritannien), sogar militärischer Verbündeter der Türkei. CENTO (*Central Treaty Organisation*) war ein reines Verteidigungsbündnis und wurde zuerst am 24. Februar 1955 vom Irak und der Türkei unterzeichnet. Aufgrund massiver Meinungsverschiedenheiten trat der Irak bereits 1959 wieder aus. Seitdem bestand das Bündnis nur noch formal, bis es 1979 infolge der Islamischen Revolution im Iran aufgelöst wurde. 1992 wollten die Staatschefs der Turk-Staaten im Rahmen des in Ankara neu gegründeten Zentralasiengipfels der Türkischen Republiken (OATCT) ein Verteidigungsbündnis in der Tradition der CENTO wiedererstehen lassen. Die Verwirklichung scheiterte schließlich am Einspruch Usbekistans, das seinerseits einen zu großen Einfluss der Türkei in Zentralasien befürchtete.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet arbeiteten die islamischen Länder Asiens und Afrikas mit der Türkei zusammen. 1997 wurde die wirtschaftliche Interessengemeinschaft der D-8 gegründet, in der sich Indonesien und Pakistan gemeinsam mit Ägypten, Bangladesch, Iran, Malaysia, Nigeria, Pakistan und der Türkei, zusammenschlossen. Neben Ägypten und der Türkei unterhält auch Nigeria seit Mai 1992 Beziehungen zu Israel. Selbst für die türkisch-iranischen Beziehungen spielt die Tatsache, dass die Türkei Beziehungen zu Israel unterhält, keine Rolle. Das Verhältnis der arabischen Staaten zur Türkei war viel stärker aufgrund von realpolitischen Interessen gestört als durch die türkische Anerkennung Israels.

- Der Irak fühlte sich auf Dauer zu schwach, den türkischen Gebietsansprüchen mit Konfrontation zu begegnen, weshalb er bis 1990 die Zusammenarbeit mit Ankara bevorzugte.

- Syrien dagegen machte der Türkei den Besitz der Provinz Hatay streitig und das Leben schwer, indem Damaskus die PKK nach 1984 massiv unterstützte.

- Auch die über lange Zeit hin angespannten Beziehungen zwischen der Türkei und Ägypten lassen sich auf andere Wurzeln zurückführen als die türkische Israel-Politik. Beide Länder befanden sich in verschiedenen politischen Lagern: die Türkei im westlichen, Ägypten im pro-sowjetischen. Sobald sich nach 1970 beide im westlichen Lager wieder fanden, besserten sich die Beziehungen.

Die 1990er-Jahre, die Zeit der dynamischen türkisch-israelischen Beziehungen, begannen mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Zweiten Golfkrieg und dem arabisch-israelischen Friedensprozess. Das Ende des Kalten Krieges brachte für einige arabische Staaten, darunter Syrien, den Verlust ihres Schutzpatrons Sowjetunion. Die Türkei verlor einen mächtigen Gegner an der Grenze im Osten und nützte den Umstand geschickt für neue Handlungsmöglichkeiten in Zentralasien und im Kaukasus. Der Zweite Golfkrieg zeigte, wie gespalten das arabische Lager war. Und der Friedensprozess machte Beziehungen mit Israel nicht mehr zu einer Frage des Prinzips, sondern der Konditionen. Die verbal so oft bezeugte Feindschaft der arabischen Staaten zu Israel und ihre Solidarität mit den Palästinensern erweisen sich bei näherer Betrachtung als brüchig: wohl auch eine Folge der zunehmenden Ermüdung über den Dauerkonflikt,

der sich inzwischen zu einem Stolperstein für die Entwicklung der gesamten Region entwickelt hat. Bereits vor dem Camp David-Abkommen 1978 gab es arabisch-israelische Kontakte, die über die technische Handhabung des Waffenstillstandes hinausgingen. Bereits sehr früh pflegten israelische Dienste Kontakte mit Tunesien. Die israelischen Kontakte zum tunesischen Präsidenten Habib Bourguiba reichen bis in die Jahre 1951/52 zurück. 1965 schlug Bourguiba der Arabischen Liga vor, den Teilungsplan der UNO nachträglich zu akzeptieren. 1976 erneuerte er diesen Vorschlag. 1995 eröffneten Israel und Tunesien Verbindungsbüros, die aber nicht diplomatischen Status hatten. Aus Protest gegen die Politik Benjamin Netanjahus schloss Tunesien die Büros 1997 wieder. Die ersten Kontakte Israels mit Marokko gehen auf das Jahr 1956 zurück. 1963 vereinbarte man eine Spezialausbildung für marokkanische Polizisten in Israel. 1976 besuchte Premierminister Yitzhak Rabin erstmals Marokko, allerdings heimlich und in Verkleidung. Im Juli 1986 stattete er dem Land einen zweiten Besuch ab, über den in den Medien zwar nicht berichtet, der aber auch nicht verheimlicht wurde. Syrien war über diesen Besuch so erbost, dass es die Beziehungen zu Marokko abbrach. Nach dem Abschluss des Oslo-I-Abkommens 1993 eröffneten Israel und Marokko am 1. September 1994 Verbindungsbüros. Im Oktober 2000 schloss Marokko die Verbindungsbüros aus Protest gegen Ariel Scharons Politik. Im Januar 1996 bzw. im April 1996 eröffnete Israel im Oman und in Katar Handelsvertretungen und umgekehrt. Oman brach die Handelskontakte im Oktober 2000 wieder ab, die Beziehungen mit Katar wurden jedoch aufrechterhalten. Im September 2005 trafen sich Ministerpräsident Ariel Scharon und der katarische Außenminister Scheich Hamad bin Jassin am Rande der UNO-Generalversammlung. Bin Jassin forderte die arabischen Staaten auf, Israels Rückzug aus dem Gazastreifen zu honorieren und normale Beziehungen zu Israel herzustellen. Ägypten, Jordanien und Mauretanien unterhalten mit Israel diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene.

Die bilateralen Beziehungen Israel-Türkei

Die türkische Israel-Politik scheint also nicht der Grund dafür zu sein, dass die türkischen Beziehungen zu manchen Staaten der islamischen Welt gespannt waren bzw. sind. Die nicht-arabischen islamischen Staaten hatten ohnehin niemals ein Problem mit der türkischen Haltung gegenüber Israel. Und bei den arabischen Staaten scheint eher die Angst vor der Stärke der Türkei die Beziehungen negativ beeinflusst zu haben. In diesem Sinne hat insbesondere das türkisch-israelische Militärabkommen die arabischen Staaten aufgeschreckt, weil sich nun in einer tief zerstrittenen arabischen Welt zwei nichtarabische Mächte, die noch dazu über die stärksten Armeen in der Region verfügen, verbündet haben. Nach Wegfall der Blockkonfrontation war damit vielen arabischen Staaten die Möglichkeit genommen worden, durch Anlehnung an eine Supermacht das Bündnis zwischen der Türkei und Israel auszuhebeln. Nach Meinung des saudischen Prinzen Khalid bin Sultan bin Abd al-Aziz rächt sich nun die Vernachlässigung der Türkei durch die arabischen Staaten. Die Türkei habe weder die Araber noch den Islam verraten, sondern nur ihre eigenen Interessen verfolgt: „*Freundschaft ist zeitweilig, Feindschaft ist zeitweilig, Interessen sind ewig*“, sagte der Prinz und legte den arabischen Staaten nahe, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Türkei zu verbessern, und schlug ein System kollektiver Sicherheit vor,

das die Golfstaaten, Ägypten, Syrien, die Türkei und Pakistan einschließen sollte. Mit anderen Worten: ein kollektives Sicherheitssystem gegen Israel und den Iran.

Allianzen und Gemeinsamkeiten

Die zentrale Achse Türkei-Israel-USA

Die bipolare Welt des Ost-West-Konflikts ist mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu einer unipolaren Welt mit den USA als globaler militärischer Hegemonialmacht geworden. Die Bedeutung der Achse Ankara-Jerusalem ist erst richtig zu würdigen, wenn sie in dieses globale Militärsystem eingeordnet wird. Im Bereich der westlichen Industriestaaten werden vorrangig schnelle Eingreiftruppen auf- und ausgebaut. Obwohl keine militärische Bedrohung dieser Länder erkennbar ist, wird die qualitative Aufrüstung systematisch fortgeführt. Die Umgestaltung der NATO zeigt ebenfalls in diese Richtung. Die reichen Industriestaaten unter Führung der USA organisieren ein weltweites militärisches Eingreifsystem. Die NATO wird so vom Instrument der Verteidigung zum Instrument der Durchsetzung von Interessen außerhalb des eigenen Lebensbereiches. In diesem Eingreifsystem übernimmt die NATO die Zuständigkeit vom Atlantik bis weit nach Afrika, Nahost und Asien. Die USA und die Türkei sind Mitglieder der NATO, Israel jedoch nicht. Das De facto-Militärbündnis von zwei NATO-Staaten mit Israel bedeutet, dass die israelische Politik an die US-amerikanische Rohstoffpolitik angekoppelt wird. Allerdings ist dieser Vorgang doppelgesichtig, denn die NATO selbst hat keinen direkten Einfluss auf das Verhalten des neuen Militärdreiecks (USA-TUR-ISR), da es sich ja um ein eigenständiges Militärbündnis von Staaten handelt. Da die USA und die EU-Staaten trotz der NATO-Partnerschaft auch Konkurrenten sind, lässt sich das neue Machtdreieck auch andersherum auslegen, nämlich, dass es bestens dazu geeignet ist, die europäischen NATO-Staaten in ihrer *Out-of-area*-Politik vom Nahen Osten fernzuhalten. Das erklärt wiederum, warum viele arabische Staaten ein stärkeres europäisches Engagement im Nahen Osten fordern und wünschen. Als positives Beispiel kann dabei die Entwicklung von UNIFIL im Südlibanon - von einer *Peacekeeping* (bis 2006) zu einer *Peace enforcement Force* - erwähnt werden; ein Engagement, das im gegebenen Fall auch im Gazastreifen auf arabische Zustimmung stoßen würde.

Verbindende Interessen und Gegensätze

Israel und die Türkei haben zweifellos einige Gemeinsamkeiten: Beide haben große Minderheiten in ihrem Herrschaftsgebiet, denen sie vorwiegend mit Mitteln der Gewalt begegnen. Der Ausdruck „Minderheiten“ ist, angesichts der Millionenanzahl an Arabern in Israel und Kurden in der Türkei mehr als gewagt. Beide fühlen sich von islamistischen Tendenzen bedroht und versuchen, sie zurückzudrängen oder abzuschrecken. Neben den genannten Gemeinsamkeiten gibt es jedoch auch unterschiedliche Interessen:

- Weder Israel noch die Türkei möchten in die spezifischen Konflikte der anderen Seite hineingezogen werden. Die Türkei als islamisches Land mit erheblichen Wirtschaftsinteressen in anderen islamischen Ländern möchte nicht in den israelisch-palästinensischen Konflikt geraten und auch nicht als Partner Israels in dieser Hinsicht bewertet werden. Andererseits kann Israel kein Interesse daran haben, Teil des NATO-Streites

zwischen der Türkei und Griechenland zu werden, was Ankara nicht ungerne sehen würde. In der Kurdenfrage vertreten beide Staaten, wie bereits oben erwähnt, unterschiedliche Positionen und scheuen daher eine gegenseitige Thematisierung dieser Problematik.

Fraglich ist, ob es den Militärpartnern gelingt, die verschiedenen Konfliktfelder in der Wahrnehmung der anderen Staaten der Region tatsächlich säuberlich zu trennen. Schließlich wird die vereinbarte Unterstützung Israels für die technische Verbesserung der türkischen Streitkräfte wohl zu Recht als Bedrohung für andere Staaten der Region verstanden. Die sich herausbildende Konstellation einer türkisch-israelisch-amerikanischen regionalen Militärhegemonie im Nahen Osten stellt die türkische Außenpolitik vor das Problem, diese neue Position mit gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Staaten zu verbinden. Gegenwärtig ergibt sich die Frage: Wird nicht die Politik der militärischen Troika (USA-TUR-ISR) im Nahen Osten, die sich in vielfacher Weise gerade gegen diese Nachbarstaaten wendet, die Regionalpolitik der Türkei in Frage stellen?

Die Ansätze hierfür liegen auf der Hand:

- Seit dem Golfkrieg 1991 stellt die Türkei den USA und der NATO militärische Einrichtungen für Operationen im Irak zur Verfügung;

- Invasion türkischer Truppen in den Nordirak und laufende Einmischung in die politischen Konflikte der dort lebenden Kurden, Turkmenen und Araber;

- die Bedrohung Syriens im Oktober 1998 mit Krieg, der nur knapp abgewendet wurde.

Die Frage betrifft aber auch die anderen zwei der Troika. Jeder Partner verfolgt unablässig seine eigenen Interessen und konsultiert die anderen nur dann, wenn es absolut unvermeidbar ist. Gerade die letzte Offensive der türkischen Armee im Nordirak ist das beste Beispiel dafür, dass keiner der Partner willens ist, seine „vitalen Interessen“ der Allianz zu opfern. Das könnte im Fall des Falles auch das Problem der EU werden. Man darf nicht ernsthaft glauben, dass ein EU-Mitglied Türkei seine Kurdenpolitik nach Brüssel delegieren und damit aus der Hand geben würde.

Eine solche Politik regionaler Militärdominanz hat mit Friedenspolitik nichts zu tun. Sie überwindet nicht Konflikte, sondern produziert diese geradezu. Als Folge werden erhebliche Ressourcen in eine forcierte Aufrüstung fließen und damit für einen produktiven Einsatz in der Türkei und in Israel nicht mehr zur Verfügung stehen. Schon jetzt hat die Gesellschaft der Türkei, deren Eliten im erheblichen Maße in Mafia und Korruption verstrickt sind, schweren Schaden durch den seit Jahrzehnten andauernden Krieg gegen die PKK genommen. Auf solchem Boden gedeihen nationalistische, rassistische und fundamentalistische Einstellungen, die in der Türkei den Hass auf den Westen, Ausländer, Christen und v.a. die PKK schüren.

Schlussfolgerungen

Motive für die Annäherung

Beim ersten Blick stellt der militärische Aspekt die dominierende Kraft hinter der Annäherung dar. Andere Faktoren wie die eigentliche Übereinstimmung der beiden Länder in der Betrachtung der Probleme in der Region, ihre Stellung und ihrer Aufgabe darin, ihre kulturellen und demokratischen Traditionen treten dabei häufig zurück. Aber gerade das trägt zur Klärung der

Frage bei. Die Gewichtung dieser Faktoren hat die Relevanz für die Annäherung im wechselnden Ausmaß ausgemacht. Beide Länder sind nicht-arabisch, demokratisch und westlich orientiert. Jedes unterhält ein großes Heer und sieht sich terroristischen Gefahren ausgesetzt. Beide legen Wert auf ihre Beziehungen zu den USA. Beide haben Probleme mit Syrien und Iran. Um die Annäherung zwischen Israel und der Türkei zu charakterisieren, scheint der Ausdruck *rapprochement* am passendsten, da die Begriffe Bündnis und Kooperation entweder zu weit gefasst sind oder einzeln nicht zutreffen. Die Annäherung umfasst eben nicht nur militärische Abkommen, sondern auch kulturelle und wirtschaftliche Prozesse.

Die Annäherung geschah nicht auf Basis historischer Verbundenheit, sie war eine Notwendigkeit, aus den Gemeinsamkeiten eine geostrategische Beziehung einzugehen. Dazu haben v.a. die Lage und die zeitweilige Isolation der Türkei und Israels in der Region beigetragen. Offen bleiben muss, ob die Gemeinsamkeiten auf militärischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet auch weiterhin die Annäherung vorantreiben oder sich die Beziehung zwischen Ankara und Jerusalem auf den klassischen Bündnisbegriff zurückbilden wird. Der Kern dieser Partnerschaft besteht aus zwei Ländern mit einem lockeren Netzwerk von Teamkameraden. Die Türkei und Israel können auf Jordanien zählen, das stabile Beziehungen mit Israel unterhält und bereitwillig die Freundschaft mit der Türkei akzeptiert. Zusätzlich gehören Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate zu den potenziellen Mitgliedern des türkisch-israelischen Teams. Der türkische Analytiker Soli Özel beurteilt den Grad der Beziehungen zwischen Ankara und Jerusalem größer als alles, was die Türkei mit der EU oder Staaten des Nahen Osten aufgebaut hat. Nur mit den USA sei ein Vergleich möglich. Genau weil diese Bindung sich auf so vielen Ebenen ausdehnt, von Kampfpiloten über Wirtschaftsvertreter bis hin zu Studenten, verspricht sie zu halten. Die Vielschichtigkeit der Beziehungen ist geradezu entscheidend für ihre Langlebigkeit. Das menschliche Element verwandelt die rein nützliche Verbindung in so etwas wie ein wirkliches Bündnis, was wiederum der Stärke der Sicherheitsarchitektur zugutekommt. Der internationale Terrorismus und die ungelösten wirtschaftlichen, territorialen, sozialen und ethnischen Probleme in der Region als Bewährungsproben der nahen und mittleren Zukunft werden zeigen, ob es sich bei der türkisch-israelischen Verbindung um eine wahre Partnerschaft handelt oder nur um eine reine Zweckgemeinschaft. Ein wichtiger Punkt für die Zukunft der Partnerschaft ist der innertürkische Machtkampf zwischen Kemalisten und Islamisten. Die türkischen Militärs gelten als eigentliche Triebkraft des israelisch-türkischen Verhältnisses. Israel fürchtet sich daher vor einem Regimewechsel in der Türkei, was verständlicherweise schwerwiegende Folgen für die bilateralen Beziehungen haben könnte. Infolge einer solchen Entwicklung wäre die Türkei nicht mehr an einer Zusammenarbeit mit Israel interessiert, ähnlich, wie es nach dem Sturz des iranischen Schahs 1979 in den israelisch-iranischen Beziehungen geschah.

Vergangenheit und Gegenwart

Das Verhältnis der Türken zu den Arabern ist historisch belastet. Auf der einen Seite sehen die Araber im Osmanischen Reich, das vier Jahrhunderte über die arabische Welt geherrscht hat, eine Kolonialmacht, und selbst heute verzeihen auch säkulare Araber Mustafa Kemal Atatürk nicht, dass er die Bindungen der Türkei zur arabisch-islamischen Zivilisation gekappt hat. Auf der anderen Seite betrachten viele Türken die Araber als

Verräter, da sie mit britischer und französischer Hilfe gegen das Osmanische Reich aufbegehrt und diesem den Todesstoß versetzt haben. So verkrampft das Verhältnis der Türken zu den Arabern ist, so entkrampft ist es zu Israel. Ankara hatte den Staat Israel bereits 1949 diplomatisch anerkannt. In der Türkei, v.a. in Istanbul, lebt eine angesehene und wirtschaftlich aktive jüdische Gemeinde mit 25.000 Mitgliedern. Sie sind überwiegend die Nachkommen jener sephardischen Juden, die nach der „Reconquista“ aus Spanien vertrieben wurden und ins Osmanische Reich emigrierten. Hintergrund war die Machtpolitik¹³⁾ des spanischen Königspaars Ferdinand und Isabella. Sie haben die „Converdidors“ instrumentalisiert, um die nach mehr Autonomie strebenden Städte unter ihre Kontrolle zu bekommen. Die Vertreibung der Juden war dann eine Folge der Arrondierung des spanischen Nationalstaats im 16. Jahrhundert und hatte mit der ursprünglichen „inquisicion“, die außerdem ein vorwiegend staatliches und nicht kirchliches Instrument war, nur mehr wenig zu tun. Das Osmanische Reich pflegte nicht einen territorialstaatlichen, sondern einen imperialistischen Ansatz. Dieser wies auch positive Züge auf, so etwa die Akzeptanz ethnischer Vielfalt, allerdings unter der Voraussetzung der rückhaltlosen Anerkennung der Obrigkeit. Die aus dem Osmanischen Reich hervorgehende Türkei ist eines der wenigen Länder, das nie Antisemitismus gekannt hat.

Beide Seiten zahlen einen gewissen Preis für ihre bilaterale „Liebesgeschichte“. Jede bedeutsame Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Türkei und einem ihrer Feinde in der Region oder - auf der anderen Seite - zwischen Israel und einem (oder einigen) seiner arabischen Nachbarn kann unmittelbar Auswirkungen auf die türkisch-israelischen Beziehungen haben, wie z.B. die letzte Offensive der israelischen Armee im Gazastreifen. Beide Seiten müssen sich der Grenzen ihres bilateralen Verhaltens bewusst sein, das von regionalen und globalen Überlegungen beeinflusst wird. Die Möglichkeit einer Gegenallianz steht drohend im Hintergrund, falls die Verbindung Ankara-Jerusalem als zu bedrohlich angesehen werden sollte. Doch nur eine Gegenallianz, die sowohl Ägypten als auch den Iran einschließt, könnte von irgendeiner strategischen Bedeutung sein. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Allianz ist gering, obwohl sich die Beziehungen zwischen dem Iran und der arabischen Welt seit den türkisch-israelischen Beziehungen verbessert haben. Einige kleinere Gegenallianzen haben sich in den letzten Jahren allerdings bereits herausgebildet und manifestiert wenn auch mit teilweise anderen Mitspielern. Saudi-Arabien hat den Begriff der „schiitischen Achse“ geschickt instrumentalisiert, um seit 2003 eine sunnitisch-arabische Troika mit Ägypten und Jordanien zu etablieren, die ein mit den USA verbündetes und „moderates sunnitisches“ Gegengewicht zu den bestehenden Allianzen des Iran bilden soll. Teheran betreibt im Gegenzug über Syrien, *Hamas* und *Hisbollah* seine eigene Großmachtpolitik, die derzeit schwergewichtsmäßig auf eine Peripherisierung des Iraks und Afghanistans abzielt. Länder mit starken regionalen Interessen wie zum Beispiel Ägypten werden in der israelisch-türkischen Verbindung so lange eine Bedrohung sehen, wie die Türkei und Israel über ihre schlagkräftigen Armeen und ihre starke Wirtschaft verfügen. Auf der anderen Seite gibt die positive Haltung Jordaniens hinsichtlich der türkisch-israelischen Freundschaft gewissen Anlass zu der

Hoffnung, dass einige andere arabische Staaten einbezogen werden könnten in etwas, das man als „Friedenskoalition der Region“ bezeichnen könnte. Eine solche Koalition wäre in der Lage, sich mit den USA und sogar mit der EU zu verbinden. Die Literatur zu diesem Thema ist reichhaltig und v.a. englischsprachig. Das soll implizieren, dass im deutschsprachigen Raum die Bereiche Türkei und Israel zwar behandelt werden, der Fokus bei der Türkei aber seit Jahren von der Annäherung an die EU und den davon abhängigen Themen Demokratisierung, Folter, Kurden und Wirtschaft dominiert wird. Bei Israel hingegen stehen der Nahostkonflikt und die Auseinandersetzung mit den Palästinensern im Vordergrund. Dies legt nahe, dass die israelisch-türkische Annäherung an einem Teil Europas schlichtweg vorbeigegangen ist, obwohl diese in ihrer regionalen Bedeutung kaum zu überschätzen ist. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. Thomas Neumann: Türk-Israil isbirligi iki ülkenin de cakarina (Die türkisch-israelische Kooperation bringt für beide Seiten Vorteile mit sich). In: Zaman (www.zaman.com.tr) vom 1. März 1998.
- 2) Vgl. Andreas Buro: Die Herrscher über Nahost. Das militärische Dreieck Türkei-Israel-USA. In: Wissenschaft & Frieden, 4/1998, S.8-11, S.10.
- 3) Vgl. Udo Steinbach: Die Außenpolitik. In: Informationen zur politischen Bildung, Türkei, 2. Quartal 1989.
- 4) Vgl. M. Hakan Yavuz: Dislanmislerin Askı: Türk-Israil ilişkileri (Die Liebe der Ausgestoßenen: die türkisch-israelischen Beziehungen). In: Zaman vom 21. Juli 1998.
- 5) Vgl. Zur Rolle der Türkei im Nahost-Friedensprozess. In: S. Hoffmann und F. Ibrahim, (Hrsg.): Versöhnung im Verzug, Bonn 1996, S.226.
- 6) Vgl. Savasman Sabahattin: 3. Adam anlatiyor. MIT-CIA ilişkileri. (Der dritte Mann erzählt. Die Beziehungen zwischen dem MIT und der CIA), Güney yayincilik, S.11-15.
- 7) Vgl. Turhan Talat: Doruk Operasyonu. Istanbul 1989. S.149.
- 8) Vgl. Jerusalem Post, 16. November 1993.
- 9) Vgl. AFP, 17. März 1995.
- 10) Vgl. International Defense Review, Mai 1995.
- 11) Vgl. Kutlu Savas, Susurluk Raporu, 1998. Deutsche Fassung S.11-13.
- 12) Vgl. FAZ, 19. März 1999.
- 13) Vgl. Ferdinand Gschwendtner: Staatsfeudalismus in Kastilien. In: Peter Feldbauer, Gottfried Liedl, John Morrissey (Hrsg.): Mediterraner Kolonialismus; Expansion und Kulturaustausch im Mittelalter, Essen 2005, S.235-258.



Obst MSD Johann Hornung

Geb. 1959; Berufsoffizier seit 1982; Inlandsverwendungen von 1982-2002 als ZgKdt, KpKdt, WiO, stvBKdt beim PzB33, HLO Kdo AusIE, S3 und Abt Ltr Plan & Grundlagen KdoIE; Auslandverwendungen bei UNDOF (1985), UNTSO (1990/91), UNIKOM (1991), UNOMIG (1996/97), SFOR (1996), BKdt KFOR (2000) und MVB als VO PKZ (Shape, 2002-04); beigeordneter Verteidigungsattaché Türkei und Israel von November 2004 bis September 2007, seit Oktober 2007 VATUR.

Die oranische Heeresreform als archimedischer Punkt für die neuzeitliche Kriegskunst

Eberhard Birk

So offensichtlich sich aus der Retrospektive das europäische Kriegswesen über politische und gesellschaftliche fundamentale Umwälzungsprozesse in größeren Zeitabschnitten in Form von Militärischen Revolutionen weiterentwickelte,¹⁾ und innermilitärisch auf der organisatorischen Ebene taktisch-operative Neuerungen sowie der (waffen-)technologischen Ebene gefechtsfeldbezogene Optimierungen in Form der *Revolutions in Military Affairs* (RMA) zu einer Effizienzsteigerung „sur le terrain“ führten, so evident ist deren Initialzündung an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert in Form der oranischen Heeresreform zu erkennen, „deren Bedeutung für die kommenden Jahrhunderte kaum überschätzt werden kann“.²⁾

Der Fundamentalcharakter der oranischen Heeresreform für die folgende Entwicklung des europäischen Kriegswesens wird dann ersichtlich, wenn man sie - zusammen mit dem Wachstumsprozess der Staatsgewalt zu Beginn der frühen Neuzeit - als ersten Baustein von epochalen Einschnitten wertet. Als solche

jeweils die gesamtstrategischen Rahmenbedingungen der Kriegführung neu und schlossen jene Akteure vom „europäischen Konzert“ respektive dem Kreis der die globalen Spielregeln definierenden Mächte aus, die nicht in der Lage waren, den neuen An- und Herausforderungen gerecht zu werden. Alle diese katalysatorisch wirkenden Militärischen Revolutionen strahlten auf die jeweilig zukünftige Kriegführung aus und zogen deshalb seit jeher das militärhistorische Interesse auf sich. So sehr die europäische Geschichte in der frühen Neuzeit von ihrem epochenspezifischen Bellizismus geprägt ist⁴⁾ und die „*Geburt Europas aus dem Geist der Gewalt*“⁵⁾ sich als ein Ergebnis des Wechselspiels von technischer Innovation, militärischer Disziplin und (rüstungs-)wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, verbunden mit dem politischen Willen zur - auch außerkontinentalen - Anwendung dieser Überlegenheit erwies,⁶⁾ so gab es stets ebenfalls theoretisch-erörternde Reflexionen und praktische Umsetzungsversuche, die auf den steten und vielfältigen Wandel des Kriegsbildes zu reagieren suchten - unzählige Versuche blieben indes erfolglos.

Für den Erfolg von Revolutionen, Reformen sowie Transformationen auf militärischem Terrain waren und sind meist drei Voraussetzungen unabdingbar: erstens eine neue Idee, um die Heterogenität vorhandener Ansätze und das traditionale Beharren auf dem innermilitärischen „Herkommen“ von einem außerhalb des Ereignishorizontes liegenden „archimedischen Punkt“ aus zu analysieren, um einen insgesamt unbefriedigenden Zustand durch einen zukunftsfähigen Gegenentwurf in eine neue Lösung zu überführen; zweitens ein politisches und finanzielles Gravitationszentrum, das die notwendige Überzeugungsarbeit mit einer zentralen politischen Autorität und einem sicheren, nachhaltigen Finanzvolumen umzusetzen in der Lage war, sowie drittens eine existenzielle, in der Regel externe sicherheitspolitische und militärische Herausforderung, die einen wahrnehm- und erkennbaren Handlungsdruck erzeugte.

Grundsätzlich ist daher für ein Gesamtverständnis des europäischen Kriegswesens im Allgemeinen und der oranischen Heeresreform im Besonderen zu beachten, dass eine zeithistorische Annäherung ohne eine theoretische Reflexion zu kurz greift: „*Die Militärgeschichte jedes Zeitraumes wird immer auch der geistesgeschichtlichen Ausdeutung bedürfen, hier aber wird sie für kurze Zeit zur Geistesgeschichte selbst.*“⁷⁾

Wenngleich die moderne Militärgeschichte seit Jahren neue Forschungsfelder öffnet,⁸⁾ nachdem der lange Weg von der Kriegs- über die Wehr- hin zur Militärgeschichte⁹⁾ mit zahlreichen Hindernissen - „innerer Nutzen“ oder „applikatorische Methode“¹⁰⁾ - überwunden wurde, bleibt die an geschichtswis-

Militärische Revolutionen			
Militärische Revolutionen	Zeitraum	Phänomenologie	Ressourcen-Mobilisierungs-Kapazität (RMK)
1. Milit. Revolution	17. Jhdt.	moderner Staat	Staat
2. Milit. Revolution	1789	Französische Revolution	Nation
3. Milit. Revolution	Mitte 19. Jhdt.	Industrielle Revolution	Wirtschaft
4. Milit. Revolution	1914-1945	Totaler Krieg	Ideologie
5. Milit. Revolution	ab 1945	Nuklearisierung	Technik
6. Milit. Revolution	ab 1989ff.	Globalisierung	Kultur?
Kennzeichen einer Militärischen Revolution: Erhöhung des Grades der Ressourcen-Mobilisierungs-Kapazität			
<small>Quelle: Autor</small>			

lassen sich darüber hinaus für die Folgezeit die Französische Revolution Ende des 18. Jahrhunderts, die Industrialisierung zur Mitte des 19. Jahrhunderts, die volkswirtschaftliche und ideologische Totalisierung des Krieges in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die Nuklearisierung des Kriegsbildes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie - nach den beiden Zeitikonen „11/9“ (Mauerfall 1989) und „9/11“ (2001) - die Phänomenologie der „Neuen Kriege“ identifizieren.³⁾

Sämtliche genannten „Militärischen Revolutionen“ hatten einen das Kriegswesen dramatisch verändernden Einfluss; sie definierten durch ihre in großer Linie additiv, im Wechsel von „harten“ und „weichen“ Abschnitten aufwachsenden Größen Staat, Nation, Industrie, Ideologie, (Nuklear-)Technik und Kultur

senschaftlichen Axiomen orientierte Betrachtung und Analyse militärischer Führer, ihrer Untergebenen sowie deren Verhalten - natürlich auch respektive insbesondere während des Krieges - weiterhin vornehmes Aufgabengebiet des Militärhistorikers.¹¹⁾ Militärgeschichte ohne Militär im Kriege scheint schlechterdings - bei aller Legitimation neuer Ansätze¹²⁾ - nicht möglich. Der lange Weg von einer Kriegsgeschichte als Generalstabsdomäne zu einer Militärgeschichte als akademischer Teildisziplin der Geschichtswissenschaft ist jedoch unumkehrbar.¹³⁾

Doch gerade die mittlerweile im Rahmen einer sich als *Modern Military History* verstehenden Militärgeschichtsschreibung der letzten beiden Dekaden vorgenommene Schwerpunktverschiebung, die bei einer notwendigen, aber tendenziell gelegentlich zu stark akzentuierten Fokussierung auf Erfahrungsräume und soldatische Lebenswelten mit ihren sozialen und kulturellen, gesellschaftlichen und politischen sowie konfessionellen und ökonomischen Aspekten die genuin militärischen Entwicklungen vernachlässigt, muss unvollständig bleiben. Hierbei kann und darf es natürlich nicht darum gehen, dem „Militärischen“ allgemein einen übergebührend hohen Stellenwert zuzuweisen; vielmehr scheint es erforderlich, darauf hinzuweisen, dass das Militärische in der Militärgeschichte - nämlich die bewaffnete Macht als Institution und alle ihre Erscheinungsformen in ihren Beziehungen zueinander und zu den Gegenständen der allgemeinen Geschichte¹⁴⁾ - unverzichtbare und wertvolle Beiträge leisten kann, um die Wechselwirkungen vom Wachstumsprozess der Staatsgewalt und ihrer politischen Verdichtung, Gesellschaft und Ökonomie einerseits sowie die Rolle von Militär und Krieg, insbesondere die Grundzüge militärischer Landkriegführung, andererseits für die Epoche der frühen Neuzeit in ihrer Bedeutung und Gesamtheit verständlich zu machen.¹⁵⁾

Die Heere des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) wie auch jene des folgenden absolutistischen Kriegswesens haben eine Vorgeschichte. Deren Wurzeln liegen in der geistesgeschichtlich vom niederländischen Altphilologen Justus Lipsius vorbereiteten oranischen Heeresreform, die von einem Kreis militärgeschichtlich interessierter Adelige um Prinz Moritz von Oranien um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert durchgeführt wurde, um sich den Expansionsbestrebungen des spanischen Reiches zu erwehren.¹⁶⁾ Diese Heeresreform der Oranier sollte zu einem zentralen Ereignis eines Prozesses werden, der in der frühneuzeitlichen Forschung der 50er- und 60er-Jahre des 20. Jahrhunderts mit dem Begriff „Militärische Revolution“ bedacht wurde. Dieser Begriff wurde erstmals von Michael Roberts in seiner Inauguralvorlesung „Die militärische Revolution 1560-1660“¹⁷⁾ an „The Queen’s University“ in Belfast am 21. Januar 1955 thematisiert und ausführlich begründet. Die geistesgeschichtlichen Grundlagen dieser Reform erhellte Gerhard Oestreich mit mehreren Publikationen über Justus Lipsius.¹⁸⁾ Mit diesen neuen Forschungsansätzen wurde das wissenschaftliche universitäre Interesse wieder auf einen epochalen Einschnitt gelenkt, in dem das antike Erbe sowohl in theoretisch-methodischer Hinsicht als auch in der praxisbezogenen Umsetzung für die Neuzeit konstitutiven Charakter erhielt und die militärhistorische Perspektive einforderte.

Deren Reiz wiederum liegt darin begründet, dass für das Militär in Umbruchphasen der graduellen und eruptiven Wandel von Kriegsbildern als Übergang von einem Aggregatzustand in einen neuen verstanden wird. Dabei bietet sich die Analyse von militärischen Analogieformaten geradezu an, um nicht im

Detail, sondern als Denk-, Lösungs- und Begegnungsansatz, einen durch die Militärgeschichte angebotenen breiten Erfahrungsschatz als Horizontenerweiterung mit einzubeziehen, wenn es gilt, für die Bewältigung neuer Herausforderungen eine tiefgründige Analyse und Beurteilung der Lage anzustellen. Dieser Prozess hat neben dem Erkennen von den dem Militär eigenen soldatisch-spezifischen *longue durée*-Perspektiven eben auch den Einfluss von außermilitärischen Einwirkungen auf das Militär sowie die Notwendigkeit von ideellen und professionellen Möglichkeiten und Grenzen von Reformen zu implizieren.

Eine Rückbesinnung auf die oranische Heeresreform könnte hierbei in mehrerlei Hinsicht lohnend sein: Die inhaltliche Relevanz gegenwärtiger Stichworte wie Globalisierung und Konfessionalisierung, Professionalisierung und Einsatz, *Revolution in Military Affairs* und Transformation, Standardisierung und Harmonisierung, (Aus-)Bildung und Technik, Ethos und Selbstverständnis besaß, wenngleich in anderer Diktion, bereits für das Zeitalter der oranischen Heeresreform konstitutiven Charakter. Darüber hinaus ist es auch für die Gegenwart noch immer besonders interessant zu erkennen, dass diese geradezu bahnbrechenden militärischen Neuerungen - während eines Krieges - „nicht von einer der großen europäischen Militärmächte, sondern von den gerade erst zur Handelsmacht emporwachsenden nördlichen Provinzen der Niederlande sowie von der kleinen Grafschaft Nassau-Dillenburg“¹⁹⁾ vor dem Hintergrund des *window of opportunity* nach dem Untergang der spanischen *Armada* im Jahre 1588 in einer Epoche ausging, in der für die Zukunft wichtige Impulse und neue Energien auf politischen, ökonomischen und kulturellen Handlungsfeldern erwachsen.

Nach den politischen, militärischen und geistesgeschichtlichen Rahmenbedingungen sind zunächst Aufgabenstellung und Durchführung bzw. Umsetzung der oranischen Heeresreform zu untersuchen, bevor deren Bewährung und ihre Auswirkung auf die „Kriegskunst“ des 17. und 18. Jahrhunderts zu beurteilen sind.

Historisch-politische Rahmenbedingungen

Das Kontinentaleuropa des 16. Jahrhunderts war geprägt von der konfessionellen Zersplitterung der abendländischen Christenheit. Die religiöse Konfessionalisierung, die im Zuge der Reformation die einheitsstiftende Wirkung der nicht nur metaphysisch empfundenen „christianitas“ zerstörte, führte - auf Grund des religiösen, „ewigen“ Wahrheitsanspruchs und der daraus resultierenden dogmatischen Intoleranz aller Konfessionen - zu einer Vielzahl von zu „Religions- und Bürgerkriegen“ aufgeladenen „Kriegsmassierungen“.²⁰⁾ Diese überlagerten meist gesellschaftliche Strukturprobleme - beginnende Auflösung feudaler Produktionsweise, Geldentwertungen, Pauperisierung etc. - und waren, ihres religiösen Deckmantels beraubt, oftmals ein Kampf um die Hegemonie im entstehenden frühmodernen Staat. Aus diesem Ringen im dualistischen Ständestaat ging in vielen Territorien Europas im 17. Jahrhundert die nur in der Theorie unbegrenzte absolute Monarchie als Sieger hervor;²¹⁾ die Unterwerfung der Partikularinteressen unter die „Staatsraison“ war die Folge.²²⁾

Der historische Ort der humanistischen Antikenrezeption Justus Lipsius' und der ihm folgenden oranischen Heeresreform ist vor dem „80-jährigen Krieg“ der sieben Nordprovinzen der

Niederlande, eines Staatenbunds ohne Monarchen, gegen die hegemonialen Expansions- und Arrondierungsbestrebungen der spanischen Krone zu sehen.²³⁾ Dieser mit mehreren Unterbrechungen über Generationen um politische Autonomie- und konfessionelle Selbstbestimmungsrechte geführte Freiheitskampf der 17 Provinzen der Niederlande, deren religiöse Einheit bereits zerbrochen war, fand seinen Abschluss im Frieden von Münster (1648), in dem Spanien die 1581 proklamierte Unabhängigkeit der Republik der Vereinigten Niederlande völkerrechtlich anerkannte.

Die 1555 mit der Nachfolge Philipps II. als „seigneur naturel“ der Niederlande begonnene Unterdrückung und „einsetzende Hispanisierung stand unter absolutistischen und gegenreformatorischen Auspizien“²⁴⁾ Erste große Unruhen in „het wonderjaar“ 1566 führten nach den Hinrichtungen von Egmont und Hoorn zur Errichtung eines Besatzungsregimes unter dem Herzog von Alba.²⁵⁾

Die bis dahin nur von kleineren Kreisen getragene Opposition bekam eine breitere Basis; „der Widerstand gegen die spanische Militärdiktatur wurde zu einem nationalen Anliegen“²⁶⁾ Zum intellektuell-moralischen Gravitationszentrum wurde die 1575 zum Dank für das der spanischen Belagerung harrende Leiden von Wilhelm von Oranien gestiftete Universität: „Damit gewann die kleine kämpfende Republik einen geistigen Mittelpunkt. Der revolutionäre Elan des Widerstandes prägte die neue Generation, die hier studierte.“²⁷⁾

Erste militärische Erfolge der Geusen - ihre kurze Stangenwaffe, die Partisane, führte zur Bezeichnung eines auf breiter Basis unter geschickter Ausnutzung des Geländes geführten Kampfes²⁸⁾ - wurde von den Spaniern in der Mooker Heide 1574 gegen ein niederländisches Söldnerheer ausgeglichen. Nach schwankendem Kriegsglück gelang es dem neuen Generalstatthalter des spanischen Königs, Alessandro Farnese von Parma, bis 1585 den Süden des Landes politisch und militärisch zu kontrollieren. Nachdem er durch Verrat 1589 Geertruidenburg an der Maasmündung in Besitz nehmen konnte und in den Nordprovinzen durch französische „Hilfe“ innenpolitische Schwierigkeiten entstanden waren, „schien den aufständischen Niederländern der endgültige Untergang zu drohen“²⁹⁾

Eine Wende wurde durch Prinz Moritz von Oranien eingeleitet, der nach der Ermordung seines Vaters Wilhelm (1584) bis 1591 die Statthalterschaft und den Oberbefehl in den Provinzen Holland, Seeland, Overijssel, Utrecht und Gelderland in seiner Hand vereinigen konnte, sowie seinen Cousin Wilhelm Ludwig von Nassau, der diese Stellung in Friesland bekleidete. Dass Moritz bei den sieben autonomen Provinzen, in denen die Stände Träger der Souveränität waren und die politischen Geschicke beherrschten, sowie bei einem Entscheidungsprozesse hemmenden Einstimmigkeitsprinzip in Provinzialständen und in der von ihnen beschickten Bundesversammlung die Schwerfälligkeit dieses Systems überwinden konnte, lag darin begründet, dass er in der reichen, wirtschaftlich überlegenen und bevölkerungsreichsten Provinz Holland, die mehr als die Hälfte des Finanzvolumens der Republik aufbrachte und daher durch den Ratspensionär die Geschäfte der Haager Bundesversammlung dominieren konnte, eine politische und militärische Richtlinienkompetenz erlangen konnte. Die von ihm ab 1590 in Gang gesetzte (nassau-) oranische Heeresreform wurde durch die militärischen Ereignisse auf dem Schlachtfeld erzwungen; geistesgeschichtlich fußte sie auf den politischen und militä-

historischen Einsichten des in Overijssel geborenen Leidener Altphilologen Justus Lipsius.³⁰⁾

Justus Lipsius und die oranische Heeresreform

Der Humanismus³¹⁾ des 16. Jahrhunderts kann in zwei Perioden eingeteilt werden. Die erste Periode unter der geistigen Führung des Erasmus von Rotterdam sah die Wiederbelebung der klassischen griechischen und römischen Literatur als das vornehmste Anliegen der Gelehrten, womit jedoch eine Verbindung zu weiten Schichten der Bevölkerung nahezu unmöglich wurde. Die fast einseitige Hinwendung zur römisch-lateinischen Literatur während der zweiten Periode ließ das Römertum des Prinzipats zum idealisierten Vorbild der frühneuzeitlichen Gegenwart werden; staats- und rechtspolitische Überlegungen sowie Probleme antiker Kriegführung traten in den Mittelpunkt des Interesses. Dabei bezog sich das Hauptaugenmerk der Militärtheoretiker und Feldherren in der Zeit um 1600 auf Rezeption und Umsetzungsmöglichkeit klarer formaler Organisations- und Ausbildungsstrukturen - vom antiken Vorbild übertragen auf zeitbedingte Notwendigkeiten. Die Ethik der römischen Stoa, die Lehren Senecas und des neu entdeckten Tacitismus wurden um 1600 in den Niederlanden zur Morallehre der Zeit „und fast zur Religion der Gebildeten“³²⁾ An diesem Prozess hatte Justus Lipsius besonderen Anteil, zu Recht sieht man in ihm den „Systematiker des Neustoizismus“. Es ist hier nicht der Ort, seine den Wechsel militärischer und politischer Erfolge bzw. Misserfolge des niederländischen Befreiungskampfs widerspiegelnde *Vita* nachzuzeichnen.³³⁾

Dass Lipsius als Humanist und „christlicher Stoiker“ über den Konfessionen stand, beweist die Tatsache, dass er dreimal konvertierte, um seine Lehrtätigkeit an den Universitäten Jena (1572-74), Leiden (1579-90/91) und Löwen (1592-1606) fortführen zu können.³⁴⁾ Mit seiner philosophischen, politischen, historischen, philologischen und nicht zuletzt militärhistorischen Forschung und Lehre zielte er stets auf eine unmittelbare Wirkung; die *vita activa* wurde hierbei der *vita contemplativa* der frühen Humanisten vorgezogen. Im Zentrum seines Schaffens stand die Entwicklung seiner „*Theorie des kirchenpolitisch freien, ethisch fest gebundenen Machtstaates*“³⁵⁾

Seine staatstheoretischen Hauptwerke waren „*De constantia*“ (1584) und „*De politicorum*“ (1589). Während Ersteres die Untertanen in ihre Pflichten einwies, zeigte „*De politicorum*“ die Pflichten der Fürsten für die Ausübung ihrer Herrschaft auf.³⁶⁾ Die „*Politik*“ ist untergliedert in sechs Bücher, von denen die ersten beiden die sittliche Ordnung des fürstlichen Regiments betreffen, während das dritte und das vierte Buch Herrschafts- und Machtausübung - hier wurde ein „versittlichter Machiavellismus“ erkannt³⁷⁾ - behandeln. Die beiden letzten Bücher haben die äußere und innere Machtordnung zum Gegenstand. Zu diesen beiden Werken traten die hinsichtlich der oranischen Heeresreform - „vielleicht ihre Programmschrift“³⁸⁾ - interessanten militärhistorischen Abhandlungen „*De militia romana libri quinque, commentarius ad Polybium*“ von 1595, die römische Heeresordnung betreffend, und die 1596 erschienene Arbeit über antike Kriegs- bzw. Belagerungstechnik. Die „*Militaria Romano*“ erhielt Moritz von Oranien, der auf Kosten der Generalstaaten drei Semester von 1583-1584 bei Lipsius studierte, als Geschenk überreicht.³⁹⁾

Wie bei anderen Gelehrten seiner Zeit fällt auch bei Lipsius das häufige Zitieren antiker Gewährsleute, von denen Tacitus bei ihm als Kronzeuge erster Klasse galt, auf. Da das angestrebte Neue sich als Gegenentwurf zum Alten verstand, war - bei dem erkennbaren Willen, sich auf „Vorbilder“ zu berufen⁴⁰⁾ - der Bezug Lipsius' auf diese antiken Quellen jedoch nicht als philosophisch gelehrter Exkurs aus dem akademischen Elfenbeinturm heraus zu betrachten, sondern in Ermangelung geeigneter zeithistorischer Bezugsrahmen als schiere Notwendigkeit, um praxistaugliche Analogien anzubieten.⁴¹⁾ Die aufgrund ihres römischen Vergleichshorizontes gewissermaßen kämpferische Grundhaltung der Neostoiker erleichterte den Militärs den „Zugang zu der im Kern soldatischen Weltanschauung“.⁴²⁾

An dieser Stelle ist jedoch auch auf ein Paradoxon hinzuweisen: So sehr Lipsius mit seinem zunächst theoriegeleiteten Ansatz an der „Überwindung seines Zeitalters“ mitwirkte, so sehr war er - wie auch die praktischen Initiatoren - auf die sie phänomenologisch prägenden Grundtatsachen angewiesen: „Die Zeitgenossen waren in diesen unruhigen, gefährvollen Zeiten allmählich einen unerhörten Härtegrad gewöhnt. Sowohl körperlich wie moralisch konnte daher den Soldaten viel zugemutet werden. Die Konfessionen, die die innere Haltung der breiten Masse beherrschten, waren überdies in ihrem Glaubensfanatismus durchaus kriegerisch gestimmt. Besonders der militante Geist des Jesuitentums wie des Calvinismus musste der Ausbildung und Hochschätzung soldatischer Werte und Tugenden entgegenkommen.“⁴³⁾ Dies galt sowohl für die dem Calvinismus verbundenen Generalstaaten wie für das katholische Spanien.

Die Einsicht „Von Ewigkeit zu Ewigkeit bestehen Unruhen und Kriege“, mit der der Humanist sein militärisches Spezialwerk „De militia romana“ 1595 begann, war ihm wohl auch schon Jahre zuvor präsent, als er im V. Buch in „De politicorum“ die Militärpolitik hinsichtlich innerer Heeresreform, äußerer Reorganisation sowie strategischer Planung und taktischer Führung im Gefecht untersuchte und vom antiken Vorbild auf Erfordernisse frühneuzeitlicher Heere schloss. Das V. Buch handelte also von der *militaris prudentia* im *bellum externum*, der in Fällen von Gegenwehr, Herstellung der territorialen Integrität, Kampf gegen barbarische Völker und gegen Feinde der christlichen Religion gerecht ist, wenn diese zu mächtig werden und andere mit Krieg überzogen haben. Zweck und Ziel des Krieges darf allein der „Friede“ sein. Ehrgeiz, Machthunger, Habgier, Zorn und Rachsucht als Ursachen eines gerechten Krieges, der nur vom Herrscher oder einem Magistrat geführt werden darf, schließt Lipsius aus, weshalb er einem Herrscher in Anlehnung an Pindars „bellum dulce ignotis“ rät, Kriegshetzer am Hofe wegzujagen. Dass *historici magistri ad militam* sein können, war für den belesenen Lipsius evident, schließlich betrachtete auch Alexander der Große die Ilias Homers als „ein Lehrbuch der Kriegskunst und pflegte sie auch so zu nennen“.⁴⁴⁾

Die Kunst der Lebensführung nach den Weisheiten der griechischen und römischen Stoa wurde von Lipsius von der *vita civilis* auf die *vita militaris* übertragen. Die zentrale Bedeutung wuchs hier dem von Lipsius erneuerten und erweiterten Begriff der Disziplin zu. Diese neue „*militaris disciplina*“ erhielt von ihm zu dem engen Disziplinbegriff der Söldnerheere drei weitere Dimensionen hinzu, womit er insgesamt „vier geradezu kanonische Regeln“⁴⁵⁾ umschloss, die auf die militärisch-körperliche Stärke und die Entfaltung geistig-sittlicher Kräfte der

Soldaten zielten.

Diese vier integralen Bestandteile des Disziplinarbegriffes sind im 13. Kapitel des V. Buches als „*exercitium, ordo, coercitio, exempla*“ beschrieben. Sie bildeten den Kern der oranischen Heeresreform. Das ständige Exerzieren der Truppen (*exercitium*), die umfassende Organisation des Heeres mit seiner Befehlsstruktur (*ordo*), die geistig-moralische Selbstzucht des Soldaten (*coercitio*) sowie die Erziehung durch Belohnung und Strafe (*exempla*) wurden zu ihrem überzeitlichen Gütesiegel respektive „*soldatische(n) Tugendkatalog, wie er in den folgenden Jahrhunderten gültig geblieben ist*“.⁴⁶⁾

Die Heeresreform der Oranier

Während des Aufstandes der Niederlande gegen die spanische Krone in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts stellte sich heraus, dass die spanischen „Tercios“ als fest gefügter taktischer Verband in Feldschlachten allen niederländischen Truppenkörpern überlegen waren. Die Tercios bildeten das Rückgrat der spanischen Söldnerinfanterie. Der Goldfluss aus dem überseeischen Kolonialreich ermöglichte die Aufstellung dieser kampfkraftigen Formation. Die „*gewaltigen, tiefgestaffelten und extrem schwerfälligen*“⁴⁷⁾ spanischen Tercios umfassten zwischen 1.200/1.500⁴⁸⁾ bis zu 2.000/3.000 Mann.⁴⁹⁾ Ein Block von Pikenieren, der an seinen Flanken von Schützen umrahmt war, bildete das Zentrum. Das Tercio war als taktischer Verband jedoch nicht so schwerfällig wie die frühen Gevierthaufen der mitteleuropäischen Söldner- bzw. Landsknechtheere, die als „*Heere ohne Staat*“⁵⁰⁾ keine politischen, sondern nur personale und finanzielle Loyalitäten kannten, feuerstärker als diese und durch seine taktische Formation für den kommandierenden Feldherrn beweglicher. Die spanische Infanterie galt in dieser taktischen Gefechtsformation in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts als die stärkste Europas.⁵¹⁾

Es war Prinz Moritz von Oranien und seinen Helfern vorbehalten, ein mindestens gleichwertiges - wenn nicht sogar überlegenes - Pendant zu entwickeln. Hierbei stellte sich erneut das immerwährende Problem militärischer Taktik: Wie waren Schlagkraft, Mobilität und Verteidigungsstärke optimal miteinander zu verbinden? Hinzu kam die technologische Entwicklung, die zu einer zunehmend wichtiger werdenden Rolle der Feuerwaffen auf dem Schlachtfeld führte. Daraus erwuchs eine wachsende Bedeutung der Gefechtsführung mit verbundenen Waffen (Infanterie, Kavallerie, Artillerie); sie erforderte eine straffere Einsatzführung der taktischen Verbände und eine an diese Notwendigkeit angepasste Befehlsstruktur.⁵²⁾ Dass „*das Gewehrfeuer den Sturmangriff als das entscheidende Moment in der Schlacht abgelöst hatte*“⁵³⁾ wurde zuerst von Prinz Moritz erkannt; die Pike hatte die Muskete zu schützen und nicht umgekehrt. Aus diesen Faktoren heraus ergab sich für die „Oranier“ folgende Konsequenz: Es war zum einen notwendig, Formationen zu entwickeln, die eine möglichst maximale Ausnutzung der Feuerkraft erlaubten, und zum anderen waren Verfahren einzuüben, die gewährleisten konnten, dass die Schussfolge kontrolliert und kontinuierlich aufrechterhalten werden konnte.

Die Umsetzung wurde neben den „philologischen“ Arbeiten des Justus Lipsius durch die Anwerbung zahlreicher Söldner begünstigt. Die Aufrechterhaltung der für die frühneuzeitlichen Heere so wichtigen Soldauszahlungen wurde durch den Reichtum ermöglicht, den die Niederländer aus ihrem Überseehandel zogen. Der richtigen Auswahl (*dilectus*) der Soldaten - versehen

im theoretischen Idealfall mit staatsbürgerlichem Engagement für die Erfordernisse des gemeinsamen Wehrwesens - maß Lipsius einen ähnlich hohen Stellenwert für die Organisation des Kriegswesens zu wie der Disziplin. Die Hoffnung, die

Abb. 1 Die vier Dimensionen des Disziplinbegriffes bei Lipsius	
1	exercitium: tägliches Exerzieren und Üben Drill beim Waffengebrauch Schanzarbeiten und Lagerbefestigung
2	ordo: Vermehrung der Offizierstellen; Erhöhung der Führerdichte Befehlshierarchie, differenzierte Truppengliederung Erhöhung der Flexibilität der Truppe im taktischen Einsatz
3	coercitio: neue geistig-seelische Grundhaltung des Soldaten auf Basis der römischen Stoa erzeugt sittliches Handeln (Selbstbeherrschung, Mäßigung, williger Gehorsam aus Einsicht)
4	exempla: System von Belohnung und Strafe Erzieherische Maßnahmen und Disziplinarverfügungen (Anerkennung, Belobigung, Geldprämien, Beförderung)

Entwurf: Autor

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Peter Lutz

richtige Auswahl und die Verpflichtung von Landeskindern auf freiwilliger Basis würde der Truppe für sein Ziel der Schaffung eines kleinen stehenden Heeres von Berufssoldaten mit zuverlässigen und charakterlich einwandfreien Soldaten „*kühne, tapfere, ruhmbegehrige und ehrliebende Männer*“⁵⁴ zuführen, trog. Für die Generalstaaten - wie für viele andere frühmoderne Staaten - waren diese jedoch in ihren Berufen als Handwerker, Kaufleute oder Bauern zur Deckung des Finanzbedarfes wichtiger. Daher waren diese Bevölkerungsgruppen auch eher in den statisch-defensiven, ständisch-territorialen Landesdefensionen zu finden.⁵⁵

Folglich wurde dieser Aspekt Lipsius' für die oranische Heeresform verworfen; entscheidendes Kriterium für ihr Gelingen wurde die regelmäßige Soldauszahlung, insbesondere um Auswüchse bzw. Meutereien, die bei den spanischen Truppen relativ häufig auftraten, auszuschließen.⁵⁶ Unabhängig von der oranischen Heeresreform betrachtet, hat der Söldner noch einen weiteren Vorteil: Da er in der Regel keine lokale Bindung kannte „*und sich gegenüber Nationalgefühlen gleichgültig zeigte, war er bei der Unterdrückung sozialer Unruhen von unschätzbarem Wert*“; folglich konnte der Staat „*mit seinen eigenen Bevölkerungsressourcen und damit auch mit seinem Reichtum sparsam umgehen.*“⁵⁷

Durch diese Soldsicherheit konnten die Heeresreformer von ihren „Soldaten“ - mit diesem Projekt erhält dieser Begriff seine moderne Bedeutung - besonders zwei Dinge abverlangen, die andere Söldner als unter ihrer Würde abgelehnt hätten: „*schaufeln*“ und „*drillen*“. Beides erhöhte die notwendige Abwehrkraft, und beides hatte für den niederländischen Befreiungskampf größte Bedeutung. Durch das „*Schaukeln*“ konnte man durch systematisches Anlegen von Grabensystemen den natürlichen Schutz der Wasserläufe verbessern und einen schwer zu überwindenden „*Schutzwall*“ gegen den spanischen Vormarsch erstellen.⁵⁸ Bereits Lipsius wies in einem Brief an den Politiker Cornelis Aerssens vom 28. Mai 1590⁵⁹ darauf hin, dass Vegetius, Caesar und Plutarch dafür plädierten, die Soldaten zu Schanzarbeiten heranzuziehen. Wenig später, 1595, bezeichnete Lipsius in „*De militia romana*“ Schanz- und Feldbefestigungsarbeiten der Soldaten als notwendigen Teil der Kriegsdisziplin.⁶⁰

Wie sehr sich die Oranier in der Tradition des antiken

Kriegswesens sahen, wird aus einem Brief von Wilhelm Ludwig an Moritz vom 19. Juni 1593 deutlich, den er nach der Kapitulation von Geertruidenburg schrieb: „*Diese Belagerung kann durchaus das zweite Alesia genannt werden und bedeutet die Wiederherstellung eines großen Teils der antiken Kunst und Wissenschaft des Krieges, die bisher sehr gering geschätzt und von den Ignoranten verlacht wurde und die sogar von den größten modernen Feldherren nicht verstanden oder wenigstens nicht ausgeübt worden ist.*“⁶¹

Der weitaus wichtigere Teil der Reformarbeit aber betraf nun die taktisch-organisatorische Erneuerung der niederländischen Landstreitkräfte, deren Ziel es war, den spanischen Tercios kleinere, straffer organisierte und v.a. beweglichere, feuerstärkere Truppenverbände gegenüberzustellen.⁶² Moritz von Oranien und seine Cousins, die nassauischen Brüder Wilhelm Ludwig und Johann,⁶³ „*hochgebildet und vielseitig interessiert*“⁶⁴ zogen hierzu neben den Erörterungen des Justus Lipsius die „*Taktik*“ des Aelian sowie jene des Kaisers Leo III. von Byzanz aus der ersten Hälfte des 8. Jahrhunderts heran, in denen sie die antiken Wurfspieße und Schleudern durch frühneuzeitliche Musketiere ersetzen. Die innovative Ausgangsüberlegung zur Erhöhung der Feuergeschwindigkeit der Musketiere war - vielleicht in Anlehnung an die Manipulartaktik des Scipio Africanus⁶⁵ -, auf der Organisationsebene des Bataillons, die Musketiere in mehreren langen Reihen hintereinander aufzustellen. Durch Abfeuern der ersten Schützenreihe, die sich anschließend zum erneuten Laden nach hinten zurückzog, sollte ständiges, möglichst geschlossenes Feuern ermöglicht werden. Diese Basisüberlegung teilte Wilhelm Ludwig, der dies wohl zunächst mit Bleisoldaten durchexerzierte,⁶⁶ seinem Cousin Moritz in der wichtigsten Quelle der oranischen Heeresreform, seinem Groninger Brief vom 8. Dezember 1594, mit, der die erste Skizzierung des europäischen Kontremarsches enthielt.⁶⁷

Dieser war von den Oranieren zunächst rein defensiv konzipiert. Er ermöglichte eine Entfaltung der Soldaten zur Erlangung maximaler Feuerkraft und eine „*flache*“ Dislozierung der Verbände auf dem Schlachtfeld, die so ein kleines Ziel für das gegnerische Feuer - hauptsächlich Artillerie - boten. Unter Salvenbeschuss würden die dicht gedrängten Formationen der Geviertshaufen und auch jene der Tercios zu einem taktisch gefährlichen Unterfangen.⁶⁸

Durch die Umwandlung der ungefähr 50 Glieder tiefgestaffelten Pikencarrés in eine zehn Glieder tiefe Musketierlinie - ursprünglich planten die Oranier sechs Glieder - waren weitaus mehr Soldaten dem direkten (Feuer-)Kampf ausgesetzt. Zudem wuchs dadurch die Gefahr der Flügel- und Flankenbedrohung. Die Notwendigkeit der Selbstkontrolle der einzelnen Soldaten, unterstützt durch die Fremddisziplinierung, war evident. Die Führung des Gefechts nach dem Willen des als militärischer Führer nach Lipsius über die Eigenschaften *scientia*, *virtus*, *auctoritas*, *fortuna* und *providentia* verfügenden Feldherrn,⁶⁹ der nun auch wieder in der Lage war, während des Gefechts steuernd in dieses einzugreifen, erforderte neben klarer taktischer Zuordnung und Aufgabenstellung der Truppengattungen, ermöglicht durch die standardisierte Ausrüstung und die Einübung formaler Disziplin, auch ein synchrones Manövrieren in Form des Gleichschrittes - „*dass man im marschieren im schrit und tritt Gleichheit halte (...)* dass die Trommelschläger den schlag recht halten, alß nach welchen der soldat tanzen muhß“ -, der

auf die eigenen Truppen abseits der gesteigerten Führungsmöglichkeiten eine massenpsychologische Wirkung hatte.⁷⁰⁾

Die hierzu notwendige niederländische „Trillerey“ wurde zu einem feststehenden Begriff. Bereits den Zeitgenossen war sie als „*das mitell, dadurch aus bauren soldaten gemacht werden*“ bekannt; sie ermöglichte, „*dass bestandene Männer, ja viel grobe Bawren und Pflugsbengel in solchem ihrem Alter das Trillen oder die Kriegsübungen gelernt haben und noch täglich lernen*“.⁷¹⁾ Der Drill ermöglichte nach feststehenden Ausbildungsrichtlinien eine gemeinsame Ausbildung der Truppen hinsichtlich Lade- und Feuertätigkeiten sowie das synchrone Manövrieren der Truppenkörper. Exakte Manöver - besonders unter den Bedingungen des Gefechtsfeldes - waren in kleineren Verbänden besser umzusetzen als in großen, regimentstarken Truppenteilen. Den Platz von 2.000 Mann starken Regimentern als Organisationsebene des Gefechtes nahmen nun Bataillone ein, deren Kompanien von etwa 250 Mann auf 113-120 Mann reduziert wurden, die jeweils 12 Offiziere erhielten.⁷²⁾ An die Stelle von nach der Aufstellung zur Schlacht kaum mehr manövrierbaren Tercios traten als elementares Infanteriemodul Züge, womit die Führerdichte geradezu exponentiell erhöht wurde sowie Kontroll- und taktisch flexible Handlungsmöglichkeiten im Gefecht zunahm. Dies wiederum erforderte der gestiegenen Verantwortung der Offiziere wegen eine qualitativ höherwertige Führerausbildung im Rahmen eines allgemeinen systematischen Professionalisierungsprozesses bereits in Friedenszeiten.⁷³⁾

Eine straffe Befehlshierarchie, unterstützt durch standardisierte Befehle, machte ein aus fünf Kompanien bestehendes Bataillon zu einem beweglichen, feuerstarken Truppenkörper, der somit auch in der Lage war, seine gewachsene Flügelgefährdung durch schnelles Manövrieren auszugleichen. Ebenfalls standardisiert waren seit 1599 die Feuerwaffen des Heeres hinsichtlich Größe und Kaliber. Zur Unterstützung des ständig exerzierenden Heeres - wie es das Tagebuch des Antonis Duyiks, der Moritz' Generalstab angehörte, belegt - diente ein illustriertes Exerzierhandbuch. Nachdem Graf Johann die Bewegungsabläufe analysiert hatte, die zur Bedienung der verschiedenen Infanteriehandwaffen notwendig waren, konzipierte er mit Jacob de Gheyn sein berühmtes „*Wapenhandling van roers, musquetten ende spiessen*“ (Exerzieren mit Arkebuse, Musketen und Pike, Amsterdam 1607), das zu den schematisierten Bewegungs-, Lade- und Feuerabläufen nummerierte, in Kupfer gestochene Bilder enthielt. Die Soldaten sollten anhand dieses Ausbildungsbuches gedrillt und in die Lage versetzt werden, einen aus verschiedenen Einzelphasen zusammengesetzten und von standardisierten Befehlen - Kommandos - ausgelösten kontinuierlichen Bewegungsablauf aufrechtzuerhalten, der sie dazu befähigte, in Zusammenarbeit mit den anderen Waffengattungen - für sie gab es nach gleichem Grundmuster gesonderte Anweisungen - das Gefecht der verbundenen Waffen zu führen.

Die Vielzahl der Auflagen dieses Standardwerkes, auch bald auf Dänisch, Deutsch, Französisch und Englisch, verdeutlicht die Bedeutung, die das europäische Ausland der oranischen Heeresreform beimaß.⁷⁴⁾ Diesem Exerzierhandbuch folgten unzählige, nach spezifischer Notwendigkeit modifizierte Werke anderer Militärschriftsteller. Sie fußten aber deutlich erkennbar - trotz Darstellung komplizierterer und komplexerer Tätigkeiten und Kommandos - auf dem Reformwerk der Oranier und dem Werk des Grafen Johann. Auch die unzähligen freiwilligen

ausländischen Söldner in der holländischen Armee trugen dazu bei, die Neuerungen der oranischen Heeresreform in Europa bekannt zu machen.

Die „niederländischen Drillmeister“ und Ausbilder, die freundlich gesinnten Staaten zur Verfügung gestellt wurden, taten ein Übriges: „*Die oranische Taktik hat (...) besonders in den protestantischen Staaten Schule gemacht, während das katholische Lager noch lange an der spanischen Ordonnanz festhielt.*“⁷⁵⁾ So wurden zum Beispiel 1610 auf die Bitte Brandenburgs zwei Experten nach Berlin entsandt; auch Baden, Württemberg, Hessen, Braunschweig, Sachsen und Holstein verschlossen sich nicht den Neuerungen im frühneuzeitlichen Heerwesen.⁷⁶⁾ Aber auch das Frankreich des 17. und 18. Jahrhunderts sowie die k.k.-Monarchie entzogen sich nicht dem revolutionären Militärwesen „à la Hollandaise“.⁷⁷⁾ Junge Adelige konnten sich zudem auf der 1617 in Siegen neu gegründeten Militärakademie - sie existierte nur bis 1623⁷⁸⁾ - ein halbes Jahr in der neuen Kriegskunst unterweisen lassen. Johann Jakob von Wallhausen, ein enger Mitarbeiter Johanns von Nassau und der erste Direktor der „Schola Militaris“, galt als einer der führenden frühneuzeitlichen Militärtheoretiker.⁷⁹⁾

Die Bewährung der Reform bzw. Reorganisation eines frühneuzeitlichen Heeres erfolgte in Feldzügen und Schlachten. Deutlich effektiver waren die Belagerungen, mit denen Moritz in den 1590er-Jahren eine Reihe von Festungen einnehmen konnte. Ihres defensiven, den Besitzstand wahren Charakters wegen waren Barrieren für die Niederlande genauso wichtig wie das erfolgreiche Gestalten von Schlachten für das Zurückdrängen der spanischen Truppen. Auch hier wurde auf antike Analogien zurückgegriffen: Die See- bzw. Generalstaaten mussten Ende des 16. Jahrhunderts als Mikrokosmos römischer Größe und Selbstbehauptung erscheinen. Stand die römische Republik im Verteidigungskampf gegen das Karthago Hannibals, so waren die Generalstaaten im Abwehrkampf gegen das imperial auftretende spanische Weltreich - schließlich begann auch der karthagische Feldherr seinen langen Siegeszug, der in die Niederlage mündete, von der Iberischen Halbinsel aus. Besonderes Interesse erlangte hierbei die Schlacht bei Cannae 216 v. Chr., in der Hannibal mit seinen ca. 40.000 „Karthagern“ das 70.000 Mann starke republikanische römische Heer vernichtend schlagen konnte.⁸⁰⁾ Eine Begründung mag einerseits darin liegen, dass Cannae als Topos für den Erfolg numerisch eklatant unterlegener Streitkräfte steht und andererseits auch als ein Beispiel dafür dient, mit dünnen Linien taktisch disziplinierter Soldaten - wie in der Heeresreform angestrebt - gegen das eigene Zentrum vorgetragene wuchtige Stöße von den römischen Legionen gleichgestellten Tercios auszuhalten.

Trotz ihrer eingehenden Studien hatten die oranischen Prinzen „*das Geheimnis des überwältigenden Sieges noch nicht ganz ergründet*“.⁸¹⁾ Weniger die Schlacht bei Turnhout im Jahre 1597 als die Schlacht bei Nieuwport im Juli 1600 zeigte dennoch die strukturelle Überlegenheit der niederländischen Treffentaktik über die spanische Terciotaktik. Eine kurze Darstellung und Analyse dieser Schlacht vermag die unterschiedlichen taktischen Ansätze und Möglichkeiten aufzuzeigen. Die Belagerung der von spanischen Truppen besetzten Stadt Nieuwport hob Moritz auf, als sich ein Entsatzheer unter Erzherzog Albrecht der Stadt näherte.

Die Aufstellung der Tercios geschah in traditioneller Manier. Dem vorderen Tercio folgten zwei nach rechts und links hinten versetzte Tercios, denen wiederum ein nach hinten - auf Lücke

- versetztes folgte. Den linken Flügel bildeten ca. 1.200 Mann Kavallerie. Der rechte Flügel war an die Nordsee angelehnt. Auf niederländischer Seite, die durch an der Küste liegende Schiffsartillerie unterstützt wurde, gliederte Moritz seine Truppen in drei größere Abteilungen. Seine nach Anzahl, Bewaffnung - acht Feldgeschütze, vier mehr als bei Turnhout 1597 - und Ausbildung überlegene Armee bildete eine 43 Fähnlein (Kompanien) starke „Avantgarde“ in drei Treffen, unterstützt durch eine 25 Fähnlein starke „Bataille“. Den Abschluss bildeten die 28 Fähnlein der „Arrièregarde“. Die Masse der niederländischen Kavallerie war an den rechten Flügeln von Avantgarde und Bataille disloziert. Die links an den Dünen des Meeres angelehnte Aufstellung der Niederländer war somit fast so tief wie breit. Die damit mögliche Nahrung des Gefechts aus der Tiefe, begünstigt durch kleine bewegliche Truppenteile, und der Erfolg der niederländischen Reiterei gab schließlich den Ausschlag für den oranischen Erfolg. Die spanischen Tercios konnten sich, ihres linken Flügelschutzes beraubt, des zunehmenden Drucks der aus der Tiefe der Schlachtordnung gestaffelt vorrückenden Fähnlein nicht mehr erwehren.⁸²⁾ Der Erfolg der niederländischen Taktik wies in die Zukunft. Dennoch war die Übernahme dieser Neuerungen nur partiell möglich; die meisten Feudalstaaten, einschließlich der deutschen Territorien, hatten in ihren Söldnerheeren - auch v.a. auf Grund mangelnder Finanzkraft - ähnliche Missstände wie die Spanier, und ihrem Landesdefensionswesen⁸³⁾ mangelte es an notwendiger militärischer Ausbildung und kriegskundigen Ausbildern. Die Schlachten des Dreißigjährigen Krieges sollten sowohl auf der Seite der Liga als auch auf jener der Union weitgehend mit modifizierten Tercio-Aufstellungen ausgetragen werden. Die Ausnahme hierin bildete Schweden.

Die Rezeption der oranischen Heeresreform in Schweden

Für die empirische Weiterentwicklung der nassau-oranischen Ideen war die Weitervermittlung des Wissens durch Jakob Delagardie⁸⁴⁾ wichtig, der zum militärischen Lehrmeister des schwedischen Prinzen wurde, der 1611 den Thron bestieg: Gustav II. Adolf, dem es als „*Vollender der Moritzschen Kriegskunst*“⁸⁵⁾ vorbehalten war, das gesamte Potenzial der taktisch-organisatorischen Neuerungen der Oranier aufzuzeigen.⁸⁶⁾ Hierbei konnte er auf eine bereits vor seiner Thronbesteigung durchgeführte Organisation des schwedischen Heeres aufbauen. Der Umfang der Streitkräfte war von der demografischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Provinzen des Reiches bestimmt. Dies wurde im „*indelningsverk*“ bestimmt, das bereits unter Karl IX. eingeführt wurde und das als erster praktisch erprobter Versuch eines Systems allgemeiner Dienstverpflichtung betrachtet werden kann.⁸⁷⁾ Es legte dann ab 1620 fest, dass jeder zehnte Mann im wehrfähigen Alter eingezogen und zu 20 Jahren Militärdienstzeit verpflichtet wurde. Diese Regelungen wurden in Kriegszügen modifiziert; sie hatten für die die Truppen stellenden Gemeinden katastrophale demografische und soziale Folgen.⁸⁸⁾ Zwar kam die ursprünglich fast rein landsmannschaftliche Aufstellung der schwedischen Armee den Ansichten des Justus Lipsius, was Auswahl und Ablehnung des Söldnertums betraf, sehr nahe, doch zwangen die Kriegskosten Gustav Adolf dazu, u.a. bedingt durch die geringe Bevölkerungsdichte seines Reiches, für Feldschlachten verstärkt auf Söldner zurückzugreifen. Das Erheben von Kontributionen im Feindesland war die Folge. Zum Zeitpunkt seines Todes - er

fiel 1632 in der Schlacht bei Lützen - waren nur ein Bruchteil seines Gesamtheeres von ca. 140.000 Mann Landeskinden Schwedens.⁸⁹⁾

Alle schwedischen Verbände, Söldner und Auxiliärtruppen wurden aber nach dem schwedischen System der Kriegführung gedrillt. Die Aufrechterhaltung rigoroser Disziplin - Kriegsgerichte ahndeten Verstöße - war auch hier die Grundlage. Das permanente Exerzieren und Einüben der Disziplin „*nach dem niederländischen Muster*“⁹⁰⁾ erwies sich als Garant des Schlachtenerfolges: „*Ein ganzes Regiment (...) ist wie ein Körper und eine Bewegung, die Ohren hören gleichmäßig auf das Kommando, die Augen wenden sich mit demselben Ruck, die Hände arbeiten wie eine Hand.*“⁹¹⁾ Auch aufgrund weiterer Fortschritte in der Waffentechnologie entwickelte sich die schwedische Armee zur besten Europas. Die leichtere Muskete bei der Infanterie und die durch ständiges Exerzieren eingetretene Routine ließen es zu, die von den Oranieren noch zehn Glieder tief gestaffelten Treffen auf sechs Mann zu reduzieren; die Schussfrequenz wurde hierbei sogar noch erhöht. Die „*schwedische Ordonnanz*“ wurde in Brigadestärke zum taktischen Verband, in dem „*vereinte Musketier- und Pikenierfähnleins, die abwechselnd so aufgestellt waren, dass sie sich gegenseitig deckten und dass die Feuerkraft ausgenutzt wurde*“⁹²⁾ Der bei den Oranieren noch mit defensivem Charakter durchgeführte Kontremarsch erhielt bei den Schweden eine offensive Wendung.⁹³⁾ Bei ihnen - so schrieb der schottische Oberst Robert Monroe, der sechs Jahre in der schwedischen Armee diente - „*rückte man immer gegen den Feind vor und kehrte niemals um, denn der Wahlspruch lautete: Tod oder Sieg.*“⁹⁴⁾

Eine zusätzliche Änderung betraf die Einsatzgrundsätze der Kavallerie. Anstelle der bisherigen Gewohnheiten, „*die elegante, aber wirkungslose Caracole zu reiten, lernte die schwedische Kavallerie wieder die arme blanche, den Säbel, zu gebrauchen und mit gezogener Waffe in massierter, aber disziplinierter Formation anzugreifen*“⁹⁵⁾

Weitere wichtige Neuerungen betrafen die Artillerie. Gustav Adolf hat im Jahre 1629 das erste reine Artillerieregiment aufgestellt.⁹⁶⁾ Während Moritz bei Nieuwport nur acht Feldgeschütze in die Schlacht führte, waren es bei Gustav Adolf, als er 1630 mit skandinavischen Gotizismus-Großmachtsambitionen⁹⁷⁾ ins Heilige Römische Reich Deutscher Nation übersetzte,⁹⁸⁾ bereits 80 Geschütze. Diese waren auf drei Kaliber standardisiert. Als man entdeckte, dass die Reichweite einer Kanone nicht notwendigerweise proportional zur Länge des Rohres war, konnte man - bei Fortschritten in der Technik des Kanonengießens - das Gewicht der Geschütze, ohne Einbuße an Effektivität, deutlich reduzieren. Die leichteren, beweglicheren Geschütze erhöhten den Gefechtswert der schwedischen Artillerie und somit den des Heeres erheblich; sie trugen wesentlich zu Gustav Adolfs Erfolgen bei. Das taktisch-operative Geschick des Feldherrn war nun dafür verantwortlich, durch eine hierarchische und kontrollierte Befehlsstruktur diese drei Waffengattungen auf dem Schlachtfeld koordiniert zusammenwirken zu lassen - und dies nicht nur, was die Anlage der Schlachtordnung selbst betraf, sondern auch darüber hinaus für die gesamte Dauer des Gefechts. Aber: „*Es kam selten vor, dass dies klappte - wenn Gustav Adolf nicht persönlich anwesend war, sogar äußerst selten.*“⁹⁹⁾ Dies ist umso erstaunlicher, als Oestreich darauf hinwies, dass „*bekannteste schwedische Heerführer (...) im niederländischen Heerlager erzogen worden*“¹⁰⁰⁾ waren. Ein

Beispiel für eine Schlacht, in der es „klappte“, war Breitenfeld.¹⁰¹⁾ Nach einem überwältigenden Sieg ließen die Schweden 120 erbeutete Standarten zur Dekoration der Riddarholmkirche nach Stockholm bringen.¹⁰²⁾ Wieder war eine Armee „neuen Typs“ geboren, die im Zuge der militärtaktischen und technischen Entwicklungen für die modifizierten, bald stehenden Heere des frühneuzeitlichen Europas Pate stand.

Die „militärische Revolution“ und die neuzeitliche Kriegskunst

Wie kaum eine andere Epoche europäischer Geschichte war jene der frühen Neuzeit von einem Prozess geprägt, in dem eine ungewöhnliche Bereitschaft zum Austragen bewaffneter Konflikte signifikant ist. Die „frühneuzeitliche Kriegsverdichtung“¹⁰³⁾ war Folge, Ursache und Katalysator einer „militärischen Revolution“ zugleich. Sie lässt sich unter dem Begriffskomplex „Fürst - Gesellschaft - Krieg“¹⁰⁴⁾ subsumieren. Unter dem Begriff der „militärischen Revolution“ versteht Roberts Veränderungen in Taktik und Strategie, Vergrößerung des Heeresumfangs und die Auswirkungen auf die Gesellschaft. Obgleich er seinem vierten Punkt - die Interdependenz „Fürst - Gesellschaft - Krieg“ - große Bedeutung zumisst, vertrat er die Auffassung, dass eine wesentliche Folge der Revolution, die stehenden Heere, grundsätzlich „eher das Ergebnis militärischer Logik“ seien.¹⁰⁵⁾

Ebenso wie diese These wurden auch seine vier Faktoren der „militärischen Revolution“ einer eingehenden und kritischen

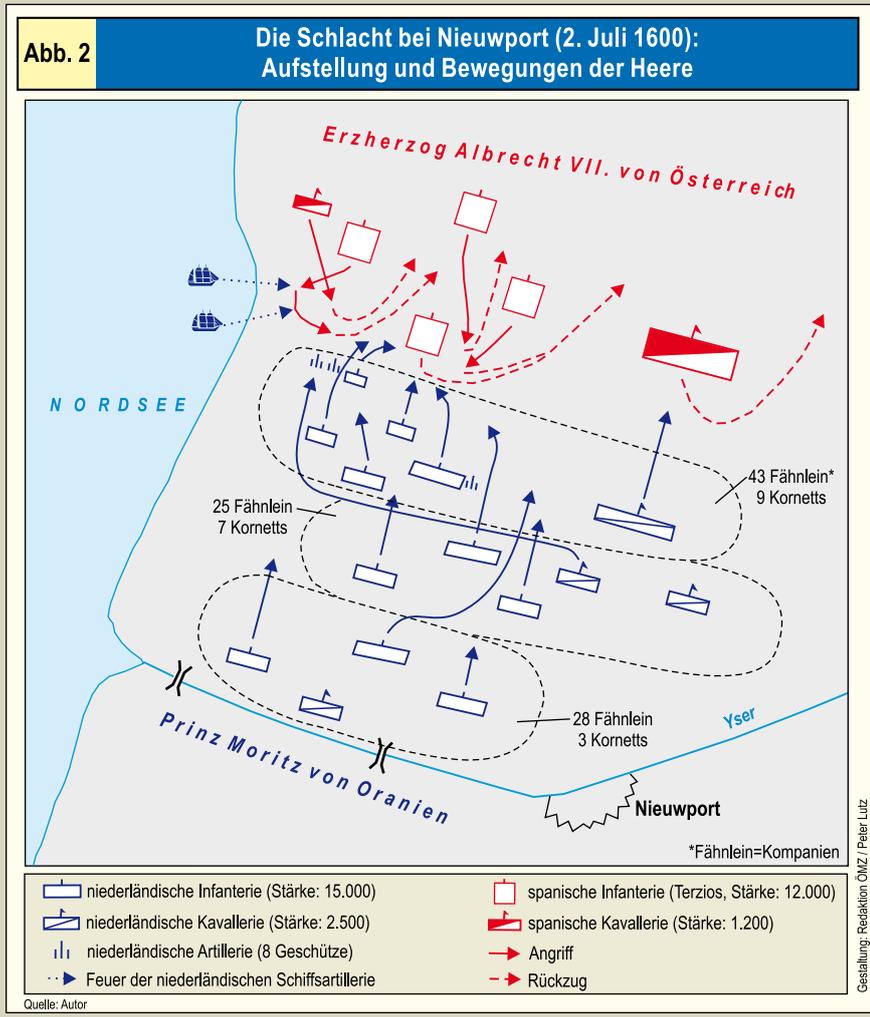
Würdigung unterzogen. Roberts hätte mehrere, weitere bedeutende Faktoren außer Acht gelassen, wie z.B. die Bedeutung des Belagerungskrieges in der frühen Neuzeit, die Bedeutung des Seekriegswesens sowie Entwicklungen in anderen europäischen Heeren - außerhalb jener der Territorien der „militärischen Revolution“ - missachtet. Auch wurde darauf hingewiesen, dass die administrativen und logistischen Probleme, die daraus erwachsen, dass Festungen und Kriegsschiffe gebaut, mehr Truppen ausgehoben und ausgerüstet werden mussten, zu einer Revolution der Regierungsform geführt hätten, aus der der moderne Staat des späten 17. und 18. Jahrhunderts hervorging.¹⁰⁶⁾ Es ist deshalb durchaus legitim, der von Roberts anhand seiner vier Faktoren postulierten These einer „militärischen Revolution“ die modifizierte These einer - vielleicht durch die Geburtsfehler des frühmodernen Staates verursachten - beschleunigten militärischen Evolution entgegenzustellen, die auch die frühneuzeitlichen gesellschaftlichen und strukturellen Prozesse angemessen berücksichtigt. Allein die Tatsache, dass Roberts das Jahrhundert zwischen 1560 und 1660 vorschlägt, scheint einen Verzicht auf den Begriff „Revolution“ nahe zu legen.

Dem ist indes entgegenzuhalten, dass der Terminus „Revolution“ nicht notwendigerweise einer zeitlichen Engfassung bedarf: „The term ‘revolution’ is not meant to insist that change will be rapid (...) but only that the change will be profound, that the new methods of warfare will be more powerful than the old. Innovations in technology make a military revolution possible, but the revolution itself takes place only when new concepts of

operations develop, and, in many cases, new military organizations are created.“¹⁰⁷⁾ Dabei gilt es, das Augenmerk auf den qualitativen Unterschied zwischen dem „Vorher“ und dem „Nachher“ zu richten.

Die von Roberts und seinen Kritikern angeführten Faktoren ließen mit ihren organisatorischen Umsetzungen - zunächst in den Niederlanden und in Schweden - den Dreißigjährigen Krieg „zur eigentlichen Gründungsveranstaltung für die künftigen stehenden Heere“¹⁰⁸⁾ werden. Er war der Ort der Erprobung sämtlicher bis dahin ersonnener Militärorganisationen, ein großes Experimentierfeld, auf dem im Laufe des Krieges ca. eine Million Soldaten freiwillig oder gepresst dem Kriegsdienst unterworfen waren.¹⁰⁹⁾ Dieses Experimentierfeld in seinen gewaltigen Dimensionen wirkte als Katalysator zur Herausbildung der absolutistischen stehenden Heere. Zudem bedeuteten diese quantitativen Dimensionen „erstens eine Gewöhnung an Heerespräsenz, zweitens eine Herausforderung zur Verstaatlichung und drittens eine Einübungsgelegenheit für ein neues Kriegsbild“.¹¹⁰⁾

Selbst wenn die Heere und die Kriegführung des Dreißigjährigen Krieges die „Geschichtsmächtigkeit“ des nassau-oranischen Reformwerkes auf den ersten Blick Lügen zu strafen schien, erwies sich, um Jahrzehnte verzögert, dessen Zukunftstauglichkeit und Bedeutung für das gesamte Kriegswesen des Zeitalters des Absolutismus. Für diese Epoche,



in der sozialgeometrischen Ordnungsvorstellungen, die sich auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erstreckten,¹¹¹ ihren Ausdruck auch im Festungs- und Gartenbau fanden, ist dem Konstatieren einer gesamtgesellschaftlichen Disziplinierung - „*disciplina ecclesiastica, civilis et militaris, politice et philosophica*“¹¹² - uneingeschränkt zuzustimmen; militärische Formationen im Rahmen der Lineartaktik waren hier Bausteine in einem Gesamtmosaik.¹¹³

Das Ergebnis waren die stehenden Heere, die sich im Rahmen der Lineartaktik nach einzuhaltenden - „wissenschaftlichen“ - Regeln der Kriegskunst bekämpften. Feldmarschall Daun wies in einer Denkschrift vom 25. Januar 1752 auf diese Dimension hin: „*Generals und Officiers müssen begreiflich gemacht werden, daß die Kriegskunst kein zuftmäßiges Handwerk, sondern eine weit reichende Wissenschaft seye.*“¹¹⁴ Alle Anstrengungen auf taktischem, waffentechnischem und organisatorischem Gebiet galten der Perfektionierung der „*Ordre de Bataille*“.¹¹⁵ Der staatlichen Autorität oblag die Ernennung der Offiziere, Aushebung der Truppen sowie die Bereitstellung von Ausrüstung, Bewaffnung und Verpflegung der Soldaten. Besonders das entwickelte Magazinwesen führte zu einer „*Verwissenschaftlichung*“ des Kriegswesens. Die Abstände zu den Magazinen bestimmten nun maßgeblich die strategisch-operativen Planungen der Militärs;¹¹⁶ die Zivilbevölkerung sollte weitestgehend von unmittelbaren Kontributionsleistungen an die „eigenen“ Truppen befreit bleiben. Die freiwilligen und gepressten Soldaten, die für die Perfektionierung des Systems der Lineartaktik in einem langwierigen Prozess ausgebildet, i.e. „gedrillt“, wurden, wurden sukzessive zu kostbar, als dass man ihre Existenz bzw. auch die des Heeres - in Preußen gar jene des Staates - in Schlachten leichtfertig aufs Spiel gesetzt hätte. „Der kleine Krieg“¹¹⁷ und eine Weiterentwicklung der Lineartaktik zur „*schiefen Schlachtordnung*“, die nur einmal, bei Leuthen am 5. Dezember 1757, „perfekt“ funktionierte,¹¹⁸ boten sich als Alternativen an, den Blutzoll der eigenen Truppen, bei den sich auf kurze Distanz gegenüberstehenden Heeren in paralleler Schlachtordnung, gering zu halten. Die Fremddisziplinierung wurde hierbei beibehalten und zum Teil noch verschärft. Die Grenzen, die sich die absolutistischen Staaten mit der Militärorganisation der stehenden Heere und ihrer taktischen und strategischen Planung selbst gaben, waren durch die gesamtgesellschaftlichen Strukturen mit vorgegeben. Diese in großem Maßstab zu ändern, blieb den Ereignissen und Folgen der Französischen Revolution, der neuen „*militärischen Revolution*“, vorbehalten.¹¹⁹ Deren organisatorische Neuerungen im militärischen Bereich, verbunden mit der Fremddisziplinierung ersetzende Selbstmotivation der Soldaten, bekam wie zwei Jahrhunderte zuvor die oranische Heeresreform paradigmatischen Charakter für die in ihrer Wehrorganisation „*stehen gebliebenen*“ Heere Europas.

Schlussbetrachtung

Betrachtet man abschließend die oranische Heeresreform und ihre Auswirkungen auf die frühneuzeitliche Kriegskunst, so bleibt festzuhalten, dass die Heeresreform der Oranier „*eine Renaissance des Kriegswesens und der Kriegskunst*“¹²⁰ war: „*Es wäre aber falsch, diesen Vorgang als Einzelercheinung zu isolieren und aus der Zeit herauszunehmen. Kaum eine andere Zeit war so erfüllt von Reformplänen und Reorganisationsvorschlägen wie die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts. Die gerade erfundene Buchdruckerkunst erleichterte die Verbreitung der*

kriegstheoretischen Schriften und Schlachtenschilderungen, die Schlachten der Religionskriege in Deutschland und Frankreich boten Material für analysierende Vergleiche, und die antiken Schriftsteller wurden nicht nur in Leiden gelesen. Was die nassau-oranischen Heerführer auszeichnete, war die Konsequenz ihres Vorgehens.“¹²¹

Justus Lipsius' Antikenrezeption - speziell ihr militärhistorischer Aspekt - wurde, bei einer Umdeutung taktisch-operativer Erfordernisse vom antiken Kriegswesen auf jenes des 16. und beginnenden 17. Jahrhunderts, zur geistesgeschichtlichen Grundlage der oranischen Heeresreform. Er stellte sich und seine wissenschaftlichen Einsichten „*in den Dienst staatlich-politischer und militärischer Rüstung*“¹²² Neuzeitliche Kriegführung und Heeresorganisation ruhten folglich auf den „*Vorarbeiten*“ des Späthumanismus: „*Die Verwissenschaftlichung des Krieges hat begonnen.*“¹²³ So ist die oranische Heeresreform das erste moderne Beispiel enger Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und bewaffneter Macht, zwischen „*Universität und Generalstab*“.¹²⁴ Diese Einsicht ist umso erstaunlicher, als man „*Humanismus*“ und „*Militarismus*“ meist als antagonistische, einander gegenüberstehende Pole betrachtet. Sie waren aber, zumindest zu Beginn der frühen Neuzeit zwei Seiten einer Medaille; sie müssen zusammengedacht werden.

Diese militärhistorische Betrachtung darf aber nicht darüber hinwegsehen, dass die „*militärische Revolution*“ der Oranier möglicherweise weniger revolutionär war, als bislang angenommen worden ist; das spanische Tercio war bereits modifiziert und Vorläufer des Kontremarsches in die spanische Taktik integriert.¹²⁵ Noch stärker aber ist darauf hinzuweisen, dass die oranische Heeresreform „*eben keine rein militärtechnische Angelegenheit, sondern integrierender Bestandteil einer geistigen und politischen Wende in Europa*“¹²⁶ war. Deren politisches Leitmotiv war die „*Sozialdisziplinierung*“¹²⁷, i.e. die Disziplinierung der Untertanen in allen Lebensbereichen. Nachdem das nicht unwesentliche innerstaatliche Konfliktpotenzial des konfessionellen Bereiches im Zuge der Reformation in der Folge von der Staatsgewalt diszipliniert wurde, bot sich nun der Bereich des Militärs an. Politischer und spezieller militärischer Bedarf erklären so Zeitpunkt und Art der Rezeption. Der Zusammenhang mit dem politisch-administrativen Zentralisierungsvorgang im neuzeitlichen Staatsaufbau ist evident. Ebenfalls ist darauf hinzuweisen, dass die Reformen im europäischen frühneuzeitlichen Kriegswesen im Zuge der oranischen Heeresreform in dem Versuch einer Neuorganisation der Landesdefensionen ein - indes im Wesentlichen erfolgloses - Pendant fanden. Den meist agrarisch geprägten Kleinterritorien des Reiches blieb es verwehrt, „*die militärischen Vorteile eines aufwendigen Berufsheeres zu finanzieren*“.¹²⁸

Für die oranische Heeresreform aber, die hierfür als Schrittmacher bzw. Katalysator wirkte, treffen diese Aspekte nur bedingt zu. Es gilt hier, was Roberts für die stehenden Heere als Quintessenz seiner Forschungen zusammenfasst: Ihre militärische Funktionalität überwog die Wahrscheinlichkeit, dass die Reformen „*einem politischen Plan entsprangen.*“¹²⁹ Dies trifft für die oranische Heeresreform den Kern. Schließlich galten die Vereinigten Niederlande - geradezu einer überdimensionierten Lagunenstadt Venedig vergleichbar - auch nicht als der Prototyp des frühneuzeitlichen, kontinentaleuropäischen, absolutistischen Staates. Sie waren mit ihrer republikanisch-oligarchischen Regierungsform auf der Basis ihrer Verankerung „*in der Welt des*

Handels, des Gewerbes und der Finanzen“¹³⁰) in Geist, Geo- und Topografie eher dessen möglicher Gegenentwurf.

Dass die oranische Heeresreform über ihre (langfristige) Rezeptions- und Anwendungsgeschichte in der Retrospektive als Katalysator zur „Vorgeschichte“ der Lineartaktik im Rahmen des absolutistischen Wehrwesens wurde, hängt mit dem Wachstumsprozess der Staatsgewalt in der europäischen Geschichte der Frühen Neuzeit zusammen. Der politische und militärische Transformationscharakter des Reformwerkes wurde darin manifest, dass der der Zeit davor fremde Gedanke, „*dass das Militärwesen dem Staat zugehört, eine Funktion des Staates ist, die seine Macht repräsentiert, dass der Staat sich gewissermaßen zum Zweck der Kriegsführung selbst militarisiert*“ und erst damit perspektivisch „*dem Militärwesen eine neue Orientierung und einen politischen Gehalt zu geben versucht hat*.“¹³¹) Da letztlich sämtliche weiteren Militärischen Revolutionen und Transformationen auf diesem „Erbe“ der oranischen Heeresreform fußen, ist deren Charakter als militärisches Fundamentalereignis der europäischen Militär- und Kriegsgeschichte evident.

ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. zum Thema den Sammelband von MacGregor Knox und Murray Williamson (Hrsg.): *The dynamics of Military Revolutions 1300-2050*, Cambridge University Press 2001.
 - 2) Gerhard Papke: Von der Miliz zum Stehenden Heer. Wehrwesen im Absolutismus. In: MGFA (Hrsg.), *Deutsche Militärgeschichte 1648-1939* (Band 1), München 1983, S.1-311, hier S.126.
 - 3) Vgl. für den Überblick Eberhard Birk: „In deinem Lager ist Österreich. Wir andern sind einzelne Trümmer“. Militärische Anmerkungen zu Radetzky. In: *ÖMZ* 6/2008, S.691-700, hier S.692 und zu den Auswirkungen der Militärischen Revolutionen auf das Anforderungsprofil des Offiziers ders., *Abschied vom Bild des Offiziers?*. In: *Gneisenau Blätter* 6 (2007), S.62-70; digital abrufbar unter www.gneisenau-gesellschaft.de.
 - 4) Vgl. hierzu grundsätzlich Johannes Burkhardt: *Die Friedlosigkeit der Frühen Neuzeit. Grundlegung einer Theorie der Bellizität Europas*. In: *Zeitschrift für historische Forschung* 1/1997, S.509-574 sowie Johannes Kunisch: *Fürst - Gesellschaft - Krieg. Studien zur bellizistischen Disposition des absoluten Fürstenstaates*, Köln 1992.
 - 5) Robert Bartlett: *Die Geburt Europas aus dem Geist der Gewalt. Eroberung, Kolonisierung und kultureller Wandel von 950 bis 1350*, München 1996.
 - 6) Vgl. hierzu grundsätzlich Geoffrey Parker: *Die militärische Revolution. Die Kriegskunst und der Aufstieg des Westens 1500-1800*, Frankfurt/M. 1990.
 - 7) Papke: Von der Miliz zum Stehenden Heer, S.127.
 - 8) Vgl. Thomas Kühne/Benjamin Ziemann (Hrsg.): *Was ist Militärgeschichte?*, Paderborn 2000.
 - 9) Vgl. Rainer Wohlfeil: *Wehr-, Kriegs- oder Militärgeschichte?* In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* H. 1 (1967), S.21-29; ders., *Militärgeschichte. Zu Geschichte und Problemen einer Disziplin der Geschichtswissenschaft*, (1952-1967). In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 52/2 (1993), S.323-344 und Gerhard Oestreich: *Vom Wesen der Wehrgeschichte*. In: *Historische Zeitschrift* 162 (1940), S.231-257.
 - 10) Die hierüber geführte Diskussion wurde auszugsweise wiedergegeben in: *Militärgeschichte. Probleme - Thesen - Wege*, im Auftrag des MGFA ausgewählt und zusammengestellt von Manfred Messerschmidt, Klaus A. Maier, Werner Rahn und Bruno Thoß, Stuttgart 1982, S.17-59.
 - 11) Vgl. Söhnke Neitzel: *Militärgeschichte ohne Krieg? Eine Standortbestimmung der deutschen Militärgeschichtsschreibung über das Zeitalter der Weltkriege*. In: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hrsg.): *Geschichte der Politik. Alte und neue Wege*, München 2007, S.287-308 (= *Historische Zeitschrift Beiheft* 44).
 - 12) Vgl. Ralf Prüve: *Militär, Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert*, München 2006, S.73-91 (= *Enzyklopädie Deutscher Geschichte* Band 77).
 - 13) Vgl. Jutta Nowosadtko: *Krieg, Gewalt und Ordnung. Einführung in die Militärgeschichte*, Tübingen 2002.
 - 14) Nach Wohlfeil: *Wehr-, Kriegs- oder Militärgeschichte?*, S.25.
 - 15) Vgl. hierzu grundsätzlich Gerhard Papke: Von der Miliz zum Stehenden Heer, S.1-311 und Hans Schmidt: *Staat und Armee im Zeitalter des „miles perpetuus“*. In: Kunisch (Hrsg.), *Staatsverfassung und Heeresverfassung in der europäischen Geschichte der frühen Neuzeit*, Berlin 1986, S.213-248. Auch sei an dieser Stelle auf drei für die Thematik gewinnbringende Überblicksdarstellungen verwiesen:
- Hans Ehlert: *Ursprünge des modernen Militärwesens. Die Nassau-oranische Heeresreform*. In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 2/85, S.27-56; Bernhard R. Kroener: *Vom „extraordinari Kriegsvolk“ zum „miles perpetuus“*. Zur Rolle der bewaffneten Macht in der europäischen Gesellschaft der Frühen Neuzeit. In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 1/88, S.141-188 und Werner Hahlweg: *Die oranische Heeresreform, ihr Weiterwirken und die Befreiung und Etablierung der Niederlande. Studien und Betrachtungen*. In: *Nassauische Annalen* 80 (1969), S.137-157.
 - 16) Vgl. zur spanischen Politik in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts Geoffrey Parker: *The Grand Strategy of Philip II.*, New Haven 1998.
 - 17) Überarbeitete Fassung abgedruckt in: Ernst Hinrichs (Hrsg.): *Absolutismus*, Frankfurt/M. 1986, S.273-309. Auf die enge Verbindung von oranischer Heeresreform und Antike wies hingegen zuerst Werner Hahlweg in seiner Habilitationsschrift: *Die Heeresreform der Oranier und die Antike*, Berlin 1941 hin.
 - 18) Vgl. Gerhard Oestreich: *Der römische Stoizismus und die oranische Heeresreform*. In: *Historische Zeitschrift* 176 (1953), S.17-43, Justus Lipsius als Theoretiker des neuzeitlichen Machtstaates. In: *Historische Zeitschrift* (1956), S.31-78 und Justus Lipsius als Universalgelehrter zwischen Renaissance und Barock. In: ders. (Hrsg.): *Strukturprobleme der frühen Neuzeit*, Berlin 1980, S.318-357.
 - 19) Ehlert: *Ursprünge des modernen Militärwesens*, S.31.
 - 20) Vgl. Johannes Burkhardt: *Frühe Neuzeit*. In: Richard van Dülmen (Hrsg.): *Fischer Lexikon Geschichte*, S.364-385, hier S.366-378.
 - 21) Zur Kritik an diesem frühen „Forschungsdesign“ vgl. Markus Meumann und Ralf Prüve: *Die Faszination des Staates und die historische Praxis. Zur Beschreibung von Herrschaftsbeziehungen jenseits teleologischer und dualistischer Begriffsbildungen*. In: Meumann/Prüve (Hrsg.): *Herrschaft in der Frühen Neuzeit. Umriss eines dynamisch-kommunikativen Prozesses*, Münster 2004 (= *Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit*, 2), S.11-49.
 - 22) Zu deren Konzeption vgl. Herfried Münkler: *Im Namen des Staates. Die Begründung der Staatsraison in der Frühen Neuzeit*, Frankfurt am Main 1987.
 - 23) Die Ausführung folgt hierbei Ilja Mieck: *Europäische Geschichte der Frühen Neuzeit*, 4. Auflage Stuttgart 1989, S.129-137 und S.225-227; Heinz Duchhardt: *Das Zeitalter des Absolutismus*, 4. Auflage München 1992, S.64f. sowie Wolfgang Reinhard: *Humanismus und Militarismus*. In: F.J. Worstbrock (Hrsg.): *Krieg und Frieden im Horizont des Renaissancehumanismus*, Weinheim 1986, S.185-204, hier S.185f.
 - 24) Ilja Mieck: *Europäische Geschichte*, S.130.
 - 25) Vgl. Ernst Walter Zeeden: *Hegemonialkriege und Glaubenskriege, ungekürzter photomechanischer Nachdr. des 1980 in 2. Aufl. erschienenen 2. Bd.*, Berlin 1992 (= *Propyläen Geschichte Europas 1556-1648*, S.114).
 - 26) Ilja Mieck: *Europäische Geschichte*, S.130.
 - 27) Heinrich Lutz: *Der politische und religiöse Aufbruch Europas im 16. Jahrhundert*. In: Golo Mann/August Nitschke (Hrsg.): *Von der Reformation zur Revolution*, Berlin 1986 (= *Propyläen Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte*, Band 7), S.25-132, hier S.110.
 - 28) Vgl. Helmut Schnitter/Thomas Schmidt: *Volk und Landesdefension*, Berlin/O. 1977, S.77.
 - 29) Reinhard: *Humanismus und Militarismus*, S.185.
 - 30) Justus Lipsius wurde - nach Auffassung von Gerhard Oestreich - in der politischen Ideengeschichte lange zu wenig beachtet, obgleich seinem staatspolitischen Hauptwerk „*De politicorum*“ als Grundlage für die theoretische Begründung des Absolutismus ein ähnlicher Stellenwert wie Bodins „*Six livres de la republique*“ beizumessen sei.
 - 31) Die Ausführung folgt Gerhard Oestreich: *Der römische Stoizismus*, sowie Wolfgang Reinhard: *Humanismus und Militarismus*.
 - 32) Oestreich: *Der römische Stoizismus*, S.18.
 - 33) Dies unternimmt Oestreich: Justus Lipsius als Theoretiker, S.44ff.; ebenso Herfried Münkler: *Staatsraison und politische Klugheitslehre*. In: ders./Fetscher (Hrsg.), *Pipers Handbuch der politischen Ideengeschichte*, Bd.3: *Neuzeit*, München 1985, S.23-72, hier S.63.
 - 34) Vgl. Oestreich: *Der römische Stoizismus*, S.21.
 - 35) Gerhard Oestreich: *Soldatenbild, Heeresreform und Heeresgestaltung im Zeitalter des Absolutismus*. In: *Schicksalsfragen der Gegenwart. Handbuch Politisch-Historischer Bildung* (Erster Band), hrsg. vom Bundesministerium für Verteidigung, Tübingen 1957, S.295-312, hier S.297.
 - 36) Vgl. Oestreich: Justus Lipsius als Theoretiker, S.49.
 - 37) Vgl. Münkler: *Staatsraison*, S.65.
 - 38) Oestreich: *Soldatenbild, Heeresreform und Heeresgestaltung*, S.304.
 - 39) Vgl. Münkler: *Staatsraison*, S.67.
 - 40) Dieser Prozess hatte indes mittelalterliche Vorläufer, vgl. Frank Fürbeth: *Zur deutschsprachigen Rezeption der „Epitoma rei militaris“ des Vegetius im Mittelalter*. In: Horst Brunner (Hrsg.): *Die Wahrnehmung und Darstellung von Kriegen im Mittelalter und in der frühen Neuzeit*, Wiesbaden 2000 (= *IMAGINES MEDIAEVI Interdisziplinäre Beiträge zur Mittelalterforschung*, Band 6), S.141-165.
 - 41) Vgl. Papke: Von der Miliz zum Stehenden Heer, S.130 und Hahlweg: *Die oranische Heeresreform*, S.139.

- 42) Oestreich: Soldatenbild, Heeresreform und Heeresgestaltung, S.310.
- 43) Ebenda, S.303.
- 44) Plut., Alexander, 8.
- 45) Bernhard R. Kroener: Militärgeschichte des Mittelalters und der frühen Neuzeit bis 1648. In: Grundzüge der deutschen Militärgeschichte Band 1, hrsg. v. Karl-Volker Neugebauer, Freiburg 1993, S.13-38, hier S.31.
- 46) Papke: Von der Miliz zum Stehenden Heer, S.129.
- 47) Roberts: Militärische Revolution, S.174.
- 48) Reinhard: Humanismus und Militarismus, S.189.
- 49) So Helmut Schnitter/Hans Schmidt: Absolutismus und Heer, Berlin/O. 1986, S.74.
- 50) Ehlert: Ursprünge des modernen Militärwesens, S.29.
- 51) Reinhard: Humanismus und Militarismus, beschreibt den Ausbildungsgang der Söldner von der Anwerbung bis zum Einsatz in der Schlacht, S.189.
- 52) Vgl. Kroener: Militärgeschichte des Mittelalters und der frühen Neuzeit, S.31.
- 53) Michael Howard: Der Krieg in der europäischen Geschichte, München 1981, S.78.
- 54) Oestreich: Soldatenbild, Heeresreform und Heeresgestaltung, S.306.
- 55) Vgl. Winfried Schulze: Die deutschen Landesdefensionen im 16. und 17. Jahrhundert. In: Johannes Kunisch/Barbara Stollberg-Rilinger (Hrsg.): Staatsverfassung und Heeresverfassung in der europäischen Geschichte der frühen Neuzeit, Berlin 1986 (=Historische Forschungen, Band 28), S.129-149, hier S.140f.
- 56) Vgl. Reinhard: Humanismus und Militarismus, S.189.
- 57) Roberts: S.278; ähnlich, dieses Argument auf die Ständeordnung der Gesellschaft beziehend: Winfried Schulze: Die Heeresreform der Oranier. In: Zeitschrift für Historische Forschung 1 (1974), S.233-239, hier S.236.
- 58) Vgl. dazu Ehlert: Ursprünge des modernen Militärwesens, S.44-46 und Hahlweg: Die oranische Heeresreform, S.140.
- 59) Vgl. Oestreich: Justus Lipsius als Universalgelehrter, S.336.
- 60) Ebenda, Anm. 22.
- 61) Zit. nach Hans Delbrück: Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte Band IV, photomechanischer Nachdruck der ersten Auflage, Berlin 1962, S.190.
- 62) Die Ausführung folgt hier Parker: Die militärische Revolution, S.39-44.
- 63) Zur verzweigten Genealogie vgl. Ehlert: Ursprünge des modernen Militärwesens, S.50 und Papke: Von der Miliz zum stehenden Heer, S.127 und 134f. sowie J.W. Wijn: Johann der Mittlere von Nassau-Siegen. In: Werner Hahlweg (Hrsg.): Klassiker der Kriegskunst, Darmstadt 1960, S.119-133.
- 64) Reinhard: Humanismus und Militarismus, S.189.
- 65) Zur Literatur zur Manipeltaktik vgl. Jakob Seibert: Forschungen zu Hannibal, Darmstadt 1993, S.166 Anm. 21.
- 66) Vgl. Papke: Von der Miliz zum Stehenden Heer, S.131 und Reinhard: Humanismus und Militarismus, S.194.
- 67) Vgl. den Abdruck in Parker: Die militärische Revolution, S.40.
- 68) Parker: Die militärische Revolution, S.40 bezeichnet diese in dieser Hinsicht als „reiner Selbstmord“.
- 69) D.h. moralisch-fächliches Können, Tüchtigkeit und Tapferkeit, Ansehen, Glück und kluge Voraussicht.
- 70) Vgl. dazu Delbrück: Geschichte der Kriegskunst, S.182 unter Verweis auf den dem „steifen Schritt“ der Kraniche möglicherweise nachempfundenen Begriff „Kranendans“ sowie Anm. 2 und Roberts: Militärische Revolution, S.276f.
- 71) Beide Zitate nach Schulze: Landesdefensionen, S.143.
- 72) Parker: Die militärische Revolution, S.41.
- 73) Vgl. Ehlert: Ursprünge des modernen Militärwesens, S.41-44 und S.46-48.
- 74) Vgl. Parker: Die militärische Revolution, S.41.
- 75) Papke: Von der Miliz zum Stehenden Heer, S.133.
- 76) Vgl. Parker: Die militärische Revolution, S.42.
- 77) Vgl. Hahlweg: Die oranische Heeresreform, S.148 und S.153.
- 78) Vgl. John Keegan: Die Kultur des Krieges, Berlin 1995, S.487.
- 79) Vgl. Daniela Schnitter/Helmut Schnitter: Johann Jacobi von Wallhausen - Systematiker der Kriegswissenschaft. In: Dies., Feldherren und Kriegsgelehrte, Berlin 1997, S.80-93.
- 80) Vgl. Werner Hahlweg: Wilhelm Ludwig und das Cannae-Problem. In: Nassauische Annalen 71 (1960), S.237ff.
- 81) Parker: Die militärische Revolution, S.44.
- 82) Diese kurze Zusammenfassung folgt Schnitter/Schmidt: Absolutismus und Heer, S.79-81.
- 83) Vgl. hierzu Papke: Von der Miliz zum Stehenden Heer, S.66-89 sowie Winfried Schulze: Die deutschen Landesdefensionen im 16. und 17. Jahrhundert, S.129-149.
- 84) Ein junger schwedischer Adliger, der wie die anderen jungen Angehörigen der protestantischen Noblesse, die in Siegen studierten, als Multiplikator wirkte, vgl. Howard: Krieg in der europäischen Geschichte, S.80.
- 85) Delbrück: Geschichte der Kriegskunst, S.199.
- 86) Die Ausführung folgt hierbei Howard: Krieg in der europäischen Geschichte, S.80-84; Oestreich: Justus Lipsius als Theoretiker, Parker: Die militärische Revolution, S.44f. und S.76 sowie Schnitter/Schmidt: Absolutismus und Heer, S.82-86.
- 87) Vgl. hierzu zudem Michael Busch: Absolutismus und Heeresreform. Schwedens Militär am Ende des 17. Jahrhunderts, Bochum 2000 (=Europa in der Geschichte Band 4).
- 88) Die katastrophalen sozialen und demografischen Folgen der überzogenen schwedischen Expansionspolitik zeigt ein Schaubild, abgebildet bei Parker: Die militärische Revolution, S.79, am Beispiel der schwedischen Gemeinde Bygdea zwischen 1620 und 1639.
- 89) Vgl. Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt/M. 1989, S.117.
- 90) Delbrück: Geschichte der Kriegskunst, S.201.
- 91) So die Beschreibung eines Zeitgenossen eines schottischen Regiments - ungefähr ein Sechstel der Armee von Gustav Adolf bestand aus Schotten - in den Schlachten bei Breitenfeld und Lützen, zit. nach Delbrück: Geschichte der Kriegskunst, S.201.
- 92) Schnitter/Schmidt: Absolutismus und Heer, S.83.
- 93) Vgl. Jeremy Black: A military revolution? Military change and european society 1550-1800, Atlantic Highlands, N.J. 1991, S.3.
- 94) Zit. nach Parker: Die militärische Revolution, S.44.
- 95) Howard: Krieg in der europäischen Geschichte, S.82.
- 96) Vgl. Roberts: Militärische Revolution, S.292.
- 97) Vgl. Andreas Zellhuber: Der gotische Weg in den deutschen Krieg - Gustav Adolf und der schwedische Gotizismus, Augsburg 2002 (=Documenta Augustana, Band 10).
- 98) Vgl. Johannes Burkhardt: Der Dreißigjährige Krieg als frühmoderner Staatsbildungskrieg. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 8/1994, S.487-499, hier S.495.
- 99) Vgl. Howard: Krieg in der europäischen Geschichte, S.83.
- 100) Vgl. hierzu Oestreich: Justus Lipsius als Theoretiker, S.72.
- 101) Eine detaillierte Beschreibung des taktischen Verlaufs der Schlacht bieten Schnitter/Schmidt, Absolutismus und Heer, S.82-86.
- 102) Vgl. Parker: Die militärische Revolution, S.45.
- 103) Vgl. zum Begriff Burkhardt: Dreißigjähriger Krieg, Frankfurt/M. 1992 (=Neue Historische Bibliothek), S.9-15.
- 104) Vgl. Kunisch: Fürst - Gesellschaft - Krieg, Köln 1992.
- 105) Roberts: Die militärische Revolution 1560-1660, S.281.
- 106) So die Beiträge im Sammelband von Christopher Duffy (Hrsg.): The military revolution and the state 1500-1800, Exeter 1980.
- 107) Andrew W. Marshall (Office of Net Assessment [Pentagon]): Revolutions in Military Affairs, 5. Mai 1995, vor dem Streitkräfteausschuss des US-Senates, zit. nach Murray: Williamson & McGregor Knox, Thinking about Revolutions in Warfare. In: dies., The Dynamics of Military Revolution 1300-2050, S.1-14, hier S.4f.
- 108) Burkhardt: Der Dreißigjährige Krieg, S.214.
- 109) Vgl. Parker: Der Dreißigjährige Krieg, Frankfurt/M. 1987, S.300.
- 110) Burkhardt: Der Dreißigjährige Krieg, S.215, der dies auf S.215-220 weiter ausführt.
- 111) Vgl. Johannes Kunisch: Absolutismus. Europäische Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zur Krise des Ancien Régime, Göttingen 1986, S.9-19.
- 112) Vgl. Schulze: Gerhard Oestreichs Begriff „Sozialdisziplinierung“, S.296-301, zit. nach Burkhardt, S.222.
- 113) Zur Lineartaktik vgl. Eberhard Birk: „Ich kann wohl sagen, mein Lebtag nichts Schöneres gesehen zu haben.“ Versuch einer essayistischen Analyse der Phänomenologie der Lineartaktik. In: ders., Militärgeschichtliche Skizzen zur Frühen Neuzeit. Anmerkungen zu einer Phänomenologie der bewaffneten Macht im 17. und 18. Jahrhundert, Hamburg 2005 (=Studien zur Geschichtsforschung der Neuzeit, Band 43), S.45-77.
- 114) Zit. nach Johannes Kunisch: Das Mirakel des Hauses Brandenburg, München 1978, S.55.
- 115) Einen Abriss über „Die Kriegskunst des 18. Jahrhunderts“ bietet Kunisch: Mirakel des Hauses Brandenburg, S.55-75.
- 116) Vgl. statt vieler Jürgen Luh: Ancien Régime Warfare and the Military Revolution. A Study, Groningen 2000 (=Baltic Studies 6); Siegfried Fiedler: Kriegswesen und Kriegführung im Zeitalter der Kabinettskriege, Koblenz 1986.
- 117) Vgl. Johannes Kunisch: Der kleine Krieg, Wiesbaden 1977.
- 118) Vgl. Christopher Duffy: Friedrich der Große. Ein Soldatenleben, Zürich 1986, S.213-221 sowie Eberhard Birk: Die Schlacht bei Leuthen am 5. Dezember 1757. Eine multiperspektivische Annäherung. In: ÖMZ 1/2008, S.35-48.
- 119) Vgl. Siegfried Fiedler: Kriegswesen und Kriegführung im Zeitalter der Revolutionskriege, Koblenz 1988 und Eberhard Birk: Napoleon und Gneisenau. Anmerkungen zu ihrer Aktualität vor dem Hintergrund des Irakkonfliktes. In: ÖMZ 1/2006, S.59-62.
- 120) Oestreich: Der römische Stoizismus, S.22.
- 121) Papke: Von der Miliz zum Stehenden Heer, S.132.

- 122) Oestreich: Justus Lipsius als Theoretiker, S.65.
123) Ders., Justus Lipsius als Theoretiker, S.66.
124) Ders., Justus Lipsius als Universalgelehrter, S.336. Friedrich der Große verbrachte seine militärische Vorbereitungszeit als Kronprinz, wie er spöttisch bekannte, an der „Universität Potsdam, der hohen Schule der Drillkunst“, zit. nach Walter Hubatsch: Grundlinien preußischer Geschichte, Königtum und Staatsgestaltung 1701-1871, 3. Aufl. Darmstadt 1988, S.45.
125) Vgl. Reinhard: Humanismus und Militarismus, S.200.
126) Ebenda.
127) Zum Begriff vgl. Winfried Schulze: Gerhard Oestreichs Begriff „Sozialdisziplinierung in der Frühen Neuzeit“. In: Zeitschrift für Historische Forschung 14 (1987), S.265-302.
128) Schulze: Die Heeresreform der Oranier, S.235.
129) Roberts: Die militärische Revolution 1560-1660, S.281.
130) Kennedy: Aufstieg und Fall, S.120.
131) Papke: Von der Miliz zum Stehenden Heer, S.137.

Dr. Eberhard Birk

Geb. 1967; Oberstleutnant d.R.; 1987-1993 Soldat auf Zeit; 1993-1997 Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Augsburg; Stipendiat der deutschen Studenten- und Graduiertenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 1995-1999; 1999 Promotion zum Dr. phil.; seit 2000 Dozent für Militärgeschichte und Politische Bildung an der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck. Veröffentlichungen zu den Themen: Deutsche Militärgeschichte, Tradition, Strategie und Sicherheitspolitik. Monographien: Der Funktionswandel der WEU im europäischen Integrationsprozeß, Würzburg 2000, Militärgeschichtliche Skizzen zur Frühen Neuzeit, Hamburg 2005, Militärische Tradition, Hamburg 2006; Herausgeber der Gneisenau Blätter seit 2004 (Themen-Bände: Aspekte einer europäischen Identität, Militärische Tradition, Transformation, Erziehung und Streitkräfte, Einsatzarmee und Innere Führung; Militärisches Selbstverständnis; sie sind digital abrufbar unter www.gneisenau-gesellschaft.de); zur Zeit Vorbereitung eines Bandes zum Thema „Soldat und digitales Schlachtfeld“.